

2/2014

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund



ÖSTERREICHS STÄDTE WACHSEN – BALLUNGSZENTREN BIETEN CHANCEN

Jugend will Arbeit

GENERALSEKRETÄR



Jugend: Unternehmen müssen investieren!

In der europäischen Geschichte waren noch nie so viele junge Menschen ohne Beschäftigung wie derzeit. Auch im EU-weiten Vorzeigeland Österreich liegt die Jugendarbeitslosigkeit auf einem historischen Hoch. Gleichzeitig beklagen viele Unternehmen einen Fachkräftemangel. Eine paradoxe Situation, wenn man bedenkt, dass in Österreich aktuell mehr als 76.250 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos, in Schulung oder auf Lehrstellensuche sind – um 5,7 Prozent mehr als 2012 und um 87,6 Prozent mehr als im Jahr 2000. Auch bei der Einkommensentwicklung junger Fachkräfte hinken Österreichs Betriebe nach: Im Vergleich zum Jahr 1995 haben ArbeitnehmerInnen unter 19 Jahren einen realen Einkommensverlust (inflationsbereinigt) von 7,4 Prozent zu beklagen, ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren verdienen 2012 um 2,3 Prozent weniger als 1995. Trotz konjunktureller Einbrüche sollten Unternehmen mehr in junge ArbeitnehmerInnen investieren, denn sie sind nicht nur die gut qualifizierten Fachkräfte von morgen, sondern die Zukunft unserer Gesellschaft.



Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

- 2 *Generalsekretär Thomas Weninger*
Jugend: Unternehmen müssen investieren!
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
- 3 *Bürgermeister Michael Häupl*
Mehr Jobs für Junge!
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
- 4 *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern
- 12 *Willy Kempel*
Jugendbeschäftigung
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eines der Kernziele der EU
- 14 *Sozialminister Rudolf Hundstorfer*
Der österreichische Boys' Day
Berufe mit Zukunft für junge Männer von Heute
- 16 *Käthe Knittler*
Wandel der Bildungsstruktur in Österreich
Der Trend zu Höherqualifizierung
- 18 *August Gächter*
Im Übergang zu Beschäftigung
Der Bildungserwerb in Österreich
- 20 *Stadtrat Christian Oxonitsch*
Wien gehört den Jugendlichen
Die jungen Menschen müssen ernst genommen werden
- 22 *Stefan Kühne*
Viele Wege zum Beruf
Die wienXtra-jugendinfo unterstützt bei der Berufswahl
- 24 *Damit Arbeit und Jugend Zukunft haben*
Die Stadt Wels unterstützt Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit
- 26 *Die Zukunft Europas sichern*
Die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- 28 *EU-Kommissar László Andor*
Neue Projekte für die Jugend
Gastkommentar des EU-Kommissars für Beschäftigung
- 30 *Stadt Leonding setzt auf ihre Jugend*
Leonding bietet arbeitsmarktpolitische Beratung im jugendnahen Umfeld
- 32 *Anna Aistleitner*
Start frei für eine erfolgreiche Berufslaufbahn
Die Stadt Innsbruck begleitet und unterstützt Jugendliche

INHALT

- 33 *Neue Perspektiven durch Jugend-WerkStadt*
Bregenz: Arbeitsplätze für Jugendliche
- 34 *Karin Himmer-Klien*
Erfolgreiche Lehrstellensuche
Seit zehn Jahren ist die Lehrstellenbörse Feldkirch tätig
- 36 *Stadtrat Gerhard Reinisch*
Erste Klagenfurter Fußball-Trophy
Anpfiff für eine der größten Jugendinitiativen in der Stadt Klagenfurt
- 38 *Monika Vukelic-Auer*
„Ziel – Zukunft in einem Lehrberuf“
Ein Kapfenberger Jugendprojekt
- 40 *„Wir sind Bildung“*
Sensationserfolg der 1. Klosterneuburger Bildungsmesse
- 41 *Agnes Chromecek und Susanne Schimek*
Das Tullner Jugendzentrum
Eine Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung
- 42 *Elmar Luger*
Die Dornbirner Jugendwerkstätten
FH-Studie bestätigt Dornbirner Weg beim Thema „Jugend und Arbeit“
- 44 *Andrea Felbinger und Walerich Berger*
Arbeitsmarktpolitik im öffentlichen Raum
Das Projekt „Jugendpark“ in Graz
- 48 *Magazin*

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Ausgabe Nr. 2/2014 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Miletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag. Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Roland Preiss, Grafik: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2014: 10 Ausgaben • Cover: Shutterstock, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

OFFENLEGUNG: Gemäß § 25 Mediengesetz • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Grundlegende Richtung: Die thematische Bandbreite reicht von gemeinderechtlichen bis zu finanzpolitischen Fragen aus Theorie und Praxis und berichtet über die Beratung aktueller Fragen in den Ausschüssen des Österreichischen Städtebundes sowie über europapolitische Themen.

PRÄSIDENT



Mehr Jobs für Junge!

Eine dauerhafte Beschäftigung ist heutzutage für viele junge Menschen in Europa eines der großen Lebensthemen. Einmal mehr können wir betonen, dass Österreich innerhalb der EU die geringste Arbeitslosenquote aufweist. Unser Land hat sich in Sachen Beschäftigungspolitik für Jugendliche zum europäischen Modell entwickelt. Städtische Einrichtungen arbeiten unermüdlich daran, die Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen voranzutreiben, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Städte setzen sich dafür ein, die Vielfalt an Bildungsmöglichkeiten besser zugänglich zu machen und deren Qualität weiter auszubauen, die Chancengerechtigkeit voranzutreiben und die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu verschränken. Städte und Gemeinden leisten trotz finanzieller Restriktionen aktiv einen eigenständigen Beitrag zu einem zukunftsfähigen Bildungssystem. Denn Chancen und Perspektiven sichern den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes



GEMEINDEFINANZEN: KEINE NACHHALTIGE VERBESSERUNG

Die österreichischen Städte und Gemeinden haben große Anstrengungen unternommen, um ihre Finanzsituation in guter Lage zu halten. Der Überschuss der laufenden Gebarung hat mit rund 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2012 erstmals wieder einen Wert auf dem Niveau von 2007 erreicht.

Berücksichtigt man die Inflation, ist jedoch ein realer Rückgang von rund zwölf Prozent zu verzeichnen. Ein leicht rückläufiger Trend ist auf Basis der aktuellen Prognosen zu den Ertragsanteilen bis 2017 zu erwarten. Dann wird sich der Saldo 1 real um ein Viertel unter dem Vor-Krisenniveau befinden. Aufgabenreformen im Bundesstaat sowie ein transparentes Transfersystem sind nicht in Sicht. Der Österreichische Städtebund und das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung stellten bei einem Hintergrundgespräch die Finanzprognose für Städte und Gemeinden bis 2017 vor.

Die Analyse der Gemeindefinanzen 2012 zeigt grundsätzlich keine substanzielle Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden. Die Verbesserung im Bereich der laufenden Gebarung ist auf einen Einmaleffekt zurückzuführen, die Entlastungen im Umlagenbereich gehen mit Abzügen im Bereich der Ertragsanteile einher, die Finanzschulden verringern sich nur aufgrund von Ausgliederungen und einem damit verbundenen Anstieg der Haftungen. Schließlich ist auch beim Investitionsniveau ein langfristig negativer Trend erkennbar.

Saldo 1 real um 12 Prozent unter Jahr 2007

Der Überschuss der laufenden Gebarung (Saldo 1) ist aufgrund der Finanzkrise in den letzten Jahren zuerst deutlich gesunken. Lag der Saldo 1 im Jahr 2007 noch bei 1,59 Milliarden Euro, so

sank dieser bis zum Jahr 2009 auf 870 Millionen Euro. Seitdem steigt er kontinuierlich an. Mit 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2012 wurde erstmals wieder ein Wert erreicht, welcher über dem Vor-Krisenwert liegt. Berücksichtigt man jedoch auch die Inflation, ist ein realer Rückgang von rund 12 Prozent zu verzeichnen.

Weniger Umlagen – Abzug bei den Ertragsanteilen

Die Umlagenbelastung der Gemeinden ist 2012 gegenüber den Vorjahren deutlich gebremst worden. Im Bereich der laufenden Transfers an Träger des öffentlichen Rechts stiegen die Ausgaben nur um 1,4 Prozent, im Vergleich dazu von 2010 auf 2011 um 3,9 Prozent. Diese deutliche Abschwächung ist auf eine Entlastung durch den Pflegefond sowie durch das Landespflegegeld zurückzuführen. Für diese Entlastung wurden Vorwegabzüge bei den Ertragsanteilen in Höhe von rund 140 Millionen Euro vorgenommen. Unter Berücksichtigung dieser Vorwegabzüge ist die mit den Transfers verbundene Finanzierungslast auch 2012 um fast 6 Prozent gestiegen. Insgesamt sind die Transfers seit 2007 um 26 Prozent angestiegen. Der Finanzausgleich zeigt weiterhin eine Schieflage zu Ungunsten der Gemeinden. „Es gilt, nicht kleine gegen große Gemeinden auszuspielen, sondern eine sinnvolle bundesweite Verteilungswirkung durch einen adäquaten Finanzausgleich umzusetzen. Zentralörtliche Funktionen oder be-

sondere Anforderungen aufgrund sozio-demografischer wie auch topografischer Lasten müssen ausreichend berücksichtigt werden. Eine entsprechende Reform des Finanzausgleichs ist dringend notwendig“, so Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung.

Investitionen auf Eis gelegt

Die Investitionen sind von 2011 auf 2012 erstmals seit 2008 wieder gestiegen. 2012 lagen sie mit 1,6 Milliarden Euro um 125 Millionen Euro höher als im Vorjahr, jedoch um 440 Millionen unter 2008 (rund minus 21 Prozent). Damit ist zwar erstmals wieder eine Steigerung beim Investitionsniveau eingetreten, der langjährige Trend des Investitionsrückgangs wurde jedoch nicht gestoppt. Auch unter Berücksichtigung der Investitionen in ausgegliederten Immobiliengesellschaften im Ausmaß von 300 bis 400 Millionen Euro p.a. liegen die Investitionen weit unter dem Jahr 2003.

Sinkende Finanzschulden, aber steigende Haftungen

Die Finanzschulden sind von 2011 auf 2012 um 282 Millionen Euro (2,4 Prozent) zurückgegangen. Gleichzeitig haben sich die Haftungen gegenüber dem Vorjahr um 320 Millionen Euro erhöht. Bei den Haftungen handelt es sich in hohem Maße um Investitionen in ausgegliederte Gesellschaften, deren Schulden de facto von den Gemeinden zu bedecken sind. Dies bedeutet, dass die faktischen Schulden der Gemeinden im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 37 Millionen Euro sogar leicht angestiegen sind. In Summe weisen die Gemeinden 2012 Schulden und Haftungen in der Höhe von 17,3 Milliarden Euro auf.

Die Prognose bis 2017

Das KDZ geht grundsätzlich davon aus, dass sich die Ertragsanteile entsprechend der Oktober-Prognose des Bundesministeri-



Peter Biwald, GF des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

ums für Finanzen (BMF) entwickeln. Dabei wäre der Überschuss der laufenden Gebarung (Saldo 1) leicht rückläufig. Er würde von 1,5 Milliarden Euro (2013) auf 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2017 sinken, das entspricht einem realen Minus von 25 Prozent gegenüber 2007. Damit nehmen die Spielräume für In-

vestitionen und die Schuldentilgung ab. Eine Ursache dafür ist unter anderem, dass die Transfers an Träger öffentlichen Rechts voraussichtlich mit plus 5 Prozent p.a. weiterhin steigen, das würde weit über den Ertragsanteilen liegen.

Handlungsbedarf

Für finanzielle Spielräume bedarf es einer intensiven Aufgabenkritik und -reform auf den Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden. Weiters können Synergien durch Strukturreformen genutzt werden: flächendeckende Kooperationen im Sinne „Fünf Gemeinden bilden eine Verwaltung“ wie auch ein Forcieren der Gesundheitsreform und ein Neugestalten des Pflegebereich bilden wichtige Schwerpunkte. Das Transfersystem könnte vereinfacht und entflechtet werden, etwa durch eine Übernahme der Krankenanstaltenfinanzierung seitens der Länder und die Finanzierung der Kinderbetreuung durch die Gemeinden. Eine aufgabenorientierte Gemeindefinanzierung basiert nur teilweise auf dem Bevölkerungsschlüssel. Sie würde Sonderlasten über sozio-demografische Faktoren (Anzahl der Kinder, der Älteren, der Menschen mit Migrationshintergrund) sowie über geotopografische Faktoren (Siedlungsdichte, Seehöhe) abdecken. Auch die zentralörtlichen Aufgaben (z.B. Kultur, öffentlicher Personennahverkehr) würden ausreichend berücksichtigt.

UNSERE
ERFAHRUNG
UND KOMPETENZ
MEHRFACH FÜR
SIE GEPRÜFT
UND BELEGT.

NEU DIE INNOVATION IN DER
BODENREINIGUNG! Download Produktfolder
ClaraClean 2.0 unter www.hollu.com

Der Spezialist für Sauberkeit, Hygiene und Wohlbefinden.
Julius Holluschek GmbH · A-6170 Zirl · Salzstraße 6 · Tel. +43 5238 52800-0 · www.hollu.com

hollu



KULTURAUSSCHUSS IN GRAZ: ABSCHIED VOM SCHEIDENDEN VORSITZENDEN DR. ERICH WATZL

Am ersten Tag standen traditionellerweise Besichtigungen im Zentrum. Dieses Mal konnte sich der Ausschuss von den Qualitäten des Universalmuseums Joanneum überzeugen, an dem die Stadt zu 15 Prozent beteiligt ist. Zuerst ging es ins Naturkundemuseum, wo sich anhand der schier unglaublichen Länge der Geschichte der Erdzeit wieder einmal zeigte, was für eine bislang kurze Erscheinung der Mensch ist. Danach wurde die Ausstellung „Wilhelm Thöny – im Sog der Moderne“ besichtigt sowie die Sammlung bildender Kunst des Joanneums aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Das „Bruseum“, gewidmet dem steirischen Künstler Günter Brus, rundete den Besuch ab.

Tag zwei war dem inhaltlichen Austausch gewidmet. Stadträtin Lisa Rücker begrüßte den Ausschuss in ihrer Stadt, wofür sich der Ausschussvorsitzende Vzbgm. Dr. Erich Watzl sehr bedankte. Nach den Berichten aus jeder Stadt, in denen es auch um den Umgang der Städte mit problematischen Namen bei Straßenbenennungen ging, stand als nächster Punkt der neue Linzer Kulturentwicklungsplan bzw. der Weg dorthin auf dem Programm. Dieser KEP setzt auf den Ausbau der Software und auf Synergien. Der neue KEP wurde sehr ressortübergreifend erstellt. Es waren die DienststellenleiterInnen aller relevanten Dienststellen einbezogen, von der Stadtentwicklung bis hin zur Kommunikationsabteilung, sowie außerhalb des Magistrats insbesondere die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Tourismus. Dr. Grabensberger berichtete aus Graz: Hier gibt es, entwickelt aus Nachhaltigkeitdiskussionen zum Kulturhauptstadtprojekt 2003, ein sehr komplexes Beiratsystem. Mit der Schaffung eines Kulturbeirates wurde ein strategisches Beratungsgremium für Kulturstadtrat/Kulturstadträtin eingerichtet, wobei pro Jahr eine Sitzung als öffentlicher Kulturdialog für alle Kulturschaffenden vorgesehen ist. Ein Positionspapier des Kulturbeirates wurde im Vorfeld der Gemeinderatswahlen 2012 in einem mehrmonatigen Prozess erarbeitet und in die politische Diskussion eingebracht. Fachbeiratsgremien bewerten in den einzelnen Sparten die eingereichten Projekte in qualitativer Hinsicht. Die Fördersummen werden auf Basis der Budgetvorprüfung des Kulturamtes weiterhin im politischen Ermessensbereich vorgegeben. Zusätzlich gibt es in Graz bereits seit 1993 Fördervereinbarungen für ausgewählte Kulturinstitutionen, die seit 2003 insgesamt fünf Mal evaluiert wurden. Rund 60 FördervereinbarungspartnerInnen sind, basierend auf einer sehr ausführlichen Evaluierung 2011, 2013 über eine Umstudie nochmals extern bewertet worden. Seitens des Grazer Kulturressorts ist zum zweiten Mal ein „fair pay-Ausgleich“ für kleine und mittlere FördervertragspartnerInnen vorgesehen. Im Sinne eines Solidari-

tätsprinzips ist kleineren Institutionen eine Steigerung zugeordnet, während größere keine neuerliche Erhöhung erwarten können. All diese Maßnahmen dienen einer Legitimierung und Transparenz der Fördervergabe, wobei das Grazer Kulturamt insgesamt jährlich ca. 2.500 Anträge zu behandeln hat.

Rechtliche Organisationsformen von Kultureinrichtungen

Der nächste Tagungsordnungspunkt behandelte die Rechtsformen, in denen Kultureinrichtungen der Städte uns begegnen. Es wurden von Mag.^a Aigner die Ergebnisse der Kurzumfrage unter den Städten präsentiert. Hier zeigte sich eine breite Vielfalt, welche Themen bei der Kulturreferentin bzw. dem Kulturreferenten angesiedelt sind. So ist z.B. die Kulturförderung bei allen Städten immer bei der Kulturreferentin bzw. dem Kulturreferenten in der Verantwortung. Es zeigte sich aber auch, dass es eine breite Vielfalt gibt, wie die Städte ihre Kulturagenden handhaben.

Abschiede aus dem Ausschuss

Dieser Ausschuss war offensichtlich einer mit ganz vielen Abschieden. Neben den Pensionierungen von Herrn Pincolics aus Wiener Neustadt und Herrn Burmann aus Innsbruck legte die Landecker Stadträtin Monika Rotter ihr Amt zurück. Allen dreien wünscht der Ausschuss alles Gute.

Der Kulturausschuss dankt seinem langjährigen Vorsitzenden Dr. Erich Watzl

Seit dem Jahr 2003 war der Linzer Vizebürgermeister Dr. Erich Watzl Vorsitzender des Kulturausschusses des Österreichischen Städtebundes, aber auch Mitglied der Geschäftsleitung, dem operational höchstem Gremium des Österreichischen Städtebundes. Wenige Tage vor dem Ausschuss gab Dr. Watzl seinen Rücktritt als Vizebürgermeister bekannt. Dr. Grabensberger, der Leiter des Grazer Kulturamtes, übernahm gerne den Part, dem Vorsitzenden namens des Ausschusses für die jahrelange verantwortungsvolle Wahrnehmung seiner Funktion zu danken. Dr. Erich Watzl habe sich stets bemüht, dem Kulturausschuss auch einen entsprechenden inhaltlichen Stellenwert zu geben und den Gedankenaustausch konkret durch einen zweitägigen Tagungsverlauf, gegebenenfalls durch gemeinsam finanzierte Studien und Schwerpunktthemen, inhaltlich zu vertiefen. Ein Geschenkkorb, bestehend aus unterschiedlichen Köstlichkeiten und regionalen Spezialitäten, die die Vielfalt Österreichs und der Ausschussmitglieder widerspiegelte, war sichtbarer Ausdruck des gemeinsamen Dankes.

EHRUNG FÜR EHEMALIGE GENERALSEKRETÄRE DES RGRE

Am 9. Dezember 2013 überreichte Bürgermeister Michael Häupl im Rahmen der Donauraum-Konferenz im Wiener Rathaus Elisabeth Gateau und Jeremy Smith, ehemalige Generalsekretärin und ehem. Generalsekretär des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Die im Jahr 1990 zum ersten Mal gewählte RGRE-Generalsekretärin Elisabeth Gateau hatte diese Position bis ins Jahr 2002 inne. In dieser Funktion unterstützte sie maßgeblich die Aktivitäten des österreichischen Städtebundes im Rahmen des LOGON-Projektes. Dieses Projekt hatte das Ziel, die Städte- und Kommunalverbände der damaligen Kandidatenländer bei den EU-Beitrittsverhandlungen zu begleiten und die lokalen Gebietskörperschaften auf die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten. Diese bedeutende Initiative war auch einer der Schwerpunkte bei der Südost-Konferenz des Städtebundes im Jahr 2005 in Wien. Jeremy Smith hatte in seiner Funktion als Generalsekretär des RGRE von 2002 bis 2009 maßgeblich das Zustandekommen der Charta für die kommunalen öffentlichen Dienstleistungen, die im Wesentlichen aus seiner Feder stammt und 2009 veröffentlicht wurde, bewirkt. Ein besonderes Anliegen war ihm die Unterstützung der Verbände in den osteuropäischen und südosteuropäischen Ländern, was unter anderem auch durch seine aktive Rolle bei den beiden Konferenzen in Wien in den Jahren 2005 und 2008 zur Geltung kam.



Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Elisabeth Gateau und Jeremy Smith.

Ein starker Partner

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist eine europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Bürgermeister Michael Häupl, zwischen 2004 und 2010 Präsident des RGRE, betonte, dass „der RGRE heute eine starke Stimme für die 150.000 kommunalen Gebietskörperschaften in ganz Europa ist und sich durch positives Lob-

bing für Städte und Gemeinden gegenüber den EU-Institutionen einsetzt“. Die Geehrten hätten durch ihr großes Engagement, ihr diplomatisches Geschick und ihren Einsatz für kommunale und regionale Anliegen wesentlich dazu beigetragen, dass der RGRE heute ein anerkannter Partner der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments ist.



Bürgermeister und Städtebund-Präsident Michael Häupl ehrte VertreterInnen der europäischen Idee im Wiener Rathaus.



STÄDTE WACHSEN UNAUFHALTSAM

„Immer mehr Menschen ziehen in die Stadt, weil sie dort gute Jobmöglichkeiten haben und mit einer guten Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Gesundheitseinrichtungen und dem öffentlichen Nahverkehr rechnen können – davon profitieren auch die umliegenden Gemeinden“, sagte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, anlässlich der Pressekonferenz „Österreichs Städte in Zahlen 2013“, die gemeinsam mit der Statistik Austria am 20. Jänner veranstaltet wurde.

Österreichs Ballungszentren wachsen unaufhaltsam – bereits jetzt lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Gemeinden ab 5.000 EinwohnerInnen. Städte und ihre Umlandgemeinden sind wirtschaftliche Magneten, sie setzen Impulse und bieten durch ihre intensiven Investitionen enorm hohe Lebensqualität für ihre StadtbewohnerInnen“, machte Weninger deutlich. Um auch weiterhin die hohe Lebensqualität in den Ballungszentren garantieren zu können, werden Österreichs Städte zunehmend „smart“. Smart Cities sind Städte, die unsere gemeinsamen Ressourcen intelligent und effizient nutzen, innovative Technologien einsetzen, die Lebensqualität erhöhen und umweltschonend wirtschaften und agieren. „Viele unserer Mitgliedstädte sind dabei Spitzenreiter und entwickeln sich zunehmend zu Modellregionen. Das bringt Arbeitsplätze und Investitionen“, betonte Weninger.

Bevölkerungswachstum in Städten ungebrochen

Das Bevölkerungswachstum und der Zuzug in die Ballungszentren hält weiter an, wie aus „Österreichs Städte in Zahlen 2013“, der aktuellen Publikation von Statistik Austria und dem Österreichischen Städtebund, hervorgeht. Das durchschnittliche Wachstum der Landeshauptstädte liegt zwischen 2003 und 2013 bei 7,4%, wobei Eisenstadt mit 14,1%, Graz mit 12,9% und Wien mit 9,3% überdurchschnittlich boomen.

Vorstädte und Gemeinden im Einzugsgebiet großer Städte erfreuen sich großer Beliebtheit und konnten in diesem Zeitraum noch deutlicher zulegen (z.B. Gänserndorf mit +30,1%, Neusiedl am See mit +28,7% oder Vösendorf und Himberg mit jeweils +24,5%). Städte und Gemeinden in ländlichen Gebieten und ehemaligen Industrieregionen sind hingegen von Abwanderung betroffen (z.B. Eisenerz mit 24,2%, Bad Radkersburg mit 13,9%, Mariazell 11,7% oder Trieben mit 10,4%). „Städte werden zunehmend weiblich, der Frauenanteil steigt stetig. Neben ‚privaten Gründen‘ wie beispielsweise einer Heirat, ist die eigene Arbeit bzw. der eigene Beruf das zweitwichtigste Motiv der Frauen, aus ihrer Geburtskommune wegzuziehen. Stark aufgeholt haben Frauen sowohl hinsichtlich des Ausbildungsniveaus als auch der Erwerbsbeteiligung. Innerhalb der letzten zehn Jahre kam es zu einer Erhöhung der Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen von 59,9% (2001) auf 66,5% (2011)“, so Weninger.

Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen

Die Binnenwanderung zwischen den Stadtregionen und den Gemeinden abseits dieser folgt unterschiedlichen Lebensphasen. Bis etwa zum 40. Lebensjahr überwiegt die Zuwanderung aus ländlichen Gebieten in die Stadtregionen, in den höheren Altersgruppen, ab etwa 60 Jahren, kehrt sich der Wanderungsstrom in Richtung der ländlichen Gemeinden um. Die Kernzonen der Stadtregionen verzeichnen zudem auch bei den jungen Erwachsenen einen Zuzug aus den Außenzonen. Es gibt also eine Bildungswanderung von den Randgebieten in die Kernzonen. In allen anderen Altersgruppen verlieren die Kernzonen jedoch Einwohnerinnen und Einwohner an die Außenzonen.

Familienstrukturen von Gemeindegröße beeinflusst

Laut Registerzählung 2011 sind mehr als 50% der Familien, die in den Gemeindegrößenklassen bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern leben, Paare mit Kindern. In den großen Städten sinkt dieser Anteil auf 38%. Andererseits nimmt die Anzahl der Paare ohne Kinder (von 34,6% auf 42%) und die Anzahl der Ein-Eltern-Familien (von 13,2% auf 19,3%) mit zunehmender Größe der Gemeinden und Städte zu.

Ein weiteres Resultat der Registerzählung 2011 zeigt, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße in Österreich bei 2,27 Personen liegt. Zwischen 1971 und 2011 ist der Anteil der Einpersonenhaushalte im Österreichdurchschnitt um 10,7 Prozentpunkte gestiegen. Der stärkste Anstieg ist dabei in Bregenz mit +19,1 Prozentpunkten, der geringste in Wien mit +10,1 Prozentpunkten zu verzeichnen. In allen Landeshauptstädten liegt die Anzahl der Einpersonenhaushalte über dem Bundeslanddurchschnitt. Die höchste Abweichung wurde mit 18,6 Prozentpunkten zwischen Linz und Oberösterreich festgestellt, die geringste zwischen St. Pölten und Niederösterreich (5,7 Prozentpunkte).

Städte und Gemeinden geben am meisten für Dienstleistungen aus

Die Gesamtausgaben (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) aller Städte und Gemeinden insgesamt (ohne Wien) beliefen sich 2012 auf 17,8 Mrd. Euro (mit Wien 30,1 Mrd. Euro), das sind durchschnittlich 3.562 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Den größten Anteil an den Gesamtausgaben der Landeshauptstädte (mit Wien) von 15.539 Mio. Euro hat 2012 die Voranschlagsgruppe 8 „Dienstleistungen“ (18,9%), an zweiter Stelle stehen die Ausgaben der Voranschlagsgruppe 0 „Allgemeine Verwaltung“ (18,0%).

„Österreichs Städte in Zahlen“

„Österreichs Städte in Zahlen“ ist ein Kooperationsprojekt von Österreichischem Städtebund und der Bundesanstalt Statistik Österreich. Die Publikation liefert ein umfassendes Bild über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern: Mit Daten zur Bevölkerungsentwicklung, aktuellen Zahlen zu Unterricht und Kultur, Verkehr und Tourismus, der Finanzgebarung sowie zu Sozial- und Freizeiteinrichtungen bietet es wichtige Informationen für Kommunalpolitik und Wirtschaftstreibende sowie für die interessierte Öffentlichkeit.

„Österreichs Städte in Zahlen“ ersetzt seit 2007 das „Statistische Jahrbuch Österreichischer Städte“, das seit 1950 über demographische, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte der Städte berichtet.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen finden Sie im Bereich „Publikationen und Services“ unter Statistik Austria.



VERSTÄRKTE BÜRGERINNENBETEILIGUNG MIT NEUER DORNBIRN-APP

Seit Kurzem gibt es eine neue Dornbirn-App, mit der die Dornbirnerinnen und Dornbirner über das Internet oder Smartphone direkt mit der Stadtverwaltung in Kontakt treten können. Der innovative Dienst wurde über Initiative von Bürgermeisterin Andrea Kaufmann eingerichtet und soll die Verwaltung noch bürgerfreundlicher machen: „Wer den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus etwas mitteilen möchte – Anregungen, Probleme, aber auch Lob – kann dies ab sofort über den PC oder das Smartphone machen. Mein Ziel ist es, die Verwaltung mit dieser App offener und für die Bevölkerung besser zugänglich zu machen.“

Die App kann gratis über die Adresse „schau.auf.dornbirn.at“ sowie über die App-Anbieter verschiedener Plattformen heruntergeladen werden.



STADTGEMEINDE SCHWECHAT: NEUE COMPUTER FÜR DIE NEUEN MITTELSCHULEN

Die beiden neuen Mittelschulen in Schwechat erhielten von der Stadt neues IT-Equipment. Damit wurde begonnen, die veralteten Geräte dem Stand der Technik anzupassen. Die Stadt Schwechat ist für die Ausstattung der beiden neuen Mittelschulen zuständig, also auch für die Computer und das Zubehör, an denen die SchülerInnen den Umgang mit Computer, Software und Zubehör perfektionieren. Insgesamt wurden an die beiden Schulen 20 PC, Bildschirme, Drucker, Speichererweiterungen und Software samt Lizenzen im Gesamtwert von rd. 26.600 Euro ausgeliefert. Die alten Geräte waren bis zu zehn Jahren im Dienst und entsprachen nicht mehr den heutigen Standards. Schulstadträtin DI Inna Mlada: „Der Austausch erfolgt im Vier-Jahre-Rhythmus und die Geräte werden von unserer IT-Stelle angekauft. Damit wird eine ordentliche Ausbildung der Kinder und Jugendlichen sichergestellt.“



HAINBURG: BÜRGERMEISTER KARL KINDL VERSTORBEN

Der Bürgermeister der Stadt Hainburg an der Donau, Karl Kindl, ist im 60. Lebensjahr am 28. Dezember 2013 nach schwerer Krankheit verstorben. Karl Kindl war politischer Quereinsteiger und Polizeibeamter, bis er bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 2005 das Bürgermeisteramt gewann. Der Österreichische Städtebund bedauert den Tod von Karl Kindl.

JOHANN MITTHEISZ, IKT-STRATEGE DER STADT WIEN, GEHT IN DEN RUHESTAND

Johann Mittheisz, IKT-Stratege der Stadtverwaltung, ging mit Ende des Jahres 2013 in Pension. Seit mehr als 40 Jahren beim Magistrat, war Mittheisz seit 2005 als Chief Information Officer (CIO) für die Informations- und Kommunikationstechnologie der Stadt Wien verantwortlich. Der „überzeugte Wiener, Österreicher und Europäer“ nannte als seine prägendsten und erfolgreichsten Projekte unter anderem die „Einführung des Krankenhausinformationssystems (KIS) im Neuen Allgemeinen Krankenhaus, die IT-Umstrukturierung im Krankenanstaltenverbund sowie die europaweit einzigartige und international anerkannte Open-Government-Initiative Wiens. Er war einer der Top CIO des Jahres 2012 und auch 2013 als CIO der Stadt Wien prämiert. Aktuell ist Mittheisz für den European Data Innovator Award 2014 nominiert.



KLIMA- UND ENERGIEFONDS BESCHLIESST 30-MILLIONEN-FÖRDERPAKET

Eine ungebrochen starke Nachfrage gibt es beim Klima- und Energiefonds für Förderungen im Bereich Energieforschung: Mit rund 22 Millionen Euro – und damit dank einer Mittelaufstockung fünf Millionen mehr als zunächst vorgesehen – wurden durch das Präsidium des Klima- und Energiefonds vor Kurzem 53 Projekte aus den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, intelligente Netze und Speicher zur Förderung beschlossen und zusätzliche acht Millionen Euro für Leitprojekte, die jeweils mehr als zwei Millionen Euro Förderung erhalten, reserviert.

Infos: www.klimafonds.gv.at

DONAURAUMKONFERENZ IM WIENER RATHAUS

„Es besteht eine Sehnsucht der Menschen nach gut funktionierenden Städten“, sagte vor Kurzem Stadtrat Michael Ludwig in seiner Eröffnungsrede bei der zweitägigen Donaunraum-Konferenz, die Ende 2013 stattfand. Die Bürgermeister aus Ulm, Bukarest und Bratislava sowie andere VertreterInnen aus den Donaunrainstaaten waren in Wien zu Gast, um über die durch Städte geprägte gemeinsame Zukunft der Donauregion zu sprechen. Thematisiert wurde vor allem, wie die verschiedenen Städte an der Donau im Rahmen der EU-Donaunraumstrategie ein urbanes und weltoffenes Selbstverständnis entwickeln können. Zentral dafür sei die Entwicklung von Lösungsansätzen für bestehende Probleme auf kommunaler und regionaler Ebene durch den Dialog zwischen den Städten an der Donau. Nur eine gemeinsame und starke Stimme der kommunalen Ebene könne auch zu einer erfolgreichen Interessensvertretung in der EU führen.

Bereits seit vielen Jahren unterhält Wien zu vielen Städten Zentral- und Südosteuropas intensive Kontakte. Zukünftig wird auch die „URBAN PLATFORM of the DANUBE REGION“, die im Rahmen der Konferenz vorgestellt wurde, den Austausch zwischen den Menschen, die an und mit der Donau leben, fördern. Im Vordergrund steht vor allem der Gedanke des gegenseitigen Lernens und der Hilfe bei der Umsetzung von Projekten auf kommunaler und regionaler Ebene. In diesem Zusammenhang verwies Ludwig auch auf die aktuelle europaweite Initiative für die zukünftige Absicherung des geförderten Wohnbaus. Hierzu haben sich bereits 27 europäische Städte einer von



Stadtrat Michael Ludwig mit Festredner György Konrád, den Bürgermeistern von Ulm, Bratislava und Bukarest und anderen Vertretern der kommunalen Ebene aus dem Donaunraum.

der Stadt Wien initiierten Resolution angeschlossen. Mit diesem europaweiten Schulterschluss setzen sich die Bürgermeister von Amsterdam bis Zagreb – mit dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl an der Spitze – dafür ein, dass es auch weiterhin den Kommunen und Ländern überlassen bleibt, wie sie den geförderten Wohnbau vorantreiben. Aktuelle Bestrebungen einzelner Interessensvertretungen, den sozialen Wohnbau ausschließlich für die sozial schwächsten zugänglich zu machen, wird damit entschieden entgegnet.

SÜDTIROLS NEUER LANDESHAUPTMANN

Arno Kompatscher (42) ist seit Kurzem Südtirols neuer Landeshauptmann. Nach einem Vierteljahrhundert löst Kompatscher Luis Durnwalder als Landeshauptmann ab. Der 42-Jährige erhielt in einer geheimen Abstimmung im ersten Wahldurchgang 20 der 34 abgegebenen Stimmen, 14 Stimmzettel blieben weiß. Kompatscher stammt aus Völs am Schlern nahe Bozen und hatte bei der Landtagswahl im Oktober 2013 als Listenführer der Südtiroler Volkspartei (SVP) kandidiert. Seit 2005 ist der Sohn eines Schmiedes Bürgermeister seiner Heimatgemeinde – diese Funktion wird er abgeben. Er ist seit 1995 verheiratet und Vater von sechs Kindern.



EHRUNG DER STADT WIEN

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ging an OSR i.R. Dr. Karl Kamhuber und wurde von Landeshauptmann-Stellvertreterin Renate Brauner überreicht.

Jugendbeschäftigung

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eines der Kernziele der Europäischen Union und wird als solches auch von Österreich proaktiv mitgetragen. Das österreichische Außenministerium leistet dazu einen Beitrag mittels Vernetzung auf europäischer Ebene und Informationsweitergabe auf nationaler Ebene.

Dr. Willy Kempel, Leiter der Abteilung III.5, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Ziel ist es, allen wichtigen AkteurInnen und Interessenvertretungen ein ergänzendes Informationsangebot betreffend das Vorgehen auf europäischer und internationaler Ebene zum Austausch von besten Praktiken zu bieten.

Europaweit sind 24,4%¹ der Jugendlichen arbeitslos, in Griechenland und Spanien sogar mehr als 50%, 7,5 Millionen Jugendliche befinden sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung. Wenngleich Sozial- und Beschäftigungspolitik a priori exklusive Kompetenz der Mitgliedstaaten sind, so nimmt die Europäische Union hier eine wichtige, komplementäre Rolle ein. Nachhaltiger Erfolg und langfristig wirksame Strategien sind gegeben, wenn sich Kooperation auf allen Ebenen vollzieht, eben auf europäischer, nationaler oder lokaler. Dies bedingt eine verstärkte proaktive Einbindung der Sozialpartner. Dem österreichischen Außenministerium kommt dabei auch die Funktion einer Schnittstelle zu, wobei man bemüht ist, durch länderüberschreitende Vernetzung zum Informationsfluss beizutragen.

Europäische Maßnahmen – österreichisches Vorbild

Zu den bereits auf europäischer Ebene akkordierten Maßnahmen zählt die im April 2013 beschlossene Jugendgarantie. Diese soll allen europäischen Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Ausbildungsende einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz garantieren. Frühzeitiges Eingreifen ist erforderlich, um Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Zudem bedarf es in einigen Mitgliedstaaten tiefgreifender Strukturereformen. Die damit verbundenen Kosten werden sich laut

Schätzungen der Europäischen Kommission auf rund 21 Mrd. Euro pro Jahr belaufen. Im Falle eines Nichthandelns wären die Kosten mit geschätzten 151 Mrd. Euro pro Jahr allerdings deutlich höher und würden gravierende wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Das Jugendgarantie-Modell basiert auf Erfahrungswerten in Finnland und Österreich, wo bereits 2009 eine „Ausbildungsgarantie“ für Jugendliche unter 18 Jahren eingeführt und Maßnahmen für verstärktes Lehrlings- und Jugendcoaching ergriffen wurden. Die Jugend-



Bei der „Ausbildungsgarantie“ für Jugendliche ist Österreich Vorzeigeland.

garantie ist somit ein gutes Beispiel für multilateralen Erfahrungsaustausch, der in einer europäischen Initiative mündet. Das Außenministerium informiert über Entwicklungen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene.

Eine weitere Maßnahme auf europäischer Ebene ist die Jugendbeschäftigungsinitiative, die auf direkte Unterstützung jener Mitgliedstaaten abzielt, die am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind (mehr als 25%). Im Rahmen dieser Initia-

tive werden 8 Mrd. Euro an Finanzmittel für Projekte zur Verfügung gestellt, die direkt für nicht in Ausbildung oder Beschäftigung stehende Jugendliche zur Verfügung stehen. Österreich ist besonders an Entwicklungen in den umliegenden Mitgliedstaaten interessiert und pflegt intensive Kontakte zur Slowakei und zu Kroatien. Beide Länder weisen besonders hohe Jugendarbeitslosenzahlen auf und haben eigene Maßnahmen auf der Basis dieses Erfahrungsaustauschs mit Österreich ergriffen. Hier konnte und kann das Außenministerium als Verbindungsglied dienen, und somit einen kleinen, aber merkbaren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa leisten.

Österreichische Maßnahmen mit europäischem Charakter

Das europaweite Interesse am Erfolgsmodell dualer Ausbildung in Österreich wächst zunehmend und dies aus gutem Grund: Österreich weist EU-weit die zweitniedrigste Jugendarbeitslosenrate (9,4%), bei Arbeitslosen im Allgemeinen sogar die niedrigste (4,8%) auf. Österreichs Erfolg ist in erster Linie auf ein breites Angebot an berufsbildenden Schulen und ein praxisnahes Ausbildungssystem zurückzuführen. Die duale Ausbildung nach deutschem und österreichischem Vorbild gilt als „Exportschlag“ auf europäischer Ebene. Motto ist, dass bewährte Praktiken dieser Mitgliedstaaten auch europäischen Jugendlichen in anderen Ländern zugute kommen sollen. Auch hier kann das Außenministerium vermittelnd und informierend wirken. So wurde beispielsweise im Rahmen von Workshops das österreichische Ausbildungsmodell in Frankreich sehr erfolgreich vorgestellt.

Impulse für die Zukunft: Der Verein „Youth Jobs Europe“ fördert die Lehrlingsmobilität auf europäischer Ebene.



Trotz der exorbitant hohen Arbeitslosenzahlen ist die Mobilität unter Jugendlichen auf dem europäischen Arbeitsmarkt relativ gering. Lediglich 3,1% des gesamten europäischen Arbeitskräftepotentials sind in einem anderen Mitgliedstaat beschäftigt. Bedingt durch die demographische Entwicklung in einigen, ab 2030 sogar den meisten europäischen Ländern, herrscht schon heute in einigen Mitgliedstaaten ein Mangel an Facharbeitskräften, der sich besonders deutlich auf dem Lehrlingssektor bemerkbar macht. Dies scheint somit in direktem Widerspruch zur hohen aktuellen Jugendarbeitslosigkeit zu stehen, ist aber als zeitverschobene Arbeitsplatzentwicklung zu sehen. Um dieser negativen Entwicklung bestmöglich entgegenzuwirken, gründete sich der österreichische Verein „Youth Jobs Europe“ mit konkreten Initiativen zu erhöhter Lehrlingsmobilität auf europäischer Ebene. So sollen eu-

ropaweit Ausbildungsplätze in österreichischen und deutschen Unternehmen insbesondere für Jugendliche aus den Programmländern Portugal, Griechenland und Zypern sowie Spanien angeboten werden. Lehrlinge werden nach fixer Anstellung neun Monate lang bei der Vorbereitung auf ihren neuen Posten hinsichtlich Spracherwerbs, Berufsschulhalten und Teilnahme am Ausbildungssystem des Gastlandes unterstützt. Das Außenministerium hat diese Initiative von Beginn an begleitet und sieht sie als wichtigen Beitrag zu erhöhter Lehrlingsmobilität in Europa. Dies entspricht der österreichischen aktiven Teilnahme an mobilitätsfördernden EU-Programmen wie Erasmus mit bisher mehr als 5.500 österreichischen TeilnehmerInnen. Erhöhte Mobilität schafft dabei nicht nur ein erhöhtes Bewusstsein für Europa, sondern zeitigt einen praktischen Mehr-

wert in Form von zusätzlichen Sprach- und Berufskenntnissen.

AUSBLICK

Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur ein soziales Problem, sondern langfristig auch eine wirtschaftliche Herausforderung. In diesem Sinne ist es von größter Wichtigkeit, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um eine verlorene Generation zu vermeiden, die sich auf allen Ebenen der Gesellschaft negativ auswirken würde. Verlust von Know-how und Arbeitskräftepotential und ein Abbau von sozialen Strukturen würde nicht nur den Einzelnen, sondern ganz Europa nachhaltig schwächen. In diesem Sinne nimmt Österreich eine aktive Rolle im europäischen Kontext ein, und versucht entsprechende Impulse zu setzen. ■

¹ Alle Angaben Stand November 2013



BERUFE MIT ZUKUNFT FÜR JUNGE MÄNNER VON HEUTE:

Der österreichische Boys' Day

Die Erweiterung des Berufswahlspektrums männlicher Jugendlicher steht im Mittelpunkt des vom Sozialministerium österreichweit organisierten Boys' Day.

Rudolf Hundstorfer, Österreichischer Sozialminister

Die Ausgangslage des Boys' Day ist eine andere im Vergleich zum Girls' Day. Junge Burschen verharren oft in Rollenklischees und traditionell männlichen Berufsbildern. Das hindert sie daran, ihre Möglichkeiten und Talente im Hinblick auf die Berufswahl richtig einzusetzen und auszuschöpfen. Der Boys' Day will abseits der „klassischen Berufsbilder“ wie KFZ-Mechaniker den Mut „zu einer etwas anderen“ Berufsentscheidung fördern. Die Erweiterung des Berufswahlspektrums in Richtung Erziehungs- und Pflegeberufe dient zugleich der Entwicklung eines breiteren und offeneren Männerbildes. Dieses Ziel geht Hand in Hand mit dem Wandel des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes, welcher neue Chancen und Her-

ausforderungen an junge Männer herantreibt. Viele Burschen wollen z.B. Mechaniker lernen, weit mehr als in diesem Beruf gebraucht werden. Wenige wollen derzeit Krankenpfleger oder Volksschullehrer werden. In diesen Berufen gibt es aber besonders für junge, engagierte Männer gute Jobchancen. Generell ist das Angebot in Dienstleistungsberufen steigend. Damit sind aber auch vermehrt soziale Kompetenzen in der Berufsausübung und der entsprechenden Ausbildung gefragt. Es gehört auch zu den geschlechterspezifischen Klischees, dass Burschen den Mädchen in dieser Hinsicht nachhinken. Der Boys' Day geht auch dieser Diskussion nicht aus dem Weg. Für den Boys' Day wurden drei DVDs produziert. Die DVD „Social Figh-

ters“ porträtiert vier junge Männer, die in sozialen Berufen tätig sind. Sie lassen uns an ihrer Motivation zur jeweiligen Berufswahl teilhaben, wir erleben sie bei ihrer Arbeit, sie sprechen über ihre Erfahrungen und über die Reaktionen ihres Umfelds. Bei der DVD „Social Works“ richten sich die Beiträge wiederum an Buben und Burschen, sind aber mehr auf die Darstellung der Berufsfelder fokussiert. In der DVD „Social Culture“ wird ein Beitrag zur Integration und Überwindung von Rollenklischees geleistet, indem junge Männer mit Migrationshintergrund in erzieherischen und pflegerischen Berufen vorgestellt werden. Alle drei DVDs sind kostenfrei über die Website www.boysday.at bestellbar.

Boys' Day – der Aktionstag für Burschen

Der Boys' Day – derzeit findet er regelmäßig in der ersten Novemberhälfte statt – ist ein Tag, an dem Burschen Berufe im Erziehungs- und Pflegebereich kennenlernen sollen. Am Besten vermittelt durch Männer, die solche Berufe ausüben. Sie stellen einen Beruf vor, in dem sie mit Menschen und für Menschen arbeiten. Den männlichen Jugendlichen wird die Möglichkeit geboten, in verschiedenen Einrichtungen – wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen – zu schnuppern und mit im Erziehungs- und Pflegebereich Tätigen über deren beruflichen Alltag und ihre Erfahrungen zu sprechen.

Die Sensibilisierung von Jugendlichen, aber auch Eltern, LehrerInnen, AusbilderInnen und der Öffentlichkeit gehört zu den Zielen des Boys' Day. Die Öffentlichkeit soll sensibilisiert werden, dass Mädchen und Burschen, die sich im weitesten Sinn für einen Erziehungs- oder Pflegeberuf entscheiden, einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Obwohl die Gemeinsamkeiten von Männern und Frauen in erzieherischen und pflegenden Berufen größer sind als die Unterschiede, ist auf die Wertschätzung männlicher Kompetenzen verstärkt Bedacht zu nehmen.

Studien untermauern die Ziele des Boys' Day

In Österreich herrscht ein Mangel an männlichen Kindergartenpädagogen. Im Rahmen einer im Auftrag des BMASK erstellten Pilotstudie zur Wirkung männlicher Kindergartenpädagogen hat sich ein Forschungsteam der Universität Innsbruck am Institut für Psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung zum Ziel gesetzt, erste differenzierte Hinweise auf die erzieherische Wirkung und auf das pädagogische Zusammenspiel von männlichen und weiblichen KindergartenpädagogInnen zu untersuchen. Die Ergebnisse der Studie zeigen deutliche geschlechtsspezifische Effekte zwischen Fachkräften und Kindern. Männliche Kindergärtner – so kann aus dieser Studie geschlossen werden – erweisen sich als wirksame Bereicherung des Beziehungsalltags im Kindergarten.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer beim Boys' Day 2013.



Burschen in Erziehungs- und Pflegeberufen leisten einen wichtigen Beitrag.

FAZIT

Unterstützen und begleiten wir also unsere männlichen Jugendlichen mit Hilfe des Boys' Day in ihrer Berufs- und Lebensplanung. Dies eröffnet den Burschen ein brei-

teres Feld an beruflichen Wegen, an neuen Möglichkeiten und an persönlicher Entwicklung – und bedeutet für uns alle einen Schritt weiterzugehen in Richtung einer geschlechtergerechten Zukunft. ■

Wandel der Bildungsstruktur in Österreich

In den letzten 15 Jahren hat sich das formale Bildungsniveau junger Erwachsener kontinuierlich erhöht und damit der Trend zu Höherqualifizierung weiter fortgesetzt.

Mag. Káthe Knittler, Direktion Bevölkerung der Statistik Austria

An Bedeutung gewonnen haben insbesondere höhere Schulen und universitäre Ausbildungen. Demgegenüber zeigt sich ein Rückgang bei der Lehre; bei den Frauen sank auch der Anteil jener, die höchstens einen Pflichtschulabschluss hatten. Die größten Unterschiede nach dem Geschlecht bestehen bei der Bedeutung der Lehrausbildung. Für Männer stellt die Lehre nach wie vor die wichtigste Ausbildung dar. So hatte 2012 mehr als jeder dritte Mann (35,2%)¹ im Alter zwischen 15 und 34 Jahren eine Lehre als höchste Ausbildung; bei den Frauen traf dies nur auf rund jede fünfte zu (21,7%). 15 Jahre früher spielte die Lehre für beide Geschlechter eine größere Rolle (1997: Männer 43,2%, Frauen 28,9%). Der Anteil an Frauen mit Universitätsabschluss hat sich in diesem Zeitraum etwas mehr als verdoppelt (1997 5,8%, 2012 13,8%); bei den Männern stieg der Anteil ebenfalls deutlich, wenn gleich nicht ganz so stark (1997 5,5%, 2012 9,1%). An Bedeutung gewonnen haben ebenfalls bei beiden Geschlechtern die berufsbildenden höheren Schulen.

Intergenerationale Bildungsmobilität

Der Trend zur Höherqualifizierung verdeutlicht sich auch darin, dass 2009 rund ein Drittel (30%) der jungen Erwachsenen (15 bis 34 Jahre) einen formal höheren Bildungsabschluss erreichten als ihre Eltern und somit einen Bildungsaufstieg vollzogen². Zwischen Männern (28%) und Frauen zeigte sich ein leichter Unterschied zugunsten der Frauen (32%). Ein niedrigerer Bildungsabschluss bzw. ein Bildungsabstieg war hingegen für Männer (17%) und Frauen (15%) deutlich häufiger. Den formal gleichen Bildungsabschluss wie ihre Eltern hatten 53% der nicht mehr in Ausbildung stehenden jungen Erwachsenen (Männer 55%, Frauen 51%). Insgesamt bestand somit für junge Erwachsene eine höhere Wahrscheinlichkeit, einen dem der Eltern gleichwertigen als einen höherwertigen Bildungsabschluss zu erreichen. Obgleich in den letzten Jahrzehnten ein eindeutiger Trend in Richtung höherer formaler Bildungsabschlüsse besteht, ist die Frage, wer welchen Bildungsweg einschlägt und wer welchen Bildungs-

abschluss erreicht, nicht unabhängig vom sozialen und ökonomischen Hintergrund zu sehen. So beendete knapp ein Drittel (32%) der Kinder aus Elternhäusern, in denen die Eltern höchstens die Pflichtschule abgeschlossen hatten, ihre formale Ausbildung ebenfalls mit höchstens Pflichtschulabschluss. Beim geschlechtsspezifischen Vergleich zeigt sich, dass es Töchtern (61%) aus diesen Haushalten seltener gelang einen weiterführenden Abschluss zu erreichen als Söhnen (75%). Kamen die Kinder hingegen aus einem Akademikerhaushalt, verfügten Töchter (6%) wie Söhne (9%) deutlich seltener höchstens über einen Pflichtschulabschluss. Umgekehrt schlossen 41% der Kinder aus Akademikerhaushalten, aber lediglich 5% der Kinder aus Elternhäusern mit höchstens Pflichtschulabschluss eine universitäre Ausbildung ab. Auch in Akademikerhaushalten war es für die Töchter (46%) wahrscheinlicher als für die Söhne (36%), das gleiche formale Bildungsniveau wie die Eltern zu erreichen. Hatten die Eltern höchstens die Pflichtschule oder eine Lehre abgeschlossen, so war auch bei ihren Kindern ein Lehrabschluss überdurchschnittlich oft der höchste Bildungsabschluss (Eltern mit höchstens Pflichtschulabschluss: 44%, Eltern mit Lehrabschluss: 55%).

Bildung und Arbeitsmarkt

An den formalen Bildungsabschluss einer Person knüpfen sich Teilhabechancen in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Ungleiche Ausbildungschancen bleiben folglich nicht auf den Bereich der Bildung beschränkt, sondern setzen sich in anderen Lebensbereichen fort. So beeinflusst die Verwertbarkeit der höchsten abgeschlossenen Schulbildung die individuellen Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen. Je höher der formale Bildungsgrad, desto

besser stehen tendenziell die Chancen, ein hohes Einkommen zu erreichen und umso niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden oder Niedriglöhne zu beziehen. Auch das Risiko, arbeitslos zu werden, verteilt sich unterschiedlich auf die Bildungsschichten. Die Arbeitslosenquote von Personen, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, war 2012 mit 9,3% mehr als doppelt so hoch wie jene aller Erwerbspersonen (4,3%) und knapp viermal so hoch wie jene von Personen mit universitärem Bildungsabschluss (2,4%). Insbesondere Jugendliche bzw. junge Erwachsene sind in Österreich, wie auch in allen übrigen Ländern der EU, überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Die 15- bis 24-Jährigen waren in Österreich mit einer Arbeitslosenquote von 8,7% rund doppelt so häufig arbeitslos wie die Erwerbsbevölkerung insgesamt. Auch unter den jungen Erwachsenen sind wiederum jene mit höchstens Pflichtschulabschluss (12,3%) häufiger arbeitslos als junge Erwachsene mit weiterführenden Ausbildungsabschlüssen. Eine ungleiche Verteilung der Bildungschancen von sozialen Schichten setzt sich in unterschiedlichen Risiken am Arbeitsmarkt fort.

Internationaler Vergleich

Österreich weist im Vergleich mit den anderen Staaten der europäischen Union traditionell eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit auf. 2012 lag Österreich mit einer Arbeitslosenquote von 8,7% der 15- bis 24-Jährigen vor Deutschland an zweitletzter Stelle und damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 22,8%. Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote ist auch in Zusammenhang mit der hohen Bedeutung, die der beruflichen Bildung (Lehre) zukommt, zu sehen. Mit einem

Beim Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss liegt Österreich (26,3%) im Vergleich mit dem EU-Schnitt (35,8%) im unteren Mittelfeld.



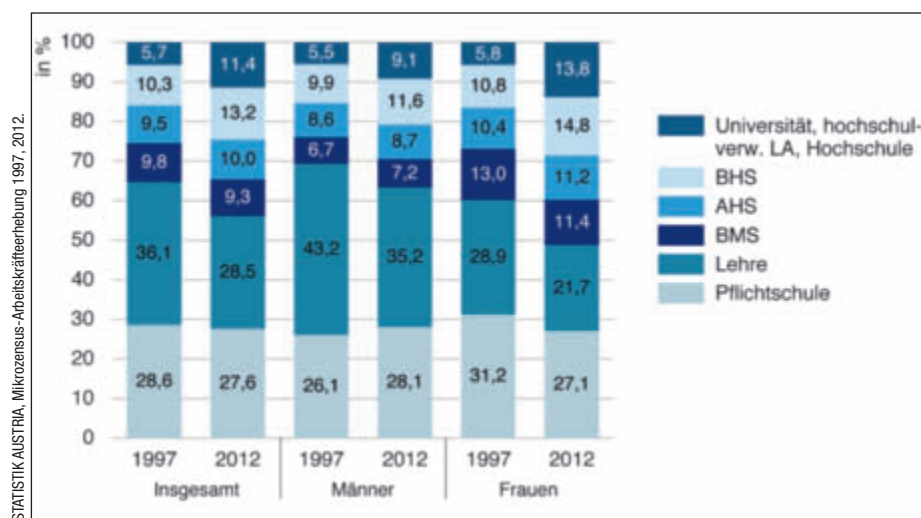
Anteil von 70,2% (2010)³ an Schülerinnen und Schülern, die eine berufsbildende mittlere und höhere Schule oder eine Lehre besuchten, wies Österreich einen der weltweit höchsten Werte auf. In Deutschland (48,6%) und der EU-21 (50,4%) lagen die Werte deutlich niedriger. Im Rahmen der „Europa 2020“-Indikatoren, die den Fortschritt für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum bis 2020 messen sollen, wird auch die Entwicklung des formalen Ausbildungsniveaus in den Mitgliedstaaten beobachtet. Beim Leitindikator der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger („Early School Leavers“) schneidet Österreich im internationalen Vergleich relativ gut ab. 2012 waren „ledig-

lich“ 7,6% der 18- bis 24-Jährigen in Österreich nicht mehr in Ausbildung und hatten keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsabschluss. Der Durchschnitt der EU-27 lag mit 12,8% deutlich höher. Beim zweiten bildungsbezogenen Leitindikator – dieser misst den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss – befindet sich Österreich (26,3%) hingegen im unteren Mittelfeld der EU-27 (35,8%). Angestrebtes Ziel Österreichs ist es, diesen Wert bis 2020 auf 38% zu erhöhen.

¹ Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 1997, 2012.

² Statistik Austria (2010): „Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2009“, Wien.

³ OECD, Education at a Glance 2013.



Personen (15 bis 34 Jahre) nach höchster abgeschlossener Schulbildung und Geschlecht

Im Übergang zu Beschäftigung

Der Bildungserwerb ist in Österreich international gesehen eher untypisch. Es gibt eine sehr starke Konzentration auf berufliche Ausbildung und auf die unter 20-Jährigen.

Mag. August Gächter, Zentrum für soziale Innovation

Nach 1945 war in Österreich stets die Arbeitslosenrate der Erwerbspersonen das Maß aller Dinge. Sie ist stark vom Alter abhängig. Bei den 15- bis 19-Jährigen beträgt sie seit Mitte 2010 um die 10%, davor seit Mitte 2006 um die 11% und davor seit Mitte 2004 um die 14% – also ein deutlicher Rückgang. Bei den 20- bis 24-Jährigen dagegen lag sie seit Mitte 2004 stets im Bereich von 7% oder 8% und bei den 25- bis 29-Jährigen bei 5% oder 6% mit einer leicht steigenden Tendenz. Diese großen Unterschiede sind unbefriedigend, aber die gute Nachricht ist, dass sie sich zwischen Mitte 2004 und Mitte 2013 doch erheblich verringert haben. Eine weitere gute Nachricht ist, dass in diesen Daten von der Krise ab Herbst 2008 kaum etwas zu bemerken ist. Bei den 15- bis 19-Jährigen ist die Arbeitslosenrate der Erwerbspersonen seit Mitte 2010 niedriger als sie vor der Krise war, bei den 20- bis 24-Jährigen ist sie gleich hoch und bei den 25- bis 29-Jährigen geringfügig höher. Noch eine gute Nachricht: Österreich hat die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit unter den EU-Staaten. Nur in Deutschland ist sie um eine Spur geringer. Das trafe auch dann zu, wenn man die Lehrlinge nicht als Erwerbspersonen einrechnete, sondern wie Schülerinnen und Schüler weglicke.

Die schlechte Nachricht ist, dass die gewohnte Arbeitslosenrate der Erwerbspersonen kein sonderlich gutes Maß für die Lage am Arbeitsmarkt ist, gerade auch wenn es um Jugendliche geht. Sie stammt aus einer Zeit, als der Bildungserwerb noch nicht so wichtig war wie heute, und in der es völlig unproblematisch schien, die Lehre als Erwerbstätigkeit anzulegen statt als Ausbildung. Seit etwa zehn Jahren tritt aber die Bildungsfrage immer mehr in den Vordergrund,

sodass die Diskussion mittlerweile in Richtung einer Bildungspflicht bis zum Alter von 18 Jahren geht. Das ist das Alter, in dem die meisten Lehrverträge, die vierjährigen Fachschulen und die AHS beendet werden, sofern es nicht zu Laufbahnverlusten kam, aber noch nicht die BHS, deren Bedeutung viel größer ist als jene der AHS. Von den nicht mehr schulpflichtigen 15- bis 19-Jährigen sind ziemlich genau drei Viertel in einer formalen schulischen oder betrieblichen Ausbildung. Daran hat sich in den letzten zehn Jahren praktisch nichts geändert. Betrug der Anteil von Mitte 2004 bis Mitte 2007 unverändert 75%, so betrug er von Mitte 2010 bis Mitte 2013 ebenso unverändert 76%. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen ist nur mehr gut ein Fünftel in Ausbildung. Auch hier gibt es eine ganz allmähliche Zunahme. Im Alter zwischen 25 bis 29 Jahren sind nur mehr 5% bis 6% in Ausbildung ohne gleichzeitig beschäftigt oder arbeitslos zu sein.

Die soziale Stellung

Bei den nicht mehr schulpflichtigen 15- bis 19-Jährigen gibt es je nach Geburtsstaat der Eltern große Unterschiede bei der Beteiligung an weiterführender Ausbildung. Die Unterschiede zwischen den elterlichen Geburtsstaaten verschwinden aber fast zur Gänze, wenn man die Lebensumstände der Eltern und anderer erwachsener Personen im Haushalt, und insbesondere die Bildung und die Verantwortung am Arbeitsmarkt berücksichtigt. Die Unterschiede haben also so gut wie nichts mit der staatlichen Herkunft der Eltern zu tun, aber sehr viel mit ihrer sozialen Stellung, die sich auf zwei Arten auswirkt: die eine ist, dass Eltern mit weniger Bildung, weniger Erfahrung am Arbeitsmarkt, eintönigeren Arbeiten und

geringeren Einkommen weniger gut in der Lage sind, ihre Kinder im Bildungserwerb zu unterstützen und ihnen eine hilfreiche Umgebung zu bieten; die andere Wirkung ist, dass diese Eltern sich auch gegenüber dem österreichischen Bildungswesen weniger durchsetzen können und die Kinder daher in viel größerer Gefahr sind, unabhängig von ihrer Leistung quasi als „Füllmasse“ für weniger begehrte Schultypen und Schulzweige verwendet zu werden.

Österreich ist international gesehen eher ungewöhnlich, weil der Bildungserwerb sehr stark auf berufliche Ausbildung und auf die unter 20-Jährigen konzentriert ist, während Bildung, die für das soziale, kulturelle oder politische Leben hilfreich wäre, einen sehr geringen Stellenwert hat und für einen großen Teil der Bevölkerung zugunsten beruflicher Ausbildung weitgehend entfällt. Die positive Folge der stark auf Unternehmensbedürfnisse ausgerichteten Bildung bzw. Ausbildung sollten hohe Beschäftigungsraten jener Jugendlichen sein, die über einen in Österreich gemachten Abschluss verfügen. Das bestätigt sich am Ende der Jugendzeit (bei den 25- bis 29-Jährigen) auch. In der Altersgruppe sind um die 90% jener mit Abschluss einer Lehre oder einer mehrjährigen Fachschule beschäftigt, und ebenso um die 86% jener mit BHS-Matura oder mit Hochschulabschluss, aber nur um die 65% jener mit AHS-Matura oder mit Pflichtschulabschluss. Der Grund ist, dass 27% jener mit AHS-Matura nach wie vor studieren, also eine Ausbildung anstreben, ohne zugleich beschäftigt oder aktiv Beschäftigung suchend zu sein. Bei jenen mit Pflichtschulabschluss sind hingegen 20% weder beruflich aktiv noch in Ausbildung und 14% suchen Beschäftigung. Nur 2% von ihnen sind in Ausbildung.

Was erwarten die Unternehmen?

Eine der unzweifelhaft negativen Folgen ist aber, dass die Unternehmen immer weniger damit rechnen, in die Fähigkeiten der Abgängerinnen und Abgänger aus dem Ausbildungswesen noch investieren zu müssen, und es für immer selbstverständlicher halten, unmittelbare Brauchbarkeit fordern zu können. Das wird zu einem Problem, wenn es einen nennenswerten Zustrom an Personen mit Bildung oder Ausbildung aus dem Ausland gibt. Wenn die Unternehmen die Fähigkeit und die Motivation verloren haben, „unfertige“ Arbeitskräfte produktiv einzubinden, dann bliebe an sich nur der Staat, um die Zuziehenden aufzufangen und mit österreichischen Abschlüssen auszustatten. Das ist sehr viel teurer als wenn es die Unternehmen selbst täten. Das ist ein Grund –

aber nur einer –, warum es der Staat in Österreich nicht tut, obwohl sich zeigen lässt, dass der finanzielle Nutzen für die Gebietskörperschaften enorm wäre. So ist bei Jugendlichen mit Ausbildungen aus dem Ausland das Risiko, trotz Ausbildung in einer Hilfs- oder Anlernmöglichkeit beschäftigt zu sein, für die man an sich keine Ausbildung braucht, stark erhöht. Zwar arbeiten auch 19% der 15- bis 24-Jährigen mit in Österreich geborenen Eltern und in Österreich absolvierten Abschlüssen von der Lehre aufwärts in Hilfs- oder Anlernmöglichkeiten nicht selten neben einem Studium, aber wenn der Abschluss in Serbien gemacht wurde, dann beträgt dieser Anteil 69%, bei der Türkei 57%, bei Bosnien 35%, bei sonstigen Drittstaaten 80% und bei EU-Mitgliedstaaten 2004 bis 2013 61%, aber bei

den EU15- oder EFTA-Staaten nur 20%. Das ist in anderen Altersgruppen ähnlich und bei den Frauen etwas ausgeprägter als bei den Männern. Dieses Problem der ungenutzten Abschlüsse ist in Österreich vergleichsweise groß. Nur in Griechenland, Italien, Spanien und Zypern ist es noch markanter. Ein Pflichtschulabschluss gilt, anders als noch vor 30 Jahren, heute nicht mehr als ausreichende Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Es ist daher beunruhigend, dass 71% der 15- bis 24-Jährigen mit im Ausland absolvierter Pflichtschule nach ihrer Ankunft in Österreich keine weitere Ausbildung machen, und das auch nicht tun können, selbst wenn sie wollen, weil es kein leistbares Angebot gibt. Dieser Fall ist im österreichischen Ausbildungswesen noch immer nicht vorgesehen. ■

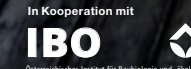


BAUEN & ENERGIE[®] WIEN

Besser leben!

13. – 16. Februar 2014. Messe Wien.

Bauen, Renovieren, Sanieren, Sicherheit, Wellness, Finanzieren und Energiesparen.
Einfach besser leben mit der Bauen & Energie Wien.

facebook.com/bauenenergiewien
www.bauen-energie.at

BEZAHLTE ANZEIGE



Wien gehört den Jugendlichen

Mehr als ein Viertel aller WienerInnen ist unter 26 Jahre alt. Als Jugendstadtrat ist es meine Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese jungen Menschen in unserer Stadt mit ihren Anliegen, Anregungen, Wünschen und auch Problemen ernst genommen und gehört werden. Jugendliche in Wien müssen die Möglichkeit haben, ihre Träume und Ideen zu verwirklichen und dabei seitens der Stadt Wien bestmögliche Unterstützung erhalten.

Christian Oxonitsch, Jugendstadtrat Wien

Rund 1.000 MitarbeiterInnen sind in der Kinder- und Jugendarbeit tätig, um das zu ermöglichen. Und diese Arbeit trägt Früchte. Wien ist weltweit beste Stadt für junge Menschen: Die amerikanische Website „list25.com“ hat Wien vor Kurzem zur „Best City For Young People To Live In“ gekürt. Nach Wien sind unter anderen Städte wie New York, Paris, Melbourne, Vancouver oder Dubai gelistet. Die Angebote für Jugendliche in Wien sind auf internationalem Topniveau und das wird auch weltweit so wahrgenom-



„Wir lassen keinen im Stich, wir kümmern uns um jeden Jugendlichen“, so Jugendstadtrat Christian Oxonitsch.

men. Junge Menschen in Wien wissen, dass sie auf ihre Stadt zählen können. Das zeigt auch die Begründung zur Top-Platzierung Wiens. So heißt es auf list25.com: „The City of Dreams“ or „The City of Music“ has almost everything young people would probably be looking for in a city. It's history, culture, economy, environment, and just the fact that it's the most livable city in the world clinches the #1 spot.“

(Übersetzung: „Die Stadt der Träume“ oder „Stadt der Musik“ bietet beinahe alles, was sich junge Menschen von einer Stadt wünschen. Wiens Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Umwelt und einfach die Tatsache, dass es die lebenswerteste Stadt der Welt ist, bringt den ersten Platz.“) Im Ranking der 50 weltbesten Universitätsstädte schaffte es Wien immerhin auf Platz 15 (Quelle: QS Best Student Cities-Ranking/ England). In der separaten Wertung nach Lebensqualität ist unsere Stadt sogar Weltspitze.

Diese Wertungen und Rankings sind das Ergebnis umfassender Angebote und Maßnahmen, die die Stadt laufend betreibt, weiterentwickelt und ausbaut.

Dichte Palette an Angeboten

Den Jugendlichen in Wien stehen viele Möglichkeiten zur Verfügung: zahlreiche Kultur- und Freizeitangebote, Kinder- und Jugendzentren, Jugendcafés, Treffs, aber auch Parkbetreuung und Straßensozialarbeit in Parks und an öffentlichen Plätzen (Fair Play Teams). Kein anderes europäisches Land verfügt über ein derart dichtes Netz an Angeboten. Dafür investiert die Stadt Wien gemeinsam mit den Bezirken jährlich bis zu 38 Millionen Euro.

Charakteristisch bei allen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sind die Freiwilligkeit der Teilnahme, der niedrigschwellige Zugang, die Selbstbestimmung der Jugendlichen bezüglich Themen, Inhalten und Methoden, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Normen und Werten und die aktivierenden und motivierenden Formen des Lernens.

Jugendliche werden abgeholt

Eine Tür zu öffnen und zu sagen „kommt zu uns, wir helfen Euch“ funktioniert nur sehr eingeschränkt. Darum sind die MitarbeiterInnen der Jugendarbeit überall dort, wo sich Jugendliche gerne aufhalten: In



Parks und bei anderen beliebten Treffpunkten. Junge Menschen, die ihre Freizeit zum Großteil im öffentlichen Raum verbringen, brauchen manchmal Anregungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Und die, die Probleme haben, brauchen ein Beratungsangebot, bei dem sie keine Angstbarriere überwinden müssen, und Vertrauenspersonen, die sich für ihre Probleme interessieren. Die Jugendarbeit hat das Ziel, Jugendliche bei ihrer positiven Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Die JugendarbeiterInnen begleiten und helfen den Jugendlichen auch in Bereichen wie Arbeit und Ausbildung, Familie oder Wohnen. Die Angebote sind niedrigschwellig, kostenlos und richten sich nach den Bedürfnissen der jungen Menschen. Sie reichen von Projektarbeit über freizeitpädagogische Angebote bis hin zur Erarbeitung von Lösungsansätzen bei Problemstellungen einzelner Jugendlicher. Wichtig ist natürlich, dass alle Jugendlichen über die Angebote, die die Stadt für Sie bietet, auch Bescheid wissen. Neben der mobilen Jugendarbeit, bei der die SozialpädagogInnen die Angebote und Betreuung auf die Straßen und Plätze zu den Jugendlichen tragen, veranstalten wir auch immer wieder Events und präsentieren unser Service. Das passiert etwa einmal im Jahr im Herbst bei der LAJUNA (die lange Nacht der Jugendarbeit), aber auch bei vielen anderen Veranstaltungen, die das Interesse von Jugendlichen wecken.

Mitbestimmung und Verantwortung

Wie alle anderen BewohnerInnen Wiens haben auch Jugendliche das Recht, Plätze, Parks und andere öffentliche Flächen zu nutzen. Oft stehen jedoch die Wünsche von Jugendlichen im Konflikt mit Bedürfnissen anderer NutzerInnen. Wesentlicher Bestandteil der Arbeit mit Jugendlichen ist daher auch, sie bei der aktiven Gestaltung ihres Umfeldes zu unterstützen. Jugendli-



che sollen ihre Wünsche vertreten und sich mit den Bedürfnissen anderer Menschen auseinandersetzen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Das fördert das Verantwortungsbewusstsein.

Geschütztes Umfeld ohne Zwänge

Wiens Jugendzentren, Jugendcafés und Jugendtreffs bieten Jugendlichen einen geschützten Raum ohne Konsumationszwang. Unterstützt von ausgebildeten JugendarbeiterInnen treffen Kinder und Jugendliche einander dort, initiieren eigene Projekte wie etwa Fotoausstellungen über das Grätzel oder Hilfsprojekte. Diese Aktivitäten fördern das Miteinander.

Wiener Ausbildungsgarantie: für einen guten Einstieg in den Beruf

Mit der Wiener Ausbildungsgarantie gibt es darüber hinaus seit 2010 ein lückenloses Angebot für Jugendliche am Wiener Arbeitsmarkt. Die Wiener Ausbildungsgarantie bedeutet, dass Jugendliche, die eine Ausbildung machen wollen, entweder einen Lehrplatz oder eine Qualifizierung bekommen. Wenn sie nicht wissen, wie es weitergehen soll, gibt es ein unterstützendes Beratungs- und Begleitungsangebot. Jugendliche werden am Übergang von der Schule in den Beruf begleitet. Damit wird verhindert, dass sie ohne Ausbildung oder Job bleiben. Das Signal ist: „Wir lassen keinen im Stich, wir kümmern uns um jeden Jugendlichen“

Die Wiener Ausbildungsgarantie umfasst alles, was dazu beitragen kann, dass Jugendliche eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung erhalten (weiterführende Schulen, betriebliche bzw. überbetriebliche Lehre, sonstige Qualifizierungsmaßnahmen des AMS, Information, Beratung und Coaching).

In einer kooperativen Strategie arbeiten unterschiedliche Institutionen zusammen,



um Ausbildung, Information und Beratung bzw. Betreuung von Jugendlichen bereitstellen. Darunter fallen der Stadtschulrat für Wien, das Arbeitsmarktservice Wien, das Bundessozialamt Wien, der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff), die MA 13 (Bildung und außerschulische Jugendarbeit) sowie die Sozialpartner. Sie alle werden von der Koordinationsstelle „Jugend-Bildung-Beschäftigung - Schwerpunkt Wiener Ausbildungs-garantie“ unterstützt. Zielgruppe sind alle Jugendlichen in Wien im Alter von Schulpflichtende (14/15) bis 21 (vollendetes 20. Lebensjahr).

Geringste Arbeitslosigkeit in Europa

Auch diese Maßnahmen bleiben nicht ohne Folgen. Nach den letzten Berechnungen hat Österreich erneut die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU, gefolgt von Deutschland und Luxemburg. Das ist natürlich kein Grund, die Füße auf den Tisch zu legen und sich auszuruhen. Im Gegenteil! Es gibt immer etwas zu verbessern, und wir werden alles daran setzen, unsere Situation mit allen in unserer Macht stehenden Mitteln weiter zu optimieren. Trotzdem haben wir gemeinsam schon viel geschafft und darüber darf man sich auch freuen.

Wien kann auf seine Jugendlichen und die für sie geschaffenen Angebote stolz sein, ich bin es jedenfalls! ■

Nützliche Telefonnummern und Links

Die **Kummer-Nummer** für Lehre und Beruf **0800/202022** informiert kostenlos und anonym und leitet zum jeweils passenden Unterstützungsangebot weiter. www.kuemmer-nummer.at
www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/index.html
www.wien.gv.at/bildung-forschung/

Viele Wege zum Beruf

Jugendliche haben heute viele Möglichkeiten, um sich für die passende Ausbildung und den richtigen Beruf zu entscheiden. Die wienXtra-jugendinfo unterstützt und berät bei diesen wichtigen Entscheidungen.

Stefan Kühne, MSc, Leiter der wienXtra-jugendinfo

Jugendliche und junge Erwachsene sehen sich heute mit einer Vielzahl von Optionen und zahlreichen Fragen zum Beginn der Berufswahl konfrontiert: Welchen Schulabschluss soll ich machen? Danach eine Ausbildung oder doch ein Studium? Was interessiert mich überhaupt und welche Fähigkeiten habe ich? Wie sieht der Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren aus?

Die wienXtra-jugendinfo bietet zu diesen Fragen umfangreiche Informationen und professionelle Beratung, die von allen jungen Menschen zwischen 13 und 26 Jahren in Anspruch genommen werden kann. Egal ob im persönlichen Vier-Augen-Gespräch, per Telefon oder per E-Mail, die MitarbeiterInnen beantworten alle Fragen kompetent und kostenlos.

Die wienXtra-jugendinfo stellt außerdem Informationen zur Verfügung, damit sich Jugendliche selbst ein Bild machen können, was bei der Ausbildungs- und Berufs-

wahl zu beachten ist. Neben zahlreichen Infoblättern, wie z.B. zum Thema „Ferien- und Nebenjob“ oder auch für die Suche nach einer „Arbeits- oder Praktikumsstelle“ bietet die Webseite zu allen Themen geprüfte und ausgewählte Infos.

60 Seiten Zukunft

Die kostenlose Broschüre „Viele Wege zum Beruf“ ist das ausführlichste Printprodukt zu diesem Thema. Jugendliche finden darin alle Informationen rund um Ausbildung und Beruf aufbereitet. Auf insgesamt mehr als 60 Seiten können sie sich informieren und schlau machen, wenn es darum geht, den eigenen Berufswunsch zu entdecken und über die persönlichen Fähigkeiten und Interessen nachzudenken.

Den Anfang machen konkrete Überlegungen, wie Jugendliche ihre eigenen Talente und Interessen entdecken können. So ist zum Beispiel ein „Berufsorientie-

rungstagebuch“ eine gute Maßnahme, um sich selbst klar darüber zu werden, was man später tun möchte. „Egal wie alt du bist oder was du bisher gemacht hast – die Entscheidung für einen Ausbildungsweg oder einen Beruf beginnt bei dir selbst: du findest heraus, was dich interessiert, was du kannst, was du dir wünschst und erwartest.“

Auch neue Beschäftigungen in der Freizeit auszuprobieren oder sich mit FreundInnen, Bekannten und den eigenen Eltern auszutauschen, sind wichtige Gelegenheiten, um sich selbst über den eigenen Berufsweg klar zu werden. Auch Interessentests, die im Internet verfügbar sind, bieten hier Anregungen und Orientierung. Auf www.whatchado.net können sich Jugendliche zum Beispiel nach ihren eigenen Interessen und Fähigkeiten aus über 1.000 Videos für sie passenden Berufe und Arbeitsbereiche anschauen. Viele von diesen Videos zeigen dabei, dass es oftmals nicht der direkte Weg ist, der einen in diesen oder jeden Beruf bringt, für manche der gezeigten Berufe gibt es auch keine richtige Ausbildung.

Wie geht's zum Traumberuf?

Hat man die eigenen Wünsche und Interessen herausgefunden, gilt es, sich über die Berufe und die Wege dahin klarer zu werden. Die wichtigste Frage ist dabei, welche Voraussetzungen es für welchen Beruf gibt. Denn erst dann kann der eigene berufliche Werdegang richtig geplant werden. Auch ein realistischer Check der Vor- und Nachteile des eigenen Traumberufs sollte nicht fehlen, ebenso wie die Überlegungen, wie die Jobchancen am Arbeitsmarkt aussehen. Auch die Verdienstmöglichkeiten sollten realistisch betrachtet werden, um sich vor späteren Enttäuschungen zu schützen, wenn der Traum-



Info-Broschüren über verschiedene Bildungswege bieten praktische Tipps und helfen dabei, Interessen zu wecken.

beruf vielleicht nicht so gut bezahlt wird, wie man sich das zu Beginn vorgestellt hat.

Die Broschüre „Viele Wege zum Beruf“ stellt die wichtigsten Ausbildungswege „Lehre“ und „Schule“ sowie die verschiedenen Bildungswege vor, die sich nach der Matura eröffnen. Ein eigenes Kapitel widmet sich dem Thema „Abschlüsse nachmachen im zweiten Bildungsweg“, und auch junge Erwachsene finden unter der Überschrift „Berufliche Weiterbildung“ wichtige und praktische Informationen.

Fähigkeiten entdecken

Zum Schluss der Broschüre werden Förderungen und Beihilfen beschrieben, die man für den eigenen Ausbildungs- und Berufsweg beantragen kann. Wer sich darüber hinaus weiter informieren möchte und wer zu den einzelnen Förderungen Beratung braucht, findet am Ende eine Liste von Beratungsstellen, bei denen man sich weitere Unterstützung holen kann.

Und während in den strategischen Überlegungen der Europäischen Kommission das Schlagwort „Beschäftigungsfähigkeit“ in den Mittelpunkt gestellt wird, darf doch nicht vergessen werden, dass „Persönlichkeitsbildung“ auf jeden Fall neben formalen Abschlüssen ebenso zur Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen beiträgt. Dazu gehört zum Beispiel das Engagement im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres, wie auch die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes im Rahmen der Schule oder um eine Sprache zu lernen. Denn nicht immer ist der gerade Weg der einzig richtige Weg, um die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entdecken und manchmal kann es für die eigene Berufswahl entscheidend sein, sich nach der Schule eine Auszeit in Form eines Auslandsaufenthaltes zu nehmen. Auch zu diesen Möglichkeiten der Mobilität gibt es in der wienXtra-jugendinfo alle Informationen von A bis Z. Das Bundesnetzwerk der österreichischen Jugendinfos bietet als

Zusammenschluss aller Jugendinfos mit dem österreichischen Jugendportal eine übersichtliche Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema „Auslandsaufenthalt“: www.oesterreichisches-jugendportal.at. Die wienXtra-jugendinfo ist Teil des Vereins wienXtra, der in enger Kooperation mit der MA13 (Bildung und außerschulische Jugendarbeit) seine Angebote setzt. So hat auch die Broschüre „Viele Wege zum Beruf“ einen Schwerpunkt auf Wien, vor allem punkto Beratungsstellen. Alle anderen Informationen können Jugendliche, junge Erwachsene und deren Eltern in ganz Österreich gut nutzen. ■

Infos und Kontakt:

Die Broschüre „Viele Wege zum Beruf“ und alle weiteren Infoblätter stehen unter www.jugend-infowien.at zum kostenlosen Download bereit. Stefan Kühne, MSc jugendinfowien@wienextra.at



Städtische Einrichtungen unterstützen Jugendliche bei der Suche nach dem Berufswunsch.



FOTOS: Stadt Wels

Damit Arbeit und Jugend Zukunft haben

Die Stadt Wels liegt in der aktuell zweitstärksten Wirtschaftsregion Österreichs (Linz-Wels). Aufgrund verschiedenster Ursachen, die zumeist außerhalb des Einflussbereiches der Kommune liegen, stellt aber gerade der Arbeitsmarkt (Stichworte: teilweise niedriges Qualifikationsniveau und umgekehrt relativ hohe Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen) für Wels eine Herausforderung dar. Gemeinsam mit starken Partnerinnen und Partnern versucht die Stadt hier wirksam gegenzusteuern.

Arbeit durch Vernetzung

Die Anzahl der arbeitslosen Menschen im Alter unter 25 Jahren bewegte sich in Wels in den vergangenen Jahren stets um die 400, was rund einem Fünftel der Gesamtzahl entspricht. Hier versucht unter anderem das „netzwerk.jugend.beschäftigung“ anzuknüpfen: Damit junge Menschen am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt eine Chance haben, haben bereits 35 Partnerinnen und Partnern (darunter die Stadt Wels sowie zahlreiche weitere Institutionen, Schulen, Organisationen, Vereine und Betriebe) im Juni 2013 diesen Pakt für bessere Beschäftigungschancen unterzeichnet. Als Betreiber fungieren die Arbeiterkammer und das Bundessozialamt Oberösterreich. Die Gründe, warum manche Jugendliche weder Job noch Ausbildungsplatz haben, sind vielfältig. Genau dort setzt das „netzwerk.jugend.beschäftigung“ an: Es will die Ursachen und Probleme benennen und die Kräfte der beteiligten Partnerinnen und Partner bündeln. Die Vernetzung soll dazu beitragen, dass die hilfe-

und ratsuchenden jungen Menschen kontinuierlich betreut werden und es nicht zu Leerläufen, Wiederholungen oder Doppelgleisigkeiten kommt. Unterstützung bekommen Jugendliche unter anderem in dem Projekt Jobpatenschaft. Dabei unterstützen Führungskräfte als Jobpatinnen beziehungsweise Jobpaten die jungen Menschen bei der Arbeitssuche. Parallel dazu gibt es eine Vereinbarung der Stadt Wels mit der Bezirksstelle der Wirtschaftskammer Oberösterreich bezüglich einer generellen engeren Zusammenarbeit zwischen Stadt und Wirtschaft. Einer der Punkte zielt dabei konkret auf die jungen Welserinnen und Welser ab: Um die Herausforderungen des Arbeitsmarktes besser bewältigen zu können, sollen die Welser Betriebe noch frühzeitiger als bisher in Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern in der Stadt treten.

Stadt ist selbst aktiv

Zusätzlich bemüht sich die Stadt Wels auch selbst um eine aktive Unterstützung

ihrer jungen Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Arbeitsmarkt. Seit 1997 steht der Magistrat der Stadt Wels etwa als Lehrausbildungsbetrieb für die Jugendlichen der Stadt Wels und seinem Einzugsgebiet zur Verfügung. Zur Zeit befinden sich 18 Lehrlinge in verschiedensten Sparten in Ausbildung. Insgesamt haben bisher auf diese Weise knapp 130 junge Menschen einen Beruf für das Leben gelernt und wurden zum Großteil erfolgreich in den Magistratsdienst übernommen.

Das im Jahr 2009 beim Magistrat Wels eingeführte berufsorientierte Sozialjahr bietet permanent 15 jungen Menschen die Möglichkeit einer freiwilligen sozialen Tätigkeit in den Senioreneinrichtungen. Dieses Angebot richtet sich an junge Menschen, die Interesse für den Pflegebereich mitbringen oder beabsichtigen, künftig dort zu arbeiten oder später eine entsprechende Ausbildung zu absolvieren. Rund 25 Prozent dieser Jugendlichen nutzen dieses Jahr als Sprungbrett für eine weiterführende Ausbildung in der

Pflege (entweder als diplomiertes Pflegepersonal oder als Fachsozialbetreuerinnen oder -betreuer für Altenarbeit).

Als Ferialpraktikantinnen und -praktikanten lernen Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten durch Mitarbeit in den verschiedensten Aufgabengebieten der Stadt Wels erstmals das Berufsleben kennen. Der Schwerpunkt des Einsatzes dieser Jugendlichen beschränkt sich im Wesentlichen auf den manuellen Bereich innerhalb der Abteilung Städtische Betriebe (Abfallabfuhr und Abfallwirtschaft, Straßenmeisterei und Stadtgärtnerei) sowie die Senioren- und Jugendbetreuung. Und insbesondere im Bereich der Seniorenbetreuung, im sozialarbeiterischen Bereich und im Tiergarten gibt der Magistrat durch Berufs- und Schnupperpraktika jährlich mehr als 100 Berufsinteressierten Gelegenheit für ihre weitere berufliche Entwicklung.

Stadt unterstützt Initiativen

Logischerweise kann die Stadt aber in diesen Bereichen nicht alles selbst machen, sondern fungiert oft als Schaltstelle, indem sie Partnerinnen und Partner beauftragt, finanziell unterstützt und die Qualität der Zusammenarbeit laufend überprüft. Seit Mitte August 2009 ist etwa die vom Betreiber BFI sowie von AMS, Land Oberösterreich und Stadt Wels (diese stellte den Baugrund für die

Errichtung zur Verfügung) getragene Produktionschule erfolgreich in Betrieb. Für bis zu 52 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von bis zu 25 Jahren, die aus verschiedenen Gründen im regulären (Aus)bildungssystem beziehungsweise am Arbeitsmarkt nicht unterkommen, bietet sie ein wichtiges Integrationsangebot: Sie erwerben personelle und soziale Kompetenzen sowie beruflich verwertbare Qualifikationen in sieben Werkstätten: Metall, Fahrrad, Holz, Handel/Verkauf, Lagerhaltung/Logistik, EDV/Büro/Bewerbung/Vermittlungsunterstützung und Gastro/Catering. Zudem unterstützt die Stadt Wels den Verein FAB (Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung) in folgenden Teilbereichen:

- FAB Reno betreibt im Auftrag des Arbeitsmarktservice (AMS), des Landes Oberösterreich und mit Unterstützung der Stadt Wels die Jugendwerkstatt DO IT für Jugendliche in Problemlagen. Neben Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. Berufsorientierungs- und Bewerbungstraining, Deutsch- und EDV-Unterricht etc.) stehen dabei sinnvolle Tätigkeiten in zwei Hauptarbeitsfeldern (Grünanlagenpflege vor allem für den Magistrat sowie Tischlerarbeiten) im Vordergrund. Kürzlich wurde eine Ausweitung der Grünraumpflege vereinbart, was eine höhere Serviceleistung für die Bevölkerung bedeutet.

- Gemeinsam mit dem AMS bietet das Projekt RenoTop Hilfestellung für Langzeitarbeitslose an. Sinnvolle Beschäftigung, handwerkliche und theoretische Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung stehen im Mittelpunkt. Wie in den Jahren zuvor erledigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch 2012 Arbeiten für die Stadt Wels, beispielsweise beim Umbau von Bar und Küche im Kulturzentrum „Alter Schlhof“.
- Die FrauenWerkstatt Wels arbeitet seit mehreren Jahrzehnten erfolgreich in den Bereichen Malerei und Gebäudedienstleistung bei Aufträgen für öffentliche, gemeinnützige und private Einrichtungen. Die Teilnehmerinnen werden von Fachbetreuerinnen unterwiesen und von einer Sozialpädagogin unterstützt. Die Qualifizierung erfolgt durch produktive Arbeit, ganzheitliche Personalentwicklung sowie Ausbildung.
- Das Jugendprojekt Talon ist eine spezielle Qualifizierungsmaßnahme für suchtkranke Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren. Diese haben vor allem aufgrund ihrer Drogenprobleme Schule, Praktikum oder Lehrstelle abgebrochen oder haben sich längere Zeit erfolglos um eine Arbeits- oder Lehrstelle bemüht. Fachleute bemühen sich um die Vorbereitung dieser jungen Menschen auf die Arbeitswelt und ihre Herausforderungen. ■

Die Zukunft Europas sichern

2013 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit geeinigt. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket sollen die negativen Auswirkungen der Krise entschärft werden und Millionen Jugendliche einen Job finden. Die Zeit drängt: Im November 2013 waren in der EU-28 noch ca. 5,5 Millionen junge Menschen unter 25 ohne Arbeit.

Der Unterschied zwischen Ländern mit der höchsten und niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch hoch: zwischen Deutschland (7,5 Prozent) oder Österreich (8,6 Prozent) auf der einen Seite sowie Italien (41,6 Prozent) Kroatien (49,7 Prozent), Griechenland (54,8 Prozent) oder Spanien (57,7 Prozent) auf der anderen klafft eine große Lücke.

EU-Lösungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Diese Situation ist inakzeptabel. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich darauf geeinigt, das Problem auf EU-Ebene gemeinsam anzugehen. Dazu wurden verschiedene Maßnahmen ins Leben gerufen, die neben den bereits bestehenden Fördermöglichkeiten über den Europäischen Sozialfonds (ESF) die Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit unterstützen sollen.

Die Jugendgarantie soll Arbeit und Ausbildung für Jugendliche schaffen

Ziel der Maßnahmen ist es, Bildung und Ausbildung zu garantieren, die Mobilität in Europa insgesamt zu erhöhen und jungen Menschen in ganz Europa zu Beginn ihrer Karriere eine qualifizierte Arbeit oder einen Weiterbildungsplatz zu verschaffen. Mit der Jugendgarantie sollen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass junge Menschen spätestens vier Monate nach Abschluss ihrer letzten Ausbildung oder Arbeitslosigkeitmeldung ein qualifiziertes Angebot für eine Beschäftigung, Aus- oder Weiterbildung bekommen. Für viele Mitgliedsstaaten bedeutet die Umsetzung dieser Garantie strukturelle Reformen, v.a. auch bei der dualen Ausbildung und Allgemeinen Weiterbildung sowie der stärkeren Unterstützung der unternehmerischen Selbständigkeit. Die EU-Kommission trägt dafür Sorge, dass die Anstrengungen der

Mitgliedsstaaten durch Mittel aus EU-Fonds erhöht werden. Zur Unterstützung von Ländern mit über 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit werden zukünftig über die Jugendbeschäftigungs-Initiative insgesamt 6 Mrd. Euro aus den Mitteln des EU-Haushaltes und des ESF bereitgestellt. Die Kommission hat dazu Leitlinien erarbeitet, nach welchen Schwerpunkten sich die operationalen Pläne richten sollen. Um Standards in verschiedenen Bildungsbereichen zu gewährleisten, hat die Kommission zahlreiche begleitende Maßnahmen ins Leben gerufen:



den: die europäische Ausbildungsallianz soll europaweit Standards für die duale Ausbildung sicherstellen. Ziel ist es, die duale Ausbildung und ähnliche Bildungssysteme bekannt zu machen und Staaten bei der Einführung dieser Modelle zu unterstützen.

Staaten mit dualen Ausbildungssystemen sind Vorbilder im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Länder wie Österreich und Deutschland, in denen die duale Ausbildung sich bewährt hat, gelten dabei als Best-Practice-Modelle, wie Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei mehreren Österreich-Besuchen unterstrichen hat. Zusätzlich gibt es Unternehmens-

botschafter (Unternehmen wie Siemens, Philips oder Nestlé), die mit ihren Erfahrungen in der dualen Ausbildung kleine und mittlere Unternehmen in ganz Europa unterstützen sollen. Die Allianz hat bereits mehrere bilaterale und multilaterale Gesetzesinitiativen zur Schaffung und Stärkung der dualen Ausbildung in Europa auf den Weg gebracht. Für Österreich ist die Wirtschaftskammer Teil der Ausbildungsallianz und führt z.B. Pilotprojekte zur dualen Ausbildung mit Partnern in der Slowakei und Rumänien durch.

Neue Qualitätsstandards für Praktika, europaweite Jobsuche und Mobilität durch Erasmus+

Eine weitere Maßnahme ist der Qualitätsrahmen für Praktika, auf den sich die EU-Kommission mit den Sozialpartnern geeinigt hat. Er wird für mehr Transparenz bei der Aufgabenbeschreibung, Beschäftigungsbedingungen, der Bezahlung und sozialen Absicherung sorgen. Praktika sind ein Schlüsselement der Jugendgarantie. Derzeit entspricht aber jedes dritte Praktikum in der EU im Hinblick auf Lerninhalte und Arbeitsbedingungen nicht den Mindeststandards. Das soll sich durch Reformen ändern.

Parallel zu diesen Maßnahmen sieht die Förderung des ESF eine gezielte Unterstützung von Bildung, Aus- und Weiterbildung und Wiedereingliederung von arbeitssuchenden Personen vor. In Österreich wurden im Zeitraum 2007-2013 472 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die durch 672 Mio. Euro aus dem nationalen Budget ergänzt wurden. Dem ESF kommt ab 2014 eine noch zentralere Rolle zu (siehe Kasten links).

Durch das EURES-Portal können sich Arbeitssuchende über Beschäftigungsbedingungen im Ausland informieren und derzeit europaweit aus 1,4 Mio. Job-Angeboten auswählen. Gleichzeitig sollen über 31.000 bisher registrierte Unternehmen auf diesem Weg passende Arbeitskräfte in ganz Europa finden.

Die Zusammenarbeit von AMS Österreich und EURES brachte bereits große Erfolge. Es konnten über Grenzpartnerschaften wie Pannonia (Ungarn, Burgenland, südliches Niederösterreich und Oststeiermark), Bodensee (Vorarlberg, Schweiz, Bayern, Baden-Württemberg), TransTirolia (Tirol, Südtirol und Graubünden) zehntausende Stellen vermittelt werden. Gemeinsame Aktivitäten, Veranstaltungen, Infos und Newsletter vernetzen potenzielle Arbeitgeber und Arbeitssuchende. So können Fachkräfte europaweit gesucht und

gefunden werden. Das hilft den Unternehmen in sämtlichen Regionen der EU. Die EURES-BeraterInnen und -AssistentInnen stehen für Fragen zu EU-Programmen für Arbeitssuchende zur Verfügung. Langfristig soll so noch mehr Mobilität bezüglich Angebot und Nachfrage am europäischen Arbeitsmarkt gefördert werden.

Das neue EU-Programm Erasmus+ ergänzt diese Maßnahmen, indem es neben klassischen Studienaufenthalten noch stärker Ausbildung, Weiterbildung und Praktika fördern wird. Insgesamt stehen 14,7 Mrd. Euro für den Zeitraum 2014-2020 zur Verfügung, von denen mehr als 4 Mio. junge Menschen profitieren sollen.

Mit dem Wachstum steigen die Chancen der Jugendlichen

Es ist noch viel zu tun, aber die aktuellen wirtschaftlichen Daten deuten auf eine allmähliche Erholung der Lage hin. In seiner Herbstprognose erklärte EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn Anzeichen, dass die europäische Wirtschaft einen Wendepunkt erreicht habe. Im Frühjahr 2013 verzeichnete die Eurozone erstmals wieder ein leichtes Wachstum. Die Prognosen für 2014 lassen ebenfalls ein Wachstum von 1,4 Prozent erwarten. Damit steigen auch die Chancen für junge Menschen, Arbeit zu finden und das EU-Ziel, eine 75-prozentige Erwerbsquote für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2020, rückt in greifbare Nähe.

Europäische Kommission:

Vertretung in Österreich
Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35, A-1010 Wien
Tel: (+43 1) 516 18-0, Fax: (+43 1) 513 42 25
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu
http://ec.europa.eu/austria/index_de.htm

Die EU ist vor Ort:

Die Europäische Union fördert Projekte ganz in Ihrer Nähe. Sämtliche Infos dazu finden Sie auf folgender Karte: http://ec.europa.eu/austria/map/map_de.htm

EURES:

Das europäische Portal zur beruflichen Mobilität bietet Informationen über Jobs und Ausbildungsmöglichkeiten in der EU: <https://ec.europa.eu/eures/home.jsp?lang=de>
<http://www.ams.at/eures.html>

“ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: Das Ziel ist, dass alle Jugendlichen nach der Schule einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten. ”



Europawahl

25. 5. 2014: An diesem Tag finden die nächsten Europawahlen statt. Österreich entsendet 18 der 751 EU-ParlamentarierInnen. Diese bringen die österreichische Sicht in das Europaparlament ein. Also unbedingt an der Europawahl teilnehmen! Alle Informationen über die kommenden Europawahlen finden Sie auf www.europarl.eu.

Die Vertretung der EU-Kommission in Österreich ist Ihr Ansprechpartner für aktuelle Informationen für EU-Themen.



ec.europa.eu/austria/index_de.htm



facebook.com/ekoesterreich



twitter.com/EUKommWien



ESF – was ist neu ab 2014?

Der Europäische Sozialfonds ESF ist einer von fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds, die ab 2014 unter einem gemeinsamen Rahmen zusammengefasst werden. Diese Fonds stellen die wichtigste Quelle für Investitionen auf EU-Ebene dar, um die Mitgliedstaaten bei der Stärkung des Wachstums zu unterstützen. Ab 2014 wird die Rolle des ESF aufgewertet: die neue Förderperiode sieht einen garantierten Mindestanteil des ESF in den Mitgliedsstaaten vor, damit ESF-Mittel auch abgerufen werden. So stehen 74 Mrd. Euro für die Menschen in Europa zur Verfügung. Themen sind soziale Eingliederung, Chancengleichheit, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, soziale Innovationen und bessere Bildung für alle. Zudem sollen die Mittel noch effektiver mit anderen Strukturfonds der EU gebündelt werden.

Alle Informationen über den ESF in Österreich finden Sie auf: www.esf.at
<http://ec.europa.eu/esf/>

Neue Projekte für die Jugend

Im Gastkommentar für die Österreichische Gemeinde-Zeitung ÖGZ nimmt der ungarische EU-Kommissar László Andor zur hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa Stellung. Aus seiner Sicht können nur gesamteuropäische Maßnahmen die Situation, besonders der jungen Menschen in Europa, verbessern. Ziel ist, dass alle jungen Menschen in Europa zu Beginn ihrer Karriere einen qualifizierten Arbeitsplatz oder eine Weiterbildung erhalten.

Nie dagewesene Arbeitslosenzahlen und rezessionsbedingte soziale Probleme haben das Vertrauen in die politischen und wirtschaftlichen Systeme europaweit erschüttert. Derzeit sind über 26 Mio. Menschen in der Europäischen Union arbeitslos, davon 5 Mio. junge Menschen unter 25 Jahren.

Das bedeutet, dass jeder fünfte erwerbsfähige junge Mensch in Europa ohne Arbeit ist. Diese Zahlen sind alarmierend, denn dahinter stehen Menschen mit Hoffnungen und Erwartungen, Menschen, die darunter leiden, dass sie keine Arbeit finden.

Österreich allerdings weist gemeinsam mit Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in der EU auf. Wir haben analysiert, welche Strategien hierzu geführt haben und anderen Mitgliedstaaten als Modell dienen könnten. Investitionen in die Beschäftigung junger Menschen sind der Kern der österreichischen aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie das 640 Mio. Euro schwere Beschäftigungsprogramm für 2013 eindrucksvoll belegt.

Von Österreich können wir einiges lernen. Nehmen wir beispielsweise das hoch differenzierte System der beruflichen Erstausbildung, das jungen Menschen in den Arbeitsmarkt verhilft. Weiters gibt es zahlreiche aktive Arbeitsmarktprogramme zur Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt wie Zuschüsse für betriebliche Lehrlingsausbildung oder Jugendcoachings seitens des Arbeitsmarktservice zur Erleichterung des Übergangs von der Schule in das Berufsleben und zum Abbau der Abbrecherquote.

Zudem enthält das österreichische System zur Förderung der Jugendbeschäftigung bereits zwei „Garantieregungen“.

Das ist zum einen die „Ausbildungsgarantie“, die jungen Menschen unter 19 eine Lehrstelle garantiert. Findet jemand keine Lehrstelle in einer Firma, gibt es die Möglichkeit der überbetrieblichen Lehrausbildung. 2012/2013 wurden in diesem Rahmen 11.700 Plätze angeboten.

Zum anderen garantiert die „Aktion Zukunft Jugend“ allen jugendlichen Arbeitslosen zwischen 20 und 24 Jahren innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine zielgerichtete Schulung oder eine geförderte Beschäftigung. Die Erfolge sprechen für sich: Bis Ende Februar 2013 fanden über 14.000 junge Menschen eine Arbeit, nahezu 10.000 fanden einen Platz in einem Kurs. Solche Maßnahmen würde ich gern in ganz Europa sehen.

Nach Auffassung der Europäischen Kommission zeigt die in Österreich gemachte Erfahrung, dass sich Investitionen in die Jugend auszahlen.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission die „Jugendgarantie“ vorgeschlagen, die allen jungen Menschen unter 25 innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder weiterführende Ausbildung oder einen hochwertigen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz garantiert. Somit können diejenigen, die keine Arbeit finden, die Zeit nutzen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch den Erwerb neuer Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erhöhen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich bereits auf den Grundsatz einer Jugendgarantie in jedem Land verständigt. Derzeit legen die Mitgliedstaaten konkrete Um-

setzungspläne vor. Ich freue mich bereits auf den Umsetzungsplan der österreichischen Regierung, weil ich sicher bin, dass er Bewährtes und Neues enthält und anderen Ländern als Vorbild dienen wird.

Zur Unterstützung der Regionen, die besonders von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, haben der Rat und das Europäische Parlament eine Beschäftigungsinitiative für Jugendliche ins Leben gerufen, speziell für Regionen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent beträgt, und für junge Menschen, die weder im Erwerbsleben stehen, noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren. Auch wenn dies wohl nicht auf österreichische Regionen zutrifft, sorgt dieses Programm dafür, dass in besonders problematischen Nachbarregionen jungen Menschen geholfen wird.

Generell hat die Kommission den Mitgliedstaaten verschiedene Beschäftigungsreformen nahegelegt. Hierzu zählen Maßnahmen gegen frühzeitigen Schulabbruch, die Ausrichtung der Ausbildung auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes, die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit, ein flexibleres Arbeitsrecht und ein effizienteres Arbeitsmarktservice. Die Mitgliedstaaten müssen diese Reformen umgehend durchführen.

Den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen, die in eine Humankapitalentwicklung investieren, hilft der Europäische Sozialfonds (ESF), der seit geraumer Zeit gezielte Jugendbeschäftigungsmaßnahmen fördert. Nahezu 70 Prozent der ESF-Mittel von insgesamt über 10 Mrd. Euro jährlich fließen in Projekte, die auch jungen Menschen zugute kommen.

Ab diesem Jahr wird der ESF verstärkt zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Chancengleichheit für alle eingesetzt. Natürlich dient er auch weiterhin zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Österreich wird wie im vorherigen Programmzeitraum, als 524 Mio. Euro ins Land flossen, auch jetzt wieder Mittel zur Unterstützung sozialpolitischer Maßnahmen erhalten.

Wir müssen auch für eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sorgen. In ganz Europa suchen Arbeitgeber nach Fähigkeiten, die sie auf ihrem Arbeitsmarkt nicht finden, während qualifizierte Arbeitnehmer arbeitslos sind. Die Kommission veröffentlicht regelmäßig Daten zu nachgefragten Qualifikationen in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Kürzlich mussten

wir feststellen, dass trotz Rekordarbeitslosigkeit in Europa 1,7 Millionen freie Stellen in der EU unbesetzt blieben.

Die Kommission fördert die Mobilität und macht junge Menschen auf Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen EU-Ländern aufmerksam. Vielleicht nehmen junge Menschen lieber eine Stelle im Ausland an als zu Hause arbeitslos zu sein? Erfahrungsgemäß gehen die meisten Menschen in ihre Heimatländer zurück, wenn sich die Lage dort bessert. Berufserfahrung im Ausland trägt nicht nur zur Verbesserung der Sprachkenntnisse bei, sondern erhöht auch die interkulturellen Kompetenzen, die immer wichtiger werden. Die Arbeitssuche im Ausland bleibt selbstverständlich eine persönliche Entscheidung. Unser Ziel ist und bleibt eine nachhaltige Beschäftigung in allen EU-Ländern.

2012 waren 146.000 Österreicher in einem anderen EU-Land erwerbstätig, 125.000 von ihnen in Deutschland. Wenn Österreicherinnen und Österreicher im Ausland leben, dann in der Regel für längere Zeit. Über die Hälfte von ihnen sind junge Menschen. Gleichzeitig stand Österreich für andere europäische Mitbürger 2012 an fünfter Stelle auf der Beliebtheitskala, was Österreichs Attraktivität deutlich macht.

Wer bereit ist, ins Ausland zu gehen, findet über das EURES-Arbeitsvermittlungportal 1,4 Mio. Stellenangebote und fast 31.000 registrierte Arbeitgeber, die mobilitätsbereite Talente suchen. Um das EURES-Potenzial vollständig auszuschöpfen, will die Kommission das System noch stärker auf den Arbeitsmarkt ausrichten und die Mobilität junger Menschen noch stärker fördern, indem sie sowohl Arbeitsplätze als auch Möglichkeiten anbietet, Arbeit und Lernen auf dem europäischen Arbeitsmarkt miteinander zu verbinden.

Die Jugendbeschäftigung steht für die Kommission an oberster Stelle. Ein Allheilmittel gibt es allerdings nicht. Vielmehr müssen einander ergänzende Maßnahmen ergriffen werden, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Wir als Kommission müssen weiterhin mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und umgehend dafür sorgen, dass die beschlossenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden.

Wenn wir an einem Strang ziehen, wenn wir unsere Ideen austauschen und zusammenarbeiten, wird die EU dieses Problem in den Griff bekommen. Davon bin ich fest überzeugt.

“ *László Andor: Europa muss sich die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise zur Hauptaufgabe machen.* ”

László Andor



László Andor wurde am 3. Juni 1966 in Zalaegerszeg in Ungarn geboren. Er ist Doktor der Wirtschaftswissenschaften und außerordentlicher Professor an der Corvinus-Universität und der König-Sigismund-Hochschule in Budapest. Seit 10. Februar 2010 bekleidet er das Amt des EU-Kommissars für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration.



Stadt Leonding setzt auf ihre Jugend

Leonding bietet arbeitsmarktpolitische Beratung im jugendnahen Umfeld und geförderte (FacharbeiterInnen-)Ausbildungsplätze vor Ort.

Der Wirtschaftsstandort Leonding braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Und junge Menschen brauchen Perspektiven. Nicht immer fällt die Entscheidung für einen Ausbildungszweig leicht, oder es fehlt überhaupt die Orientierung. Manche Jugendliche haben nur einen Pflichtschulabschluss oder gar keinen. Danach sind sie oft nicht mehr greifbar. „Damit geht wertvolles Potenzial verloren. Das gilt es zu verhindern“, erklärt Bürgermeister Walter Brunner.

Café wird sehr gut angenommen und von rund 70 Prozent jungen Männern und 30 Prozent jungen Frauen im Alter von 16 bis 23 Jahren frequentiert. Dem Jugendcenter-Unterstützungsverein (JCUV) ist wichtig, dass alle Jugendlichen, unabhängig von Nationalität, Ethnie, Religion und Geschlecht einen gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten im Jugendtreffpunkt haben. Diese reichen von der offenen Jugendarbeit bis hin zu Bewerbungstrainings und arbeitsrechtlicher Beratung.



„Daher hat die Stadt entsprechende Maßnahmen gesetzt. Mit der Einrichtung des ‚Jugendtreffpunkt 4060‘ haben wir eine effektive Anlaufstelle für junge Leute, die berufliche Orientierung und Beratung brauchen, geschaffen. Weiters haben wir die Ansiedlung der BFI-Produktionsschule und der sozialökonomischen Kfz-Ausbildungs- und Reparaturwerkstatt ‚Vehikel‘ gefördert. Ohne diese Ausbildungsstätten blieben viele Jugendliche auf der Strecke“, so Brunner.

ben wir die Ansiedlung der BFI-Produktionsschule und der sozialökonomischen Kfz-Ausbildungs- und Reparaturwerkstatt ‚Vehikel‘ gefördert. Ohne diese Ausbildungsstätten blieben viele Jugendliche auf der Strecke“, so Brunner.

Jugendtreffpunkt 4060 – ein Haus, drei Funktionen

Das Haus in der Ehrenfellnerstraße 13 vereint drei spezifische Angebote in sich. Das Jugendcafé mit offener Jugendarbeit, Streetwork-Beratung und das arbeitsmarktpolitische Projekt „c'mon 17“. Nach einem Jahr des Bestehens lässt sich in allen drei Bereichen eine äußerst positive Bilanz ziehen.

1. Jugendcafé mit offener Jugendarbeit

Im Jugendcafé finden junge Menschen die Möglichkeit, sich zu treffen und auszutauschen. Immer wieder gibt es auch Veranstaltungen wie zum Beispiel die „Bandnight“, oder „Rassismus?! – mö i ned“, die bis zu 120 Jugendliche anziehen. Das



Das Jugendcafé wird sehr gut angenommen.

2. Streetwork

Das bewusst niederschwellige Angebot erreicht junge Menschen zwischen 13 und 23 Jahren, davon sind 75 Prozent männlich und 25 Prozent weiblich. Fünf- bis sechsmal pro Woche finden Beratungsgespräche statt. Die klassische Beratungssituation gibt es eher selten. Die jungen Leute erzählen beiläufig, was sich so tut und daraus ergeben sich dann die Gespräche. Die Anlaufstelle Streetwork bietet jungen Menschen auf wertschätzende Art und Weise – frei von Leistungs- und Konsumzwang – Raum und Unterstützung auf der Suche nach Orientierung.

3. Casemanagement „c'mon 17“ der ÖSB Consulting

Oberstes Ziel dieser arbeitsmarktpolitischen Betreuungsleistung ist der berufli-



che Einstieg, es kann aber auch eine berufliche Umorientierung oder eine Schulausbildung sein. Voraussetzung für die Teilnahme an „c'mon 17“ ist eine AMS-Meldung. Die jugendnahe und doch professionelle Umgebung im Jugendtreffpunkt 4060 trägt das ihre zum Erfolg des Projekts bei. Im letzten Jahr konnten 19 Leondinger Jugendliche beraten werden, 12 davon fanden Aufnahme ins intensive Casemanagement. Von den für das AMS-Traun betreuten Jugendlichen schlossen bis dato zehn das Casemanagement ab. Davon konnten drei in ein Dienstverhältnis vermittelt werden, eine Person begann eine Lehrausbildung und fünf besuchen eine entsprechende weiterführende Maßnahme, die sie fit für den Arbeitsmarkt macht.

Jugendtreffpunkt 4060
Ehrenfellnerstraße 13
4060 Leonding
oegj.leonding@jcu.v.at

BFI Produktionsschule Leonding

Am 14. November 2011 hat die Produktionsschule in Leonding ihren Betrieb aufgenommen. Seither erwerben 40 Jugendliche in der Produktionsschule Leonding beruflich verwertbare Qualifikationen in den hauseigenen Werkstätten – Holz- und Metallwerkstatt – und den Fachbereichen EDV/Büro sowie Vermittlungunterstützung, Gastronomie und Service. Sie haben gleichzeitig die Möglichkeit, ihr praktisches Tun und Handeln unter sozialpädagogischer Begleitung in einem geschützten Rahmen zu reflektieren und ihre persönlichen, kulturellen und sozialen Kompetenzen weiterzuentwickeln.

Die Zuweisung in die Produktionsschule am Standort Leonding erfolgt durch das AMS Traun, wobei die TeilnehmerInnen immer für einen Zeitraum von sechs Monaten zugewiesen werden. Nach Absprache mit dem AMS kann der Verbleib der Jugendlichen auf zwölf Monate verlängert werden.

Junge Menschen lernen hier die Strukturen eines geregelten Arbeitslebens zu akzeptieren, werden in der Entwicklung von Arbeitstugenden – Verantwortung, Genauigkeit, Eigenständigkeit, Pünktlichkeit – geschult. „Die Erfolgsergebnisse bei und mit der Arbeit in den Fachbereichen steigern die Motivation und das Selbstvertrauen der Jugendlichen und unterstützen diese, einen positiven Zugang zu Ausbildung und Arbeit zu finden“, erklärt Geschäftsführerin Sebnem Ertl.

Die Fertigung von Produkten von der Idee bis zum Endprodukt, sowie die erfolgreiche Abwicklung von KundInnen-Aufträgen führen zu einem Verständnis für arbeitsbezogene Prozesse, die einen wichtigen Impuls für eine berufliche Perspektivenentwicklung darstellen. Die Produkte sind für den regulären Markt bestimmt. Begleitend zur praktischen Arbeit in den Werkstätten und Fachbereichen erhalten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen fachtheoretischen Unterricht und wöchentlichen Förderunterricht in Mathematik und Allgemeinwissen. Zusätzlich gibt es das Angebot, in Workshops aktuelle Themen der Jugendlichen (Drogenprävention, Migration und Integration, etc.) aufzuarbeiten. Die Vermittlungszahlen der Produktionsschule

können sich durchaus sehen lassen: von 74 Teilnehmenden, davon 13 aus Leonding, konnten im Zeitraum von Jänner bis Oktober 2013 insgesamt 19 vermittelt werden, das sind 25,7 Prozent. Jene, die noch nicht vermittelt werden konnten, kommen in eine weiterführende AMS-Maßnahme.

BFI Produktionsschule Leonding
Poloplaststraße 7
4060 Leonding
+43(0)732 6922-2181
produktionsschule.leonding@bfi-ooe.at

Überbetriebliche Ausbildungsstätte „Vehikel“

Der seit 2010 in Leonding angesiedelte Verein „Vehikel“ ist eine sozialökonomische Kfz-Ausbildungs- sowie Kfz-Reparaturwerkstatt und beschäftigt aktuell 67 MitarbeiterInnen.

Die teilnahmeberechtigte Zielgruppe zu dieser FacharbeiterInnenausbildung wird vom Land Oberösterreich als Fördergeber definiert. Im „etwas anderen“ Lehrbetrieb werden 48 Lehrlinge (davon drei Frauen) ausgebildet. Schwer vermittelbaren Jugendlichen wird hier eine hochwertige Berufsausbildung zum/r Kfz-TechnikerIn und KarosseriebautechnikerIn und damit der Einstieg in ein normales Berufsleben ermöglicht.

Seit 1984 hat das Vehikel rund 1.200 Jugendlichen Arbeit und Ausbildung gegeben. 1996 wurde das Konzept auf reine Berufsausbildung umgestellt. Seither haben 150 Personen das Vehikel als geprüfte FacharbeiterInnen verlassen. Neben der Vermittlung von Fachwissen auf dem neu-

esten Stand der Technik und der praktischen Umsetzung im Arbeitsalltag gehört die aktive Existenzsicherung, die Persönlichkeitsstabilisierung sowie die Integration und Reintegration in ein soziales Netz und in den Arbeitsmarkt zu den umfassenden Zielen des Betriebes.

Sozialintegratives Arbeitsklima

Die Qualität der Ausbildung und Arbeit erfolgt auf hohem Niveau. Darüber hinaus stellen die allseits geforderten Sozialkompetenzen während der gesamten Zeit der fachlichen Berufsausbildung einen Parallelschwerpunkt durch gezielte sozialpädagogische Begleitung dar.

„Im Vehikel besteht ein respektvoller Umgang, ein wertschätzendes Klima der Anerkennung und der individuellen Förderung“, betont Geschäftsführerin Margarete Horner. „Das Ergebnis sind gut ausgebildete Fachkräfte, die zum Teil mit ausgezeichnetem Erfolg ihre Ausbildung abschließen und gerne von Betrieben aufgenommen werden.“ Das Vehikel wurde mehrfach ausgezeichnet, u.a. zweimal mit dem Anton-Benya-Facharbeiterpreis, einmal mit dem Solidaritätspreis der Linzer Kirchenzeitung sowie mit dem inco-Qualitätsgütesiegel der WKO als vorbildlicher Lehrbetrieb. Auch die zahlreiche Kundschaft weiß die hohe Fachkompetenz und das freundliche Klima im Vehikel zu schätzen.

VEHIKEL – Verein zur Förderung der beruflichen Integration arbeitsloser Jugendlicher

Poloplaststraße 5
4060 Leonding
Tel. +43(0)732 380483
office@verein-vehikel.at
www.verein-vehikel.at

Arbeitsmarktpolitische Vorzeigeprojekte

„Die arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen in Leonding sind Vorzeigeprojekte und holen die jungen Menschen dort ab, wo sie gerade stehen. Die Angebote sind zielgruppen- und bedarfsorientiert und ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit und Beschäftigung für Jugendliche“, meint Bürgermeister Walter Brunner abschließend. ■



Die jungen Leute zeigten ihr Können bei der Eröffnungsfeier der Produktionsschule Leonding.

Start frei für eine erfolgreiche Berufslaufbahn

Die Stadt Innsbruck begleitet und unterstützt Jugendliche auf ihrem Weg ins Berufsleben. Mit unterschiedlichen Angeboten bietet die Tiroler Landeshauptstadt den Berufstätigen von morgen individuelle Möglichkeiten, sich mit der eigenen Zukunft praxisorientiert auseinanderzusetzen.

Anna Aistleitner, Landeshauptstadt Innsbruck

„In der Schule lernt man für das richtige Leben“ – diese Floskel kennen Jugendliche wohl nur allzu gut. Zentraler Teil dieses „richtigen“ Lebens ist der Berufsalltag. Damit der Übergang vom SchülerInnenleben in das Berufsleben glückt, ist es wichtig, sich frühzeitig mit den eigenen Perspektiven, Fähigkeiten, Berufswünschen sowie realen Arbeitsbedingungen auseinanderzusetzen. Der Stadt Innsbruck ist dies bewusst und sie ist starke Partnerin, wenn es darum geht, Jugendliche in ihrer Berufswahl zu unterstützen und zu fördern.

Das 1x1 der schriftlichen Bewerbung

Innsbrucks Jugendeinrichtungen bieten den jungen Gästen nicht nur Platz zum Freizeit genießen, auch in beruflicher Sicht wird ihnen Hilfestellung geboten. So wird ihnen in allen Jugendzentren, die von der städtischen Tochterfirma Innsbrucker Soziale Dienste GmbH (ISD) betrieben wer-

den, beim Schreiben von Bewerbungen geholfen. Angefangen bei der Überlegung, wohin die Bewerbung geht, über die richtige Formulierung bis hin zur Formatierung – mit etwas Unterstützung gelingt ein überzeugendes Bewerbungsschreiben.

„Untypische“ Berufe

Gerade der Wandel des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes eröffnet jungen neue Chancen jenseits einer geschlechterstereotypen Berufswahl. Um solche Berufsmöglichkeiten aufzuzeigen, fand heuer bereits der sechste österreichweite „Boys' Day“ statt. Auch das Amt für Kinder- und Jugendbetreuung stellt Jahr für Jahr durchschnittlich zwei Schnupperplätze pro Betreuungseinrichtung zur Verfügung. Umgekehrt können Mädchen beim „Girls' Day“ die verschiedensten technischen Berufsfelder – beispielsweise in den Werkstätten des Amtes für Straßenbetrieb – kennenlernen.

Seit heuer können Jugendliche zudem einen Blick in das Arbeitsfeld Politik werfen: Beim „Jugendparlament“ wird die gesellschaftliche wie politische Mitgestaltung „von Jugendlichen für Jugendliche“ realisiert. Regelmäßige Jugendtreffen bzw. Treffen mit politischen ReferentInnen und partizipative Projekte stehen im Mittelpunkt.

Ein Praktikum für den Sommer

Bei sommerlichen Temperaturen sind nicht nur Liegeplätze im Schwimmbad oder ein leckeres Eis, sondern auch die städtischen Ferialpraktika heiß begehrt. Insgesamt 154 Ferialkräfte nutzten alleine den Sommer 2013, um im Stadtmagistrat und dessen Tochtergesellschaften Berufserfahrung zu sammeln. 67 Jugendliche waren bei den Innsbrucker Kommunalbetrieben (IKB), elf bei den ISD und neun bei der Innsbrucker Immobilien Gesellschaft (IIG) tätig. Mit rund 1.400 MitarbeiterInnen ist der Stadtmagistrat Innsbruck einer der größten regionalen Arbeitgeber und bietet seinen PraktikantInnen ein dementsprechend breites Aufgabengebiet. Über das ganze Jahr verteilt können Jugendliche außerdem „Schnuppertage“, die ihnen die berufliche Orientierung erleichtern, in der städtischen Verwaltung absolvieren.

Ein Lehrplatz für mehrere Jahre

Ähnlich wie bei den Ferialpraktika verhält es sich auch mit den städtischen Lehrstellen: Jedes Jahr bewerben sich viele junge InnsbruckerInnen. Derzeit beschäftigt der Stadtmagistrat 18 Lehrlinge, bei den ISD sind es acht, bei der IIG sechs und bei den IKB rund 34. Damit steht einer stabilen beruflichen Zukunft nichts mehr im Weg!



Die motivierten Ferialkräfte der Sommermonate 2013 bei ihrem Begrüßungsfest mit Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer.



Jugendliche bekommen bei Integra Vorarlberg Arbeit und Bildung.

Neue Perspektiven durch Jugend-WerkStadt

Bregenz: Im ehemaligen Segelfliegerheim werden seit 2009 Arbeitsplätze für arbeitssuchende Jugendliche angeboten.

In der „Jugend-WerkStadt Bregenz“ können täglich bis zu zwölf junge Menschen auf freiwilliger Tagelöhner-Basis arbeiten. Unter fachkundiger Anleitung samt Betreuung von SozialarbeiterInnen werden verschiedenste Produkte und Dienstleistungen (u.a. Spielgeräte) hergestellt und angeboten. Zusätzlich bekommen die jungen Menschen die Möglichkeit, etwa den

Hauptschulabschluss nachzuholen oder andere Qualifizierungsmaßnahmen wahrzunehmen. Seit 2012 engagieren sich die TeilnehmerInnen des niederschweligen Arbeitsprojekts auch rund um den eigens errichteten Garten. Übrigens: die „GartenWerkStadt“ wurde im Rahmen der Aktion „alls im grüana“ als eines der Best-Practice-Projekte ausgezeichnet. Die Aktion ist ein gemeindeübergreifendes Gesundheitsförderungsprojekt unter aktiver Mitwirkung verschiedener Jugendeinrichtungen Vorarlbergs.

Arbeit und Bildung

„Es ist wichtig, dass die Jugendlichen Chancen auf Arbeit und Bildung bekommen“, erklärt Markus Lang, der seit Eröffnung der Einrichtung als Bereichsleiter

tätig ist. Die WerkStadt Bregenz wird von der Arbeitsinitiative Integra Vorarlberg organisiert und vom Land Vorarlberg und den Gemeinden der Region Bodensee unterstützt. Das Beschäftigungsprojekt richtet sich an Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. ■



Eröffnung Garten-WerkStadt 2012: tolle Initiative der Jugend-WerkStadt Bregenz.



Infos und Kontakt:

Infos unter www.integra.or.at
Kontakt: Michel Stocklasa
(Marketing und Kommunikation)
unter 0664/ 884 668 03 oder
michel.stocklasa@integra.or.at

SEIT ZEHN JAHREN IST DIE LEHRSTELLENBÖRSE FELDKIRCH TÄTIG:

Erfolgreiche Lehrstellensuche

Seit zehn Jahren vermittelt die Stadt Feldkirch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Vorarlberg und dem Arbeitsmarktservice zwischen Lehrstellensuchenden und ArbeitgeberInnen. 1.010 Lehrstellen wurden seit Bestehen der Initiative gemeldet, beworben und letztlich besetzt.

Karin Himmer-Klien, Stadt Feldkirch

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten möchten wir alle Betriebe aufrufen, für unsere Jugend Ausbildungsplätze anzubieten“, sagt Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold. Jeder Jugendliche, der eine Lehrstelle sucht, soll einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Lehrstellenbörse hat sich als wichtiges Instrument im Dienste der Jugend bewährt und ist gleichzeitig ein Serviceangebot für die heimische Wirtschaft. Jeweils Ende des Jahres schreibt die Stadt Feldkirch rund 1200 Feldkircher Betriebe an, und unterbreitet ihnen das Angebot, ihre Lehrstellen auf einer eigenen Plattform im Internet zu veröffentlichen (www.feldkirch.at/job-ok). Auf Wunsch der Betriebe werden die Lehrstellen auch unter www.wko.at/lehrstellen und www.ams.at/lehrstellen veröffentlicht.

Reges Interesse der Betriebe

Über 58 Betriebe haben 2013 mehr als 130 freie Lehrstellen in 43 verschiedenen

Berufen gemeldet. Lehrstellensuchenden wird eine stets aktuelle Liste der offenen Lehrstellen nach Berufen sortiert zur Verfügung gestellt. Die Feldkircher Lehrstellenbörse wird von der Abteilung Bürgerservice im Rathaus betreut. Die Koordinatorin der Initiative „Job OK“, Karin Himmer-Klien, engagiert sich im Auftrag der Stadt Feldkirch um alle arbeitssuchenden Feldkircherinnen und Feldkircher.

Kooperation in der Region Vorderland-Feldkirch ab 2014

Die bisherige „Feldkircher Lehrstellenbörse“ und die Lehrstellenbörse der Vorderlandgemeinden werden ab 2014 unter dem Namen „Lehrstellenbörse Vorderland-Feldkirch“ geführt. Erstmals werden sämtliche Lehrstellen der Region Vorderland-Feldkirch gemeinsam veröffentlicht. Die Regio(nalentwicklungsgemeinschaft) Vorderland-Feldkirch umfasst 13 Gemeinden und ca. 63.000 Einwohnerinnen und Ein-



Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold: „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten möchten wir alle Betriebe aufrufen, für unsere Jugendlichen Ausbildungsplätze anzubieten.“

wohner. Es handelt sich dabei um eine Stadt-Land-Region, die sich durch eine außerordentlich große Vielfalt in Bezug auf Landschaft, Wirtschaft und Kultur auszeichnet: Der Stadt Feldkirch mit ca. 31.000 EinwohnerInnen am einen Ende des Spektrums steht die Gemeinde Viktorsberg mit ca. 370 EinwohnerInnen am anderen Ende gegenüber. Die wirtschaftlich starken Talgemeinden werden durch die Berggemeinden mit ihren wertvollen Kulturlandschaften ergänzt, die als Naherholungs- und Rückzugsgebiete zur Verfügung stehen. Durch die Zusammenführung der beiden Lehrstellenbörsen wird diese regionale Vielfalt auch anhand des breiten Lehrstellenangebots greifbar und soll mithilfe der begleitenden Beratungsangebote den Jugendlichen helfen, sich beruflich in ihrem Lebensraum zu orientieren. Im November 2013 wurden alle Betriebe der Region angeschrieben und gebeten, ihre freien Lehrstellen zu melden. Die Anmeldung für Betriebe ist mittels Fax-Anmeldeformular oder über das Online-Formular möglich.

INFOS:

Karin Himmer-Klien, Telefon 05522/304-1240 oder karin.himmer-klien@feldkirch.at



Die Mitgliedsgemeinden der Region Vorderland-Feldkirch: Feldkirch, Fraxern, Göfis, Klaus, Laterns, Meiningen, Rankweil, Röthis, Sulz, Übersaxen, Viktorsberg, Weiler, Zwischenwasser.



Halt! Bis hierher und nicht weiter: Der Frauennotruf Wien hilft den Opfern unbürokratisch.



Beratung, Begleitung und Unterstützung:

Sie können sich telefonisch, per E-Mail oder persönlich an den Frauennotruf wenden.

24-STUNDEN FRAUENNOTRUF: 01/71 71 9

Das Frauennotrufteam ist von 0 bis 24 Uhr unter der Telefonnummer (+43 1) 71 71 9 erreichbar.

E-Mail: frauennotruf@wien.at
Internet: www.frauennotruf.wien.at

ES GIBT HILFE

Der Frauennotruf ist eine Anlaufstelle für Frauen und Mädchen ab 14 Jahren, die Gewalt in ihren verschiedenen Erscheinungsformen erfahren haben. Dieser Service ist rund um die Uhr erreichbar.

Die wichtigsten Angebote des Frauennotrufs sind rasche Hilfe und Krisenintervention sowie Beratung und Betreuung bei akuten Erfahrungen mit Gewalt. Frauen können sich telefonisch, per E-Mail oder persönlich an den Frauennotruf wenden. Wenn eine betroffene Frau den Täter bei der Polizei anzeigen will, werden ihr Beraterinnen zur Seite gestellt, die sie begleiten. Oft wollen Frauen aber keine rechtlichen Schritte einleiten. Dann hilft der Frauennotruf, dass die Gewaltakte psychologisch aufgearbeitet werden. 90 Prozent aller Gewalttaten an Frauen und Kindern werden innerhalb der Familie und im Bekanntenkreis verübt. Es ist auch meistens schwierig, eine Beziehung, in der der Mann die Frau misshandelt, zu beenden. Außerdem erschweren die gemeinsamen Kinder und emotionale sowie finanzielle Abhängigkeiten eine Trennung. Des-

halb ist es wichtig, sich an eine Beratungsstelle zu wenden und Informationen zu bekommen.

HILFE FÜR ALLE BETROFFENEN

Alle Angebote sind anonym und kostenlos und stehen auch an Wochenenden und Feiertagen zur Verfügung. Mitbetroffene Angehörige, Freundinnen und Freunde oder Bekannte können dieses Angebot ebenso nutzen. Außerdem steht Betroffenen und Interessierten auch das Frauennotruf-Forum zur Verfügung. Es dient Frauen und Mädchen, die von sexueller, körperlicher oder psychischer Gewalt betroffen sind, als Plattform zur Kommunikation und Information.

Weitere Infos und Registrierung:
www.wien.gv.at/frauennotrufforum/

Erste Klagenfurter Fußball-Trophy

Der Anpfiff für eine der größten Jugendinitiativen in der Stadt Klagenfurt! Seit Anfang Mai 2013 steigt in allen Stadtteilen die 1. Fußball-Trophy. Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Bereichen werden dabei für den Sport begeistert. Höhepunkte sind ein großes Fußballturnier im Herbst 2013 und ein Hallenfußballturnier im Frühjahr 2014.

Stadtrat Gerhard Reinisch, Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee



Stadtrat und Jugendreferent Gerhard Reinisch (re.) und Fußballtrainer Muamer Krajisnik (li.) mit Nachwuchs-Fußballern.

Der (Profi-)fußball in Klagenfurt hat freilich schon bessere Zeiten erlebt. Von der Bundesliga ist die Stadt derzeit so weit entfernt wie noch nie zuvor. Im Nachwuchsbereich jedoch ist sehr viel in Bewegung. Die 1. Klagenfurter Fußball-Trophy ist das beste Beispiel. Initiiert wurde das Projekt von Stadtrat Gerhard Reinisch und dem Verein „Soziales Jugendwerk Don Bosco“. Angesprochen werden Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichsten Bereichen. Sie sollen nicht nur körperlich gestärkt werden, sondern auch lernen, „wie man mit Kon-

flikten umgeht, wie man Regeln verstehen lernt und wie man Enttäuschungen im Sport schnell verarbeitet“, so Jugendstadtrat Gerhard Reinisch, der die Trophy mit seiner Abteilung unterstützt. Und das Projekt erweist sich als echter Volltreffer: Bereits nach einem Monat wurden rund 100 Kinder und Jugendliche mit dem Projekt erreicht. Trainiert wird an fünf Standorten in unterschiedlichen Stadtteilen. Die jungen Kicker werden dabei von Landesverbandstrainer Muamer Krajisnik betreut: „Es macht wirklich großen Spaß,

mit den Kleinen zu arbeiten. Man sieht, dass sie mit sehr viel Freude und Enthusiasmus bei der Sache sind. Und wir trainieren mehrere Ballsportarten, vor allem aber natürlich Fußball“, so Krajisnik. Das Training ist auf zwei Altersgruppen aufgeteilt: sechs bis zwölf Jahre und zwölf bis 18 Jahre. Ein willkommener Nebeneffekt ist auch die Vernetzung der Kinder- und Jugendorganisationen in der Stadt Klagenfurt. Weitere Kooperationen mit Schulen und Streetwork sind geplant. Fußball ist unter den Jugendlichen eine sehr beliebte Mannschaftssportart und in

den Siedlungen und Höfen in nahezu allen Klagenfurter Stadtteilen stark vertreten. Auch aufgrund der mehrjährigen positiven Erfahrungen mit Fußballprojekten im Rahmen der Offenen Jugendarbeit wurde die „1. Klagenfurter Fußball-Trophy“ vom Verein Soziales Jugendwerk Don Bosco in Kooperation mit der Stadt Klagenfurt ins Leben gerufen. Das Anliegen besteht darin, durch professionell gesteuerte sportliche Aktivitäten mit begleitender Fachbetreuung folgende Ziele zu erreichen:

- **Freudvolle Freizeitgestaltung**
- **Integration in eine Gruppe und Schaffung des Gefühls der Zugehörigkeit**
- **Freude an der Bewegung wecken**
- **Allgemeine körperliche Betätigung und Vitalisierung**
- **Schaffung eines Zugangs zu diversen Ballsportarten – besonders Fußball**
- **Lernen, Regeln zu verstehen und zu akzeptieren**
- **Konfliktbearbeitung und Kommunikation**
- **Umgehen mit Enttäuschungen und inneren Spannungen**
- **Zielstrebigkeit und Durchhaltevermögen**
- **Aktive Suchtprävention durch sportliche Betätigung**

Soziale Einrichtungen und Vereine, die in Klagenfurt tätig sind und Kinder und Jugendliche als Zielgruppe haben, können sich bei der Stadt oder direkt beim Jugendzentrum Don Bosco melden und sich für ein kostenfreies Fußballtraining anmelden. Die Dauer und der Ort des Trainings werden mit der jeweiligen Einrichtung je nach Bedarf und Ressourcen individuell vereinbart.

- **Das Angebot reicht von einer einmaligen Trainingseinheit bis hin zu einer mehrwöchigen Betreuung.**
- **Für das Training wird der Sportplatz der Pfarre St. Josef Siebenhügel genutzt; es kann allerdings ebenso auch vor Ort in den Höfen und Parks bzw. auf Sportplätzen der eigenen Einrichtung trainiert werden.**
- **Trainiert wird in zwei Altersgruppen: Kinder 6 bis 12 Jahre sowie**

Jugendliche 12/13-18/19 Jahre; sollte es erforderlich sein, werden innerhalb der Altersgruppen weitere Differenzierungen vorgenommen.

- **Die teilnehmenden Einrichtungen sind verpflichtet, eine eigene Begleitperson dem Training beizustellen.**

Unterteilung der TeilnehmerInnen in Altersgruppen

In Sportkreisen ist es ein bekanntes Phänomen, dass v.a. 14- bis 16-Jährige äußerst schwer für Vereine zu erreichen und zu motivieren sind. Deshalb war es bei der Konzeption der 1. Klagenfurter Fußball-Trophy ein großes Anliegen, gerade diese Altersgruppe anzusprechen, da auch besonders in dieser Lebensphase sehr häufig die Abwendung von sportlicher Betätigung und das Interesse an gesundheits-schädigendem Verhalten zunimmt.

Sommerkick im Strandbad Klagenfurt

Im Sommer wurde jeden Samstag im Strandbad der Landeshauptstadt Klagenfurt gekickt. Es war nicht nur der Treff-

Stadt bisher gegeben hat: Mit der neuen „Fußball-Trophy“ des Youthpoint Don Bosco Siebenhügel des Stadtteils Waidmannsdorf werden hunderte junge Hobbykicker zu Sport und Bewegung animiert. Wöchentlich wird auf den Sportplätzen trainiert. Hinzu kommt die „Sommertrophy“, die im Strandbad gestartet wurde: Jugendliche bis 18 Jahre können dort in Dreierteams auf dem Kleinfeld mitmachen. Einzige Voraussetzung: Es muss ohne Schuhe gespielt werden, um Strandfeeling zu garantieren. Wegen des großen Erfolges der „Klagenfurter Fußball-Trophy“ ermöglicht Jugendreferent Stadtrat Gerhard Reinisch die Trainings nun auch als „Winter-Indoor“-Variante in der Halle. Auf Initiative des Jugendreferenten gibt es ab sofort die Möglichkeit, einmal pro Woche in Waidmannsdorf (mittwochs im Sportpark/Stadion) und in St. Ruprecht (freitags in der Ballspielhalle) zu kicken. Da viele Jugendliche nicht über die nötige Ausrüstung verfügen, unterstützt Reinisch den Ankauf von Hallenschuhen, Dressen, Bällen, etc., die sich die Hobbyfußballer bei den Trainings ausleihen können. Die



punkt für die Sonnenanbeter, sondern auch für begeisterte Hobbyfußballer. Im Rahmen der „Sommertrophy“ wurden die besten Teams ermittelt. Es ist die größte Fußball-Initiative, die es in der

regelmäßigen Fußballeinheiten tragen bereits erste Früchte: bei einem kärntenweiten Herbst-Fußballturnier kamen Mannschaften des Klagenfurter Jugend-Fußballprojekts unter die besten drei! ■



EIN KAPFENBERGER JUGENDPROJEKT:

„Ziel – Zukunft in einem Lehrberuf“

Jugendliche aus dem Internationalen Verein Kapfenberg (IVK) haben sich zu einer Gruppe zusammengeschlossen, um im Rahmen ihres Projektes „Ziel – Zukunft in einem Lehrberuf“ angehende Lehrlinge auf die Eignungstests in den Unternehmen vorzubereiten.

Monika Vukelic-Auer, MBA, Abteilungsleiterin Bürgerbüro und Sozialwesen, Stadtgemeinde Kapfenberg

Das Besondere an der Gruppe ist, dass diese aus Jugendlichen besteht, die entweder selber in einem Lehrberuf stehen oder eine höhere Schule oder Universität absolvieren. Gerade dieser Umstand ist es, der die Gruppe so besonders und anders macht, denn an sich gibt es einige Institutionen und Initiativen, welche ähnliche Dienste anbieten, dennoch haben Jugendliche zu Jugendlichen einen besseren Draht. Aus diesem Grund sehen wir uns klar im Vorteil zu anderen“, so Gezim Sadiku, der Mitglied im Projektteam ist. Fast alle Jugendlichen im Verein haben einen Migrati-

onshintergrund, was ebenso ein Umstand ist, der die Gruppe abhebt. Die Zielgruppe ist klar definiert: „Wir sprechen alle Jugendlichen an, denn von Wissenslücken sind nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch Österreicherinnen und Österreicher betroffen“, so Edlira Bllacaku, die ebenfalls Projektmitglied ist.

Um was geht es konkret in diesem Projekt?

Es geht darum, Jugendlichen in einem Kurs das Basiswissen zu vermitteln, welches sie brauchen, um die Eignungstests

für Lehrlinge in den Unternehmen zu schaffen. Denn da gibt es ziemliche Lücken, besonders in Deutsch und Mathematik. Abgesehen von dem vermittelten Basiswissen, das den Jugendlichen bei den Aufnahmetests zugute kommen soll, sollen sie ihre Stärken und Schwächen einschätzen können, und außerdem lernen, mit diesen umzugehen sowie die Stärken richtig einsetzen zu können. Es soll den Jugendlichen beigebracht werden, teamfähig und sorgfältig zu arbeiten. Durch das Projekt soll ihr Selbstbewusstsein und Können gestärkt bzw. gefördert werden.

Wissenslücken füllen, das Selbstbewusstsein stärken – die Gemeinde Kapfenberg unterstützt Jugendliche auf ihrem Weg zum Lehrberuf.

Gezim Sadiku, Schüler der HAK Bruck/Mur, und Edlira Bllacaku, Studentin an der Montanuniversität Leoben, sind diejenigen, von denen die Idee für das Projekt ausging. „Ohne die von Anfang an dagewesene Unterstützung der Gemeinde Kapfenberg wären wir nie so weit gekommen“, betonen die beiden.

Die Idee für das Projekt kam durch Gespräche und Diskussionen mit den Jugendlichen. Aus diesen konnten sie erkennen, dass viele junge Menschen die Ausübung einer Lehrstelle in Betracht ziehen, jedoch Angst vor dem Scheitern bei einem Aufnahmetest haben. Auch Jugendliche, die bereits an einem oder mehreren Aufnahmetests gescheitert sind, sind eine Zielgruppe des Projektes. Auch ihnen soll nicht nur die Angst vor einem weiteren

Scheitern genommen, sondern auch das Basiswissen gestärkt und gefördert werden, um ein weiteres Versagen zu vermeiden. Ein weiterer Grund, welcher die junge Projektgruppe in ihrem Vorhaben bekräftigte, war ein Artikel in der „Kleinen Zeitung“ mit dem Titel „18 Prozent fallen durch“. Es ging dabei um die hohe Zahl an Jugendlichen, welche die Aufnahmetests für Lehrstellen nicht schaffen.

Ideen verlangen aber nicht nur Worte, sondern auch Taten. Zuerst wurden die DirektorInnen der Schulen kontaktiert und über die Ideen und Maßnahmen des Projektes informiert. Der nächste wichtige Schritt war, jene Firmen, die in der Region Lehrlinge ausbilden, über das Projekt in Kenntnis zu setzen. Mit ihrer Hilfe soll die Arbeit in diesem Projekt erleichtert werden. Benötigt werden Informationen der Schulen (Neue Mittelschulen und Polytechnische Schule), wie viele der SchulabgängerInnen in das Berufsleben einsteigen bzw. eine höher bildende Schule besuchen möchten. Jene SchülerInnen, die wirklich vorhaben, eine Lehre zu beginnen, werden vom Projektteam abgefangen und je nach Interesse darauf vorbereitet. Das Marketing, also die Verbreitung des Projektes unter den Betroffenen, ist ein wichtiges Instrument für eine erfolgreiche Arbeit. Aus diesem Grund hat das Projektteam mit der von Beginn an dagewesenen Unterstützung der Stadtgemeinde Kapfenberg das Vorhaben den Verantwortlichen der Firmen Böhler Edelstahl, Norske Skog, Stadtwerke Kapfenberg, Pegaw, VertreterInnen des regionalen Arbeitsmarktservice, der Arbeiter- und Wirtschaftskammer, SchuldirektorInnen sowie der Öffentlichkeit präsentiert. Die Idee dieses Projektes wird von allen Seiten sehr wertgeschätzt und dem Vorhaben ein hoher Stellenwert eingeräumt. „Wir sind direkt an die Schulen gegangen und haben das Projekt auch den SchülerInnen bzw. möglichen, angehenden Lehrlingen vorgestellt. Wir haben auch LehrlingsausbilderInnen in den genannten Unternehmen aufgesucht, ihnen unsere Idee präsentiert und um ihre Unterstützung gebeten. Zusammenfassend können wir sagen, dass auch diese von der Idee begeistert sind und uns unterschiedliche Unterstützungen zugesagt haben. Darauf sind wir be-

sonders stolz“, so Edlira Bllacaku. „Die Folgen von Arbeitslosigkeit, vor allem bei Jugendlichen, wiegen schwer, diese sind z.B. Stigmatisierung, familiäre Spannungen und Konflikte, Schuldgefühle, Aggressivität und trotz Mindestsicherung relative Verarmung. Die Folgen beschränken sich nicht nur auf die Arbeitslosen selbst. Auch für nahe Angehörige kann Arbeitslosigkeit eine gravierende Beeinträchtigung von Wohlstand, Selbstachtung, sozialem Ansehen und Lebenschancen bedeuten. Selbst bei Beschäftigten werden Arbeitsvermögen, Leistung, Solidarität und Krankenstand beeinflusst. Daneben ist Arbeitslosigkeit auch ein Problem für die gesamte Gesellschaft. Gesamtgesellschaftliche Folgen der Arbeitslosigkeit sind u.a. Verlust von Steuern und Sozialabgaben, hohe Kosten für Arbeitslosigkeit, Verlust der Kaufkraft des Einzelnen und damit Reduzierung der Binnen- nachfrage, Anstieg der Kriminalität, politische Instabilität sowie weitere Kosten zur Behebung bzw. Linderung der individuellen Folgen.“ (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de))

FAZIT

„Zusammengefasst ist unser Ziel, dass angehende Lehrlinge, die unser Angebot in Anspruch nehmen, die Lehraufnahmsprüfung schaffen, um so den oben angeführten Umständen entgehen zu können. Sinn unseres Projektes ist es, dass man durch Arbeit eine gesicherte Zukunftsperspektive hat. Eine Arbeitsstelle zu haben, ist in der heutigen Gesellschaft sehr wichtig. Arbeit bedeutet Sicherheit und soziale Integration. Hier übernehmen Jugendliche Verantwortung, indem sie anderen Jugendlichen helfen, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Durch die Kooperation mit uns kommen die Jugendlichen auch in Kontakt mit Leuten in Entscheidungsfunktionen, was wiederum für ihre Zukunft von großer Bedeutung sein kann. Die Unternehmen in der Region benötigen für ihre Standort-sicherung dringend qualifizierte Arbeitskräfte und freuen sich daher umso mehr über die Umsetzung dieses Projektes. Wir hoffen, durch diese Initiative den jungen Menschen unserer Region zu einem besseren Start in die berufliche Zukunft verhelfen zu können“, so Gezim Sadiku. ■

SENSATIONSERFOLG DER 1. KLOSTERNEUBURGER BILDUNGSMESSE:

„Wir sind Bildung“

Beinahe 40 Bildungseinrichtungen haben sich an der 1. Klosterneuburger Bildungsmesse am 29. November 2013 in der Babenbergerhalle beteiligt.

Die Klosterneuburger Bildungseinrichtungen von den Krabbelstuben, Kindergärten (öffentliche und private), Volksschulen, Neuen Mittelschulen, Polytechnischer Schule, SPZ und Gymnasium bis hin zur HBLA für Wein- und Obstbau, IST Austria, der Konrad-Lorenz-Stiftung, der VHS Urania und der J.G. Albrechtsberger Musikschule waren ebenso vertreten wie private Bildungsanbieter: z.B. Lernquadrat, die Computerschule Weitz, die ÖAAM und viele andere. Die VertreterInnen der Institutionen standen vor Ort für Beratung und Informationen zur Verfügung. Auch die liebevoll gestalteten Stände der weiterbildenden Schulen – etwa HAK/HAS Tulln, Tourismusschule Krems (die auch mit kulinarischen Köstlichkeiten verwöhnte), Modeschule Michelbeuern, Krankenpflegeschule Tulln, TGM, Landwirtschaftliche Fachschule u.v.m – wurden regelrecht gestürmt: „Ich war vom Enthusiasmus der teilnehmenden Institutionen genauso begeistert wie die über 1.300 Schülerinnen und Schüler sowie Eltern, die sich über die umfangreichen Angebote informiert haben. Bildung ist die Zukunft unserer Kinder und es ist ein positives Zeichen, dass so viele Ju-

gendliche mit der Teilnahme an der Bildungsmesse so großes Interesse an ihrer Zukunft gezeigt haben“, zeigte sich auch Stadträtin Maria Theresia Eder höchst erfreut über den großen Zuspruch zur ersten Ausgabe einer Bildungsmesse in Klosterneuburg.

Positive Resonanz

Begeistert äußerten sich auch die VertreterInnen von Klosterneuburger Firmen, die sich an einem ganz besonderes Projekt beteiligten, das in Zusammenarbeit mit der WKO Klosterneuburg stattfand: Die Abhaltung von Trainings-Bewerbungsgesprächen von SchülerInnen bei Personalverantwortlichen von Klosterneuburger Firmen zu konkreten aktuellen Stellenausschreibungen war wegen des großen Interesses der Jugendlichen bereits nach kurzer Zeit ausgebucht. Zum Abschluss referierte Univ.-Prof. Markus Hengstschläger (Autor des Bestsellers „Die Durchschnittsfälle“) in einem ebenso mitreißenden wie humorvollen Vortrag über die Situation des Bildungssystems in Österreich, über die Notwendigkeit der Vielfalt und die Wichtigkeit der Individualität auch im Schulsystem. ■

Vielfalt und großes Interesse bei der ersten Bildungsmesse 2013.



Fotos: Stadtgemeinde Klosterneuburg

Das Tullner Jugendzentrum

Bereits seit 13 Jahren bietet die Stadtgemeinde Tulln den Jugendlichen im Jugendzentrum die Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung.

Mag.^a Agnes Chromecek, Leiterin des JUZ, und Mag.^a Susanne Schimek, Tullner Vizebürgermeisterin

Aufgrund der ständig wachsenden BesucherInnenzahlen war im Vorjahr eine Übersiedlung in ein größeres Gebäude erforderlich. Rasch wurden auf Initiative der Stadtgemeinde Tulln geeignete Räumlichkeiten gefunden, die saniert und adaptiert wurden und nunmehr das Tullner Jugendzentrum und die Beratungsstelle „EXIT“ beherbergen. Das Platzangebot ist wesentlich größer und bietet die Möglichkeit, Workshops und Projekte mit und für die Kids zu organisieren. Das Jugendzentrum ist unter der Woche nachmittags geöffnet und wurde im Jahr 2013 von etwa 4550 Kids genützt. Aktuell sind es rund 80 Jugendliche täglich.

**Die Räumlichkeiten**

Das Jugendzentrum, kurz JUZ genannt, teilt sich in drei Räume auf, wobei der Hauptraum mit Billardtisch, Playstation, Video-Beamer, Wuzler und einer Bar ausgestattet ist. An der Bar können alkoholfreie Jugendgetränke, Snacks und Süßig-

keiten konsumiert werden. Ein weiterer Raum beherbergt vier Computer – alle mit Internetzugang – und bietet die Möglichkeit, in Ruhe zu lesen oder Hausaufgaben zu machen. Der dritte Raum lädt mit einer gemütlichen Sofalandschaft zum Chillen oder Brettspiele Spielen ein. In der Küche wird gemeinsam gekocht und gebacken. Als gesunde Alternative gibt es täglich frische Äpfel und Karotten gratis. Auch Tee und Dicksäfte werden kostenlos angeboten. Auf dem Hof des Jugendzentrums steht ein Tischtennistisch: in den Sommermonaten wird der Außenbereich auch für gemeinsame Grillaktionen oder als Freiluft-Sitzbereich genutzt. In nächster Zeit soll auch ein Kellerraum für die Ausrichtung größerer Events nutzbar gemacht werden.

Das Team

Das Team des Jugendzentrums besteht derzeit aus vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen immer mindestens zwei während der Öffnungszeiten anwesend sind. Im Vordergrund steht, Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren eine Möglichkeit zu bieten, ihre Freizeit in einem geschützten Rahmen anonym und ohne Konsumationszwang zu verbringen. Das Team sieht seine primäre Aufgabe in der Förderung junger Menschen bei der Entwicklung zu jungen Erwachsenen. Dabei ist Freiwilligkeit ein wichtiges Prinzip der Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendzentrums sind für die Besucherinnen und Besucher die erste Anlaufstelle bei jugendrelevanten Themen (Mobbing, Gewalt, Sucht, Sexualität, Schule, Beziehung, Eltern, ...). Je nach Art des Anliegens können Beratungsgespräche in den Räumlichkeiten des Jugendzentrums oder in der daneben befindlichen Beratungsstelle anonym, vertraulich und kostenlos durchgeführt wer-

den. Im Bedarfsfall werden die Jugendlichen an geeignete Einrichtungen weitervermittelt.

Aktionen und Projekte

Jeden Dienstag ist „Projekttag“: da stehen gemeinsames Kochen, Mal- und Raumgestaltungsarbeiten, die Organisation von Festen, Besuche im Tullner Aubad, Filmtage oder das Abhalten von Billard-, Tischfußball- oder Tischtennisturnieren am Programm.

Darüber hinaus werden Workshops mit Themen angeboten, welche die Kids aktuell beschäftigen und zu denen sie Fragen haben – im Jahr 2013 waren das z.B.:

- Workshop zum Thema Konsumverhalten (Rauchen, Alkohol, ...);
- Fußballworkshop: Woher kommt der Fußball? Kids erfahren über schlechte Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit in Produktionsländern;
- Sexualität: Alles, was man wissen muss/will;
- richtiger Umgang mit Medien (Facebook, Whats App, Handy, ...);
- Kinder- und Jugendanwaltschaft: Fragen zum Thema Jugendschutz.

Der Fußballworkshop kam am besten an: Die Workshopleiterinnen und Workshopleiter hatten auch eine „Scheiberkiste“ – ein ca. vier Meter mal zwei Meter großer Holzrahmen mit zwei Toren – dabei. In diesem Fußballfeld konnten die Kids „Eins gegen Eins“ antreten und ihr Können unter Beweis stellen. Nebenbei wurden in kleinen Teams Bälle selbst genäht, Produktionsländer auf der Weltkarte gesucht, Fußballequipment aus vergangenen Tagen mit den aktuellen Sportartikeln verglichen, usw. Auf diese Weise wurden die Kids dafür sensibilisiert, dass Sport, Mode und Konsumverhalten in Europa auch etwas mit den Arbeitsbedingungen in Pakistan, Indien oder China zu tun hat. ■

FACHHOCHSCHULSTUDIE BESTÄTIGT DORNBIRNER WEG BEIM THEMA „JUGEND UND ARBEIT“:

Die Dornbirner Jugendwerkstätten

Sehr positive Effekte bescheinigt eine neue Evaluationsstudie der Fachhochschule Vorarlberg der Gesundheitsförderung in den Dornbirner Jugendwerkstätten (DJW).

Elmar Luger, Abteilung Jugend, Amt der Stadt Dornbirn

Diese sind in Vorarlberg Vorreiter bei Gesundheitsförderung, Kooperationsprojekten und Auszeichnungen. Durch das engagierte Programm werde unter anderem das Verständnis für Gesundheit bei Jugendlichen erweitert, was vielzählige psychische und physische Veränderungen zur Folge habe. Die betriebliche Gesundheitsförderung in den DJW umfasst die Bereiche „Ernährung“ und „Sport“ sowie das „Soziale Kompetenztraining“.

Die Studie wurde im Rahmen des Masters „Soziale Arbeit“ der Fachhochschule Vorarlberg von Studierenden erstellt.

Jugendliche erfahren durch die Teilnahme am betrieblichen Gesundheitsprogramm der DJW laut Studie zum Beispiel „positive Gewichtsveränderungen unabhängig von Geschlecht oder Migrationshintergrund“. Sie erleben sich durch das soziale Kompetenztraining als „offener, optimistischer und gesprächiger“ und finden leichter bzw. mehr Freunde in ihrer Arbeitsumgebung. Weibliche Teilnehmerinnen machen „mehr bzw. regelmäßig Sport in der Freizeit“ und achten „beim Einkaufen auf die Kalorienangaben der Produkte“ sowie „auf gesunde Nahrungsmittel“, wobei weniger Süßigkeiten und salzige Snacks konsumiert werden.

Im Bereich „Ernährung“ nutzen die vormals langzeitarbeitslosen Jugendlichen vor allem das regelmäßig stattfindende „gesunde Frühstück“, die Kochkurse und die „gesunde Jause“ der DJW, im Bereich „Sport“ Ballsportarten sowie Klettern. Nehmen sie am vielfältigen Gesundheitsprogramm nicht teil, geben sie dafür als Gründe den Mangel an Zeit oder Motivation oder das „Nicht-Erhalten eines Angebots“ an, erwähnen eine Teilnahme aber gleichzeitig als „Vorsatz für die Zukunft“.

Positiver Gesundheitstransfer in den Alltag von Jugendlichen

Beeindruckt von den Ergebnissen zeigen sich auch die Fördergeber der Dornbirner Jugendwerkstätten, wie die Stadt Dornbirn und das Arbeitsmarktservice (AMS). So auch die Dornbirner Bürgermeisterin, Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann: „Die Dornbirner Jugendwerkstätten beweisen mit einer Vielzahl von Aktionen, dass Jugendliche Angebote zur Gesundheitsförderung

sehr schätzen und auch nutzen. Eines dieser Beispiele ist das ‚Gesunde Frühstück‘, das seit Jahren regelmäßig stattfindet und die jungen Menschen leicht in ihrem Alltag umsetzen können.“ Das bestätigt auch die Studie, denn viele Jugendliche nehmen die in den DJW kennengelernten Kochideen auch nach Hause mit. Bleiben die DJW-Angebote jedoch aus, ist der dauerhafte Transfer der gesunden Ernährung in den Alltag für viele Jugendliche teilweise sehr schwierig. Dann nämlich greifen sie „trotz Bewusstseinswandels“ wiederum auf ungesunde Produkte zurück. Laut Studie sollten deshalb die „Angebote zur gesunden Ernährung“ – wie zum Beispiel der „beliebte Mittagstisch“ – „öfters bzw. die ganze Woche stattfinden“. Doch nicht nur diese Programme, sondern insgesamt die Beschäftigung in den DJW mit einem „regelmäßigen Tagesablauf“ wirkt sich positiv auf den Gesundheitszustand der 15- bis 25-jährigen – vormals langzeitarbeitslosen – Jugendlichen aus.

Einzigartige Kooperationsprojekte bringen sinnvolle Beschäftigung

Vor allem die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Dornbirner Jugendwerkstätten ermögliche „finanzielle Selbstständigkeit und Existenzabsicherung und verhindert auch Langeweile, wie es die Jugendlichen in Zeiten vorausgegangener Arbeitslosigkeit erfahren haben“, so die Studie. Durch diese Möglichkeiten fühlen sich die jungen Menschen aktiver, was deren persönliches Wohlbefinden erhöht. „Wichtig ist dabei, den Jugendlichen sinnvolle und durchaus fordernde Beschäftigungen anzubieten, ohne sie dabei zu überfordern, da dies zu Frustrationserlebnissen führen kann“, so der Geschäftsführer der Dornbirner Jugendwerkstätten Elmar Luger.



Stolz präsentieren Jugendliche der Dornbirner Jugendwerkstätten (DJW), ProjektpartnerInnen und VertreterInnen von Fördergebern die brandneuen DJW-Gartenmöbel, die aus einem einzigartigen Kooperationsprojekt entstanden sind.

Als herausragendes Beispiel nennt er ein Kooperationsprojekt mit einem renommierten Holzbauarchitekten, mit dem die DJW gemeinsam ein innovatives Gartenmöbel entwickelt haben und seit diesem Jahr eigenständig produzieren. Die einzigartige Garnitur ist nicht nur praktisch und elegant, sondern besteht ausschließlich aus heimischem Holz und wird über eine bekannte Baumarktkette in Vorarlberg vertrieben. „Dieses Projekt zeigt eindrucksvoll, wie innovativ und qualitativ Kooperationsprojekte zwischen sozialen Integrationsunternehmen und der Wirtschaft zum Wohle der Jugendlichen gestaltet werden können“, so der Direktor des AMS Vorarlberg, Anton Strini. Mittlerweile können die DJW auf über 300 unterschiedliche Auftraggeber in den Bereichen Industriemontagen, Garten- und Landschaftspflege, Catering, Textil, Holz, etc. verweisen.

Dornbirner Weg beim Thema „Jugend und Arbeit“ mehrfach ausgezeichnet

Die Studienergebnisse der Fachhochschule Vorarlberg bestätigen den eingeschlagenen Weg der Stadt Dornbirn beim

Thema „Jugend und Arbeit“ und die damit verbundenen mehrfachen Auszeichnungen erstmals wissenschaftlich. Im Jahr 2012 erhielt die Arbeits- und Bildungseinrichtung das österreichweite Gütesiegel für betriebliche Gesundheitsförderung des „Fonds Gesundes Österreich“ und 2013 den Vorarlberger Gesundheitspreis „Salvus Gold“ sowie das Ökoprotizertifikat als erstes soziales Integrationsunternehmen in Österreich bereits zum zehnten Mal. Das „Gütesiegel für Soziale Unternehmen“ wurde den DJW im Dezember 2013 in Wien verliehen.

Begründet wurde diese bundesweite Auszeichnung unter anderem mit dem „sehr großen Engagement und Bewusstsein für Qualität“, der „sehr guten Vernetzung in der Region“ und der „langjährigen Kooperation mit Firmen in der Region“ durch die DJW.

„Diese Verleihung freut uns ganz besonders, da dies zeigt, dass wir in Dornbirn mit den Jugendwerkstätten über etwas Einzigartiges verfügen und unsere Investitionen auf lange Sicht qualitativ sehr wirksam sind“, zeigte sich Dornbirns Bürgermeisterin Andrea Kaufmann sichtlich stolz.

Dornbirner Jugendwerkstätten (DJW) auf einen Blick

Daten & Fakten:

- Anzahl beschäftigter Jugendlicher: 190, davon je 50 % Burschen und Mädchen
- Das ist durchschnittlich fast jeder/jede Dritte der 700 arbeitslosen Jugendlichen im Bezirk Dornbirn
- Durchschnittliche Vermittlungsquote der letzten drei Jahre: 50 Prozent ➔ jeder/jede Zweite hat nach Austritt einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle gefunden; 2012 betrug die Vermittlungsquote 61 % (= AMS-Kennzahl)
- Etwa 320 Auftraggeber aus Wirtschaft, öffentlichen Institutionen und privaten Haushalten
- Bildungsprojekt Pflichtschulabschlusskurs „Leuchtturm“ seit 1994: derzeit lernen 48 Jugendliche für ihren Pflichtschulabschluss in den unterschiedlichen Kursen!
- Hohe Zufriedenheit der jugendlichen MitarbeiterInnen und KundInnen: Die DJW zeichnen sich durch Höflichkeit, Pünktlichkeit und Verlässlichkeit aus ➔ Details unter <http://dornbirn.at/djw>

Fördergeber und Partner:

- AMS Vorarlberg, AMS Dornbirn, ESF, Land Vorarlberg, Stadt Dornbirn



Jugendliche der Dornbirner Jugendwerkstätten (DJW) beim gemeinsamen Ballsport, einem der beliebtesten Angebote des Unternehmens im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung.



Als einzige Vorarlberger Organisation wurden die Dornbirner Jugendwerkstätten (DJW) im Dezember 2013 in Wien mit dem Gütesiegel für Soziale Unternehmen ausgezeichnet.

WIE RESPEKT, WERTSCHÄTZUNG UND PARTIZIPATION
JUGENDLICHE ERFOLGREICH WERDEN LASSEN:

Arbeitsmarktpolitik im öffentlichen Raum

Im Jänner 2013 erfolgte der Start des Projektes „Jugendpark“ in Graz. Es spricht jene Jugendlichen an, die bisher am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen konnten. Das Projekt ist nicht nur für die Jugendlichen ein Gewinn, auch die Grazer Bevölkerung profitiert davon und partizipiert beim Projekt.

Dr.ⁱⁿ Andrea Felbinger, Referentin im Büro Bürgermeisterstellvertreterin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck und Walerich Berger, Geschäftsführer von Jugend am Werk Steiermark

Für viele junge Menschen ist der Einstieg in den Arbeitsmarkt mit großen Hürden verbunden. Schätzungen zu Folge leben in Graz rund 400 Jugendliche, die in der Fachsprache als NEETs (Not in Education, Employment or Training) bezeichnet werden. Junge Menschen also, die sich weder in Ausbildung noch in einer Beschäftigung oder einer Schulungsmaßnahme befinden. Ursachen dafür, dass Menschen in jungen Jahren in prekäre Situationen gelangen, sind neben frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabbrüchen auch soziostrukturelle Merkmale. Dazu zählen etwa die soziale Herkunft, elterliche Bildung oder Migrationshintergrund. Alles Gründe, die in weiterer Folge geringe Beschäftigungschancen nach sich ziehen. Insgesamt handelt es sich um ein Zusammenwirken unterschiedlichster Aspekte, die sowohl auf der persönlichen als auch auf der Bildungs- und gesellschaftlichen Ebene liegen. Die Grazer Bürgermeisterstellvertreterin und Sozialstadträtin Martina Schröck arbeitet seit Langem an Lösungen, um diesen Jugendlichen Perspektiven zu geben: „Je schneller auf die Bedürfnislagen der ausgegrenzten Jugendlichen professionell reagiert wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in Zukunft nicht auf Unterstützung durch das Sozialsystem angewiesen sind. Dies stellt eine spezielle soziale, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung dar, der wir in Graz konstruktiv begegnen.“

Sinnstiftung

Gerade Menschen, die sich im Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen befinden, sind von sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn für sie die Eingliederung in das (Aus-)Bildungssystem oder das Arbeitsleben nicht gelingt. Die hohen Anforderungen in der Arbeitswelt stellen gerade für „NEETs“ oftmals psychische Überforderungen dar, denen sie häufig nur schwer mit adäquaten Bewältigungsstrategien begegnen können. Aus diesem Grund ist der erste notwendige Schritt, dass den jungen Menschen Raum zur persönlichen Stabilisierung gegeben wird. Sie werden auf dem Weg zur Entwicklung nachhaltiger Perspektiven für ihre persönliche und damit auch berufliche Zukunft von ProfessionistInnen individuell begleitet. Ein besonders erfolgreiches Projekt zur Unterstützung von NEETs ist das Projekt „Jugendpark“ im Grazer Volksgarten, das in enger Kooperation von Stadt Graz, AMS Graz, Jugend am Werk und Holding Graz im Jahr 2013 ins Leben gerufen wurde. Im Projekt „Jugendpark“ erleben sich Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren oft erstmals in ihrem Leben als wertvolle, ernstzunehmende und arbeitende Mitglieder in der Gesellschaft. Zielsetzungen der Maßnahme sind der Einstieg in eine Aus- oder Weiterbildung, die Rückkehr in die Schule oder die Integration in den Arbeitsmarkt. Rund 40 Jugendliche nahmen im Jahr 2013 an dieser niederschweligen Beschäftigungsmaßnahme teil.

Die Arbeit trägt Früchte

Das Projekt „Jugendpark“ findet hauptsächlich im öffentlichen Raum statt. Wahrgenommen werden die Jugendlichen im Grazer Volksgarten beim Gestalten und Bepflanzen von Blumenbeeten, beim Sauberhalten der Wege, bei der Grünraumpflege, der Pflege des Teiches, der Spielplätze und Sportanlagen des Parks. Beim Pavillon des Volksgartens haben die ProjektteilnehmerInnen im Frühjahr und Sommer eine Pflanzfläche inklusive Hochbeete geplant und selbst angelegt. Nicht nur Zierpflanzen für die Verschönerung der Stadt wurden verwendet. Die Grazer Bevölkerung konnte sich gerade im heißen Sommer 2013 darüber freuen, dass die Jugendlichen in der Stadt Hochbeete unter dem Titel „Gemüse für alle“ angelegt haben. Durch die sorgfältige Pflege der Beete konnten auch die GrazerInnen, die den Park besuchten, Gemüse und Kräuter ernten. Dabei herrschte eine hohe „Ansteckungsgefahr“: PassantInnen haben begonnen, die von den Jugendlichen aufgestellten Hochbeete selbst zu bepflanzen. Offensichtlich konnte hier ein Anreiz zur Partizipation an der Gestaltung des öffentlichen Raumes geschaffen werden. Die TeilnehmerInnen am Projekt „Jugendpark“ haben auch Plakate mit Anleitungen zum Selberanbauen gestaltet und aufgestellt. Dadurch konnten die Grazerinnen und Grazer unmittelbaren Nutzen aus dem Projekt ziehen. Weiterer Mehrwert für die Grazer Bevölkerung durch das Projekt „Jugendpark“ konnte auch in Kooperation mit

dem Projekt „Lendwirbel“, einem Straßenfestival im Grazer Bezirk Lend, gesichert werden: Mit den Grazer Gemeinschaftsgärten haben die ProjektteilnehmerInnen Hochbeete gebaut und bepflanzt. Um für das Straßenfestival zu werben, haben sich die Jugendlichen eine spezielle Aktion überlegt, die besonders viel Aufmerksamkeit erregt hat: Einkaufswägen wurden mit Blumen und allerlei Kräutern beladen, mit denen sie dann durch Graz fuhren und Flyer verteilten. „Urban Gardening“ der etwas anderen Art.

Orientierung und Aktivierung

Durch die vielfältigen Aktivitäten und zahlreiche andere Beschäftigungsmöglichkeiten erlebten sich die TeilnehmerInnen von „Jugendpark“ als aktive GestalterInnen des öffentlichen Raumes. Indem Stadt Graz und Holding Graz großes Vertrauen für die Pflege des Stadtraumes entgegengebracht haben, entstand bei den Jugendlichen ein Bewusstsein, Verantwortung für öffentliche Sozial- und Begegnungsräume zu übernehmen. Dadurch, dass der Volksgarten für die Jugendlichen einen zentralen Treffpunkt darstellt, findet das Projekt de facto in deren unmittelbarer Lebenswelt statt. So konnten die TeilnehmerInnen ihr eigenes Umfeld aktiv mitgestalten und sich selbst

als Teil einer Gemeinschaft erleben. Gerade die produktive Arbeit bewirkt unmittelbare Erfolgserlebnisse, die für die Stabilisierung der Jugendlichen besonders wichtig sind. Die Inklusion in die Arbeitsstruktur ermöglicht neben dem Erleben von Sinn und der Bewältigbarkeit von Aufgaben auch das Erlernen von Schlüsselqualifikationen wie Pünktlichkeit und Teamarbeit. Die professionelle Betreuung und Begleitung durch MitarbeiterInnen von Jugend am Werk unterstützt die TeilnehmerInnen dabei, gemachte Erfahrungen in die eigenen Lebenswelten zu übertragen. Außerdem konnten die Jugendlichen ihre Basisqualifikationen im Bereich des schulischen Wissens vertiefen. Darüber hinaus ist gerade für NEETs das Projekt „Jugendpark“ ein geeigneter Ort, sich mit individuellen Berufswünschen auseinanderzusetzen. So lernen sie im Projekt durch Berufsorientierung verschiedene Fachbereiche und Berufsfelder kennen und haben die Möglichkeit, sich diese während der Praktika bei Wirtschaftsbetrieben näher anzusehen.

Hohe Erfolgsquote

Der Erfolg des Projektes zeigt mehrfach: Zu allererst haben die am Projekt „Jugendpark“ beteiligten Jugendlichen profitiert: So haben 80 Prozent der im Jahr

2013 an der Maßnahme teilgenommenen Jugendlichen das definierte Projektziel erreicht. Sie haben sich durch Stabilisierung, Aktivierung und Qualifizierung auf einen Arbeitsplatz oder eine Beschäftigung vorbereitet. Aber auch die Grazer Bevölkerung hat von dieser Maßnahme profitiert: Sie hat sich nicht nur an den Hochbeeten erfreut, sondern sich auch unmittelbar daran beteiligt – und dies nicht nur durch das Ernten, sondern auch durch eigene Bepflanzung. Ein weiterer sozialer Wert für Graz liegt darin, dass sich zum einen die Jugendlichen als verantwortungsvolle und ernstzunehmende Personen erfahren können, die Aufmerksamkeit und Anerkennung erhalten. Zum anderen aber auch dadurch, dass im sozialen Miteinander und in der Sichtbarmachung der Jugendlichen Vorurteile seitens der Grazer Bevölkerung abgebaut werden können. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen, die das Projekt „Jugendpark“ nach sich gezogen haben, waren Anlass dafür, dass sich die Grazer Bürgermeisterstellvertreterin Schröck intensiv um eine weitere Kooperation mit AMS Graz, Jugend am Werk und Holding Graz bemüht hat. Nun konnte auch für das Jahr 2014 eine Weiterführung des Projektes gesichert werden. ■



„Girls' Day“ in Klosterneuburg

„Mädchen hervor“ heißt es auch heuer wieder beim Girls' Day am 24. April 2014 in Klosterneuburg. Der Girlsday ist eine Initiative, der - wie der Name schon sagt - Mädchen in den Mittelpunkt stellt und ihnen einen Einblick in die unterschiedlichsten Berufsgruppen bietet, um ihre Zukunft durch das Ergreifen auch von frauenuntypischen Berufen nachhaltig zu verbessern.

In Klosterneuburg findet der Girls' Day heuer bereits zum sechsten Mal statt. Organisiert wird diese Veranstaltung von Frauen- und Jugendstadträtin Prof. Maria Theresia Eder gemeinsam mit der Außenstelle der Wirtschaftskammer NÖ in Klosterneuburg. Ziel der Veranstaltung ist es, Mädchen die vielen Möglichkeiten, sich beruflich zu entwickeln, zu vermitteln und persönlich Kontakt zu den UnternehmerInnen und den MitarbeiterInnen der zahlreichen Klosterneuburger Unternehmen aufzunehmen.

„Die Berufsentscheidung ist eine der wichtigsten Entscheidungen des Lebens. Aus dem großen Spektrum an möglichen Berufen gilt es den richtigen für die Zukunft zu wählen, vielleicht auch in einem Beruf, der für uns Frauen nicht ganz so typisch ist“, zeigt sich Stadträtin Eder von der Wichtigkeit dieses Projektes überzeugt.

Im Rahmen des Girls' Day berichten UnternehmerInnen und MitarbeiterInnen der Klosterneuburger Betriebe offen und persönlich aus den diversen Berufssparten, wie sie den Einstieg in eine männerdominierte Berufswelt erlebt und welche vielfältigen und tollen Berufschancen sich aus dieser Ausbildung ergeben haben.

Abbau von Schwellenängsten

Ebenso werden die Leistungen der einzelnen Betriebe vorgestellt. Die Mädchen haben die Chance, die Betriebe direkt vor Ort zu besichtigen und sich einen Einblick über den Ablauf des Berufsalltags und die Tätigkeit der jeweiligen Unternehmen zu verschaffen. Sie erhalten Informationen, wie in den Firmen gearbeitet wird, auf welche Fähigkeiten es ankommt, welche Ideen eingebracht werden können und vieles mehr. Die Mädchen können persönlich mit den UnternehmerInnen und MitarbeiterInnen in Kontakt treten und erhalten Erfahrungsberichte aus erster Hand.

Ebenso erfahren sie über die zahlreichen Berufsmöglichkeiten und vor allem auch, dass nicht nur typische Frauenberufe, sondern eine Vielzahl von technischen und kaufmännischen Berufen für sie interessant sein können. „Sich den ersten Schritt zu trauen, ist ganz wesentlich. Dies muss durch Information und den Abbau von Schwellenängsten zu „untypischen“ Berufsbildern – also direkten Kontakt zu den Unternehmen wie hier beim Girls' Day – erfolgen“, erklärt Stadträtin Eder.

Auf die Lehrlinge warten spannende Lehrberufe

Nach Analysen der Wirtschaftskammer zeigt sich aber immer noch ein klarer Trend: In Niederösterreich werden über 200 verschiedene Lehrberufe ausgebildet, aber immer entscheiden sich fast drei Viertel der weiblichen Lehrlinge für einen von nur zehn Ausbildungswegen. Diese Erkenntnis bestätigt sich auch durch nüchterne Zahlen: Es gibt 75 Lehrberufe mit insgesamt 1.490 Lehrlingen, in denen kein einziger weiblicher Lehrling zu finden ist, und von rund 20.000 Lehrlingen in Niederösterreich sind nur 6.000 weiblich. Es gilt daher, unermüdlich weiter Aufklärungsarbeit gerade bei den Mädchen und deren Eltern zu betreiben. Ins-

besondere die Lehre und die Vielfalt an verschiedenen spannenden Lehrberufen bieten vor allem auch den Mädchen besonders zukunftssträchtige und krisensichere Chancen. Der Lehrabschluss ist eine absolute Spitzenausbildung, die sich hinter der Matura oder auch einem Uni-Abschluss keinesfalls verstecken muss. Die Wirtschaftskammer NÖ hat daher in diesem Zusammenhang den flächendeckend in den niederösterreichischen Schulen angebotenen und durchgeführten „Begabungskompass“ durchgesetzt. Dieser soll die Orientierung erleichtern und die Angst vor angeblich „nicht geschlechtsspezifischen“ Berufen vermindern. Mädchen und Burschen steht gleichermaßen das ganze Berufsspektrum offen. Der Girls' Day in Klosterneuburg wird jedes Jahr von rund 50 Schülerinnen der Neuen Mittelschulen, der allgemeinen Sonderschule und des Polytechnischen Lehrganges Klosterneuburg besucht und von allen positiv angenommen. In Niederösterreich findet der Girls' Day in diesem Jahr bereits zum 13. Mal statt.

Ziel der Veranstaltung ist es, den Jugendlichen die vielen Möglichkeiten, sich beruflich zu entwickeln, zu vermitteln und sie bei der Berufs- und Ausbildungsentscheidung bestmöglich zu unterstützen. ■



Stadtkommune Klosterneuburg

SERVICE IM GEMEINDEBAU

Die Wiener HausbetreuerInnen kümmern sich in den Gemeindebauten nicht nur um die Reinigung der Anlagen. Sie decken mit ihrer Tätigkeit ein breites Spektrum an Aufgaben ab.

Mehr als 200 Wiener HausbetreuerInnen sind mittlerweile in den Gemeindebauten beschäftigt, um die Wohnanlagen fachgerecht zu reinigen. Außerdem führen sie weitere umfangreiche Serviceleistungen wie Kontrollgänge und Kleinreparaturen durch. Wiener HausbetreuerInnen erledigen konkret folgende Tätigkeiten:

- Reinigung der Wohnanlagen innen & außen
- Wartungsarbeiten
- Einleitung von Sofortmaßnahmen wie beispielsweise das Streuen des Weges bei Gefahr in Verzug und Verständigung des Winterdienstes, wenn der Gehweg der Wohnanlage von Schnee befreit werden muss
- Kontrolle der Wohnhausanlagen und die Meldung eventueller Mängel
- Persönliche AnsprechpartnerInnen vor Ort
- HausbetreuerInnen verrichten keinen Winterdienst, mit Ausnahme, es ist Gefahr in Verzug. Dann streuen sie die Gehwege.
- Konfliktmanagement

Die HausbetreuerInnen sind mittlerweile in 193 Wohnhausanlagen tätig und betreuen mehr als 1.500 Stiegen mit ca. 26.000 Wohnungen. Eine deutliche Mehrheit von 79 Prozent und damit vier von fünf befragten GemeindemietlerInnen antworten mit „Ja“ auf die Frage, ob die derzeitige Alternative, die Wien in der „Hausmeisterfrage“ entwickelt hat, dem Ergebnis der Volksbefragung und der Zusage, dieses Ergebnis ernst zu nehmen, entspricht. 89 Prozent der Befragten sind mit der Reinigung ihrer Wohnhausanlage im Innen- und Außenbereich „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. Auch bei den durchgeführten Wartungsarbeiten gaben 84 Prozent an, „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ zu sein.

EIN ERFOLGREICHES MODELL

Mit dem Modell der Wiener HausbetreuerInnen wurde von der Stadt Wien eine Alternative



WM 1820

Die Reinigung von Stiegenhaus und Wegen sowie die Durchführung kleinerer Reparaturen:
Das sind die Aufgaben der Wiener HausbetreuerInnen.

geschaffen, weil eine Anstellung von neuen HausbesorgerInnen nicht mehr möglich ist. Im Zentrum dieses Modells steht, dass die MitarbeiterInnen klar definierte Betreuungstätigkeiten haben und den BewohnerInnen vor allem auch als direkte AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen. Die andere Variante der Betreuung sind fixe Reinigungs-Teams, die die Anlage einmal in der Woche betreuen und an anderen Tagen für die Menschen z.B. telefonisch erreichbar sind.

In den bisher befragten 483 Wohnhausanlagen konnten sich die MieterInnen entscheiden, ob sie das Service von mobilen Teams der Haus- und Außenbetreuung oder von Wiener HausbetreuerInnen in Anspruch nehmen möchten. 56 Prozent der Befragungen gingen zugunsten der Wiener HausbetreuerInnen aus.

Weitere Infos für MieterInnen und BewerberInnen:

Interessierte melden sich bei:
Wiener Wohnen
Haus- & Außenbetreuung GmbH
Landstraßer Hauptstraße 99/1/3A
1030 Wien
Servicenummer: 0800 80 80 27
www.hausbetreuung-wien.at

Gesunde Stadt – Gesunde Jugend

Bei allen Veranstaltungen und Tagungen der Gesunden Städte kristallisiert sich das Thema Jugend als zentrales Motto und Arbeitsfeld heraus.

Der Mangel an Bewegung, ungesunde Ernährung, Umgang mit legalen oder illegalen Drogen, Probleme beim Berufseinstieg, Desinteresse an Informationen und Angeboten sind Bereiche, die es zu überwinden gilt. Die Städte geben sich alle Mühe, Angebote zu entwickeln; dabei gilt es, die Zielgruppe überhaupt zu erreichen. Schule, Arbeitsplatz, öffentlicher Raum sind die Orte, an denen die Jugendlichen zu erreichen sind.

Beispiele aus vier Gesunden Städten – Knittelfeld, Schwechat, Tulln und Villach – stehen stellvertretend für das Engagement und die Bemühungen der Städte, ihren Jugendlichen adäquate Angebote zu machen. Naturgemäß geht es bei diesen Beispielen auch um das Thema Gesundheit und Förderung des Gesundheitsbewusstseins, aber zwischen Arbeitswelt und Gesundheit gibt es ohnehin einen natürlichen Zusammenhang.

„Jung sein in Knittelfeld“

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie der Wunsch sich darüber auszutauschen, waren der Impuls zu einem Vernetzungstreffen aller Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Auf Initiative des Referates Kinder/Jugend/Familie der Stadtgemeinde Knittelfeld entstand daraus der Arbeitskreis „Prävention“. Dessen Ziele sind die Vernetzung der Institutionen, die Verbesserung der Kooperation sowie die Umsetzung konkreter Projekte.

Der Arbeitskreis

Schulen, die Polizei, die Bezirkshauptmannschaft, die Beratungsstellen, das Arbeitsmarktservice, die Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, die Kinderfreunde und der Verein Neustart sind nur einige der Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist groß. Die erklärten Ziele sind die Vernetzung der Institutionen, multiprofessionelle Zusammenarbeit, fachlicher Austausch und die Verbesserung der Kooperation. Auch Hilfestellung und

gemeinsame Projekte sind geplant. Auf kurzem Weg sollen Informationen ausgetauscht und die Arbeit beschleunigt werden. Allen Beteiligten ist klar, dass die Treffen keine „Kaffeekränzchen“ sind. In bisher sechs Meetings sind einige Projekte entstanden und umgesetzt worden.

Prävention als Thema

Die Polizei setzte mit dem Arbeitskreis Präventionsvorträge in den Schulen um, deren Zielsetzung es war, die örtliche Polizei als Ansprechpartner in konkreten Konfliktsituationen zu sehen, Hemmschwellen abzubauen und Tipps für die Vermeidung von möglichen Problemen zu geben. Informiert wurden die Schülerinnen und Schüler des BG & BRG Knittelfeld. Die Vortragsreihe wird an den Neuen Mittelschulen fortgesetzt.

Was tun, wenn Kinder nicht mehr das tun, was Erwachsene wollen? Was tun, wenn Unterricht nicht mehr möglich ist? Diese Fragen stellte Dr. Philip Streit vom Institut „Kinder, Jugend und Familie“ 250 Lehrerinnen und Lehrern, Eltern sowie den Mitgliedern des Arbeitskreises in einer Veranstaltung im Kultur- und Kongresshaus Knittelfeld. Die praxisbezogene Information zeigte einen Weg, wie es möglich ist, statt pädagogischer Ohnmacht gegenüber gewalttätigen Jugendlichen eine Strategie zu entwickeln. Auch hier soll es eine Fortsetzung geben.

Information über das vielfältige Angebot für Jugendliche

Die Gestaltung eines Infokataloges für Jugendliche, Eltern und Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, war ebenfalls eines der Projekte des Arbeitskreises. Nun liegt ein Sammelwerk an Adressen zu den Schwerpunkten Beratung, Bildung, Freizeit und Jugendräume auf; hier können alle Interessierten nachschlagen, was diesbezüglich angeboten wird. Weiters entstand die Idee, dass sich all jene Institutionen und Vereine, die im Katalog aufgelistet sind, persönlich den

Jugendlichen, Eltern und MultiplikatorInnen präsentieren. Im Rahmen der Informationsmesse „Jungsein in Knittelfeld“ stellten sich Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Sport- und Kulturvereine aus Knittelfeld vor. Parallel zur Messe wurden Impulsreferate zu verschiedensten Jugendthemen geboten. Die Themen waren „Neue Autorität“, „Sport und Gesundheit“ sowie über die Tücken des Internets und den sicheren Umgang damit.

Das Jugendreferat Knittelfeld

Die Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Knittelfeld begann vor über 20 Jahren mit der Gründung des Referates „Kinder, Jugend und Familie“. Ziel war und ist, den Jugendlichen näherzubringen und zu vermitteln, dass die Gemeinde keine anonyme Behörde, sondern ein Ort der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensraumes ist. Die jungen Menschen sollen motiviert werden, sich einzubringen und sich mit dem eigenen Lebensumfeld auseinanderzusetzen sowie sich in den Entwicklungsprozess einzubringen. Bereits zwei Mal wurden mehr als 140 Jugendliche eingeladen, im Rahmen eines „Open Space“ ihre Ideen und Wünsche zu äußern. Knittelfeld hat außerdem einen Kindergemeinderat und einen Jugendstadtrat.

Freude an Bewegung in Schwechat

Mit der Stadt Schwechat und der Sportvereinigung Schwechat (SVS) bringt die österreichische Sport-Öffentlichkeit viele AusnahmesportlerInnen und die mit ihnen verbundenen Glanzleistungen in Verbindung. Sie bilden zusammen mit weiteren rund 150 LeistungssportlerInnen in insgesamt 15 Sportarten die Spitze der Schwechater Pyramide; darunter sind über 2.500 Jugendliche, die über ihre Schulen und das poly-sportive Angebot des Schwechater Jugendsports und der Sportvereinigung Schwechat ihre ersten positiven Erfahrungen mit den Freuden der Bewegung machen.

Das magische Dreieck „Schule-Gemeinde-Verein“ und in späterer Folge die Kindergärten definierten ihre gemeinsamen Ziele. Heute nach 20 Jahren gelebter Kooperation ist für alle Beteiligten eine Win-win-Situation nachgewiesen.

Zusätzliche Turnstunde: Nach Gesprächen mit den VolksschullehrerInnen startete Schwechat mit sämtlichen vierten Volksschulklassen der Stadtgemeinde unter dem Namen „Volksschulprojekt“ eine zusätzliche Turnstunde. Nach dem großen Erfolg folgten 1995 die dritten Klassen, und im Jahr 2002 die zweiten und 2003 dann auch die ersten Volksschulklassen. Die Gesamtbeteiligung über den jetzt erfassten Zeitraum von fast 20 Jahren steht bei derzeit 92 Prozent aller VolksschülerInnen.

Kindergartenprojekt: Den Schlüssel zu den Kindern, aber vor allem den Eltern, schuf das „Kindergartenprojekt“. Seit 2003 werden in sämtlichen Kindergärten der Stadtgemeinde einfache Bewegungstests und Bewegungseinheiten durchgeführt, deren Ergebnisse in Einzelgesprächen den Erziehungsberechtigten mitgeteilt werden; sie werden auch mit den Kindern zum Kleinkindturnen der Stadt – das in den Turnsälen der Volksschulen stattfindet – eingeladen. Dieses Projekt läuft heuer das zehnte Jahr und bringt knapp 50 Prozent der Vier- bis Sechsjährigen in die Schwechater Turnsäle.

Schul- und Stadtmeisterschaften: Ein wichtiges Standbein der Schwechater Kooperation sind die regelmäßigen Stadt- und Schulmeisterschaften. Aus einem Bewerb im Schuljahr 1992/93 mit 108 TeilnehmerInnen sind im Jahr 2012/13 19 Bewerbe mit über 6.000 TeilnehmerInnen geworden. In den „großen“ Schwechater Sportarten wie Leichtathletik, Schwimmen, Fußball, Tischtennis und Volleyball werden diese Halbtagesbewerbe für VolksschülerInnen, Haupt- und MittelschülerInnen sowie der Spaßbewerb Takeshi abgehalten. Die Stadtgemeinde und der Verein helfen bei der Ausarbeitung und letztendlich bei der Realisierung. Regelmäßig zu Schulbeginn wird in der ersten Schulkonferenz an allen Schulen der ganzjährige Bewegungsterminplan diskutiert und dann abgestimmt präsentiert. Ziel ist jeweils die Teilnahme von Klassenverbänden. Je nach Jahrgang werden so in der

Kooperation „Schule-Gemeinde-Sportverein“ im Monatsabstand neun Aktivitäten für jede Schulstufe angeboten.

Spezialisierung und Umstiegsmöglichkeiten: Je nach den Notwendigkeiten der Sportarten wird neben fortgesetzten poly-sportiven Stunden der Umstieg in 15 in Schwechat ausgeübten Sportarten angeboten. Der Einstieg ist überall jederzeit möglich. Das Angebot in Schwechat wird in Form eines Informationsblattes von den Jugend-sportbetreuerInnen und LehrerInnen an alle Jugendlichen verteilt.

Das Tullner Jugendzentrum

Bereits seit 13 Jahren bietet die Stadtgemeinde Tulln den Jugendlichen im Jugendzentrum die Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung. Aufgrund der ständig wachsenden BesucherInnenzahlen war im Vorjahr eine Übersiedlung in ein größeres Gebäude erforderlich.



Rasch wurden auf Initiative der Stadtgemeinde Tulln geeignete Räumlichkeiten gefunden, die saniert und adaptiert wurden und nunmehr das Tullner Jugendzentrum und die Beratungsstelle „EXIT“ beherbergen. Das Platzangebot ist wesentlich größer und bietet die Möglichkeit, Workshops und Projekte mit und für die Kids zu organisieren. Das Jugendzentrum ist unter der Woche nachmittags geöffnet und wurde im Jahr 2013 von etwa 4550 Kids genutzt. Aktuell sind es rund 80 Jugendliche täglich.

Die Räumlichkeiten

Das Jugendzentrum, kurz JUZ genannt, teilt sich in drei Räume auf, wobei der

Hauptraum mit Billardtisch, Playstation, Video-Beamer, Wuzler und einer Bar ausgestattet ist. An der Bar können alkoholfreie Jugendgetränke, Snacks und Süßigkeiten konsumiert werden. Ein weiterer Raum beherbergt vier Computer – alle mit Internetzugang – und bietet die Möglichkeit, in Ruhe zu lesen oder Hausaufgaben zu machen. Der dritte Raum lädt mit einer gemütlichen Sofalandschaft zum Chillen oder Brettspiele Spielen ein. In der Küche wird gemeinsam gekocht und gebacken. Als gesunde Alternative gibt es täglich frische Äpfel und Karotten gratis. Auch Tee und Dicksäfte werden kostenlos angeboten. Auf dem Hof des Jugendzentrums steht ein Tischtennistisch: in den Sommermonaten wird der Außenbereich auch für gemeinsame Grillaktionen oder als Freiluft-Sitzbereich genutzt. In nächster Zeit soll auch ein Kellerraum für die Ausrichtung größerer Events nutzbar gemacht werden.

Das Team

Das Team des Jugendzentrums besteht derzeit aus vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen immer mindestens zwei während der Öffnungszeiten anwesend sind. Im Vordergrund steht, Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren eine Möglichkeit zu bieten, ihre Freizeit in einem geschützten Rahmen anonym und ohne Konsumationszwang zu verbringen.

Das Team sieht seine primäre Aufgabe in der Förderung junger Menschen bei der Entwicklung zu jungen Erwachsenen. Dabei ist Freiwilligkeit ein wichtiges Prinzip der Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendzentrums sind für

AUS DEM STÄDTEBUND

die Besucherinnen und Besucher die erste Anlaufstelle bei jugendrelevanten Themen (Mobbing, Gewalt, Sucht, Sexualität, Schule, Beziehung, Eltern, ...). Je nach Art des Anliegens können Beratungsgespräche in den Räumlichkeiten des Jugendzentrums oder in der daneben befindlichen Beratungsstelle anonym, vertraulich und kostenlos durchgeführt werden. Im Bedarfsfall werden die Jugendlichen an geeignete Einrichtungen weitervermittelt.

Aktionen und Projekte

Jeden Dienstag ist „Projekttag“: da stehen gemeinsames Kochen, Mal- und Raumgestaltungsarbeiten, die Organisation von Festen, Besuche im Tullner Aubad, Filmtage oder das Abhalten von Billard-, Tischfußball- oder Tischtennisturnieren am Programm.

Darüber hinaus werden Workshops mit Themen angeboten, welche die Kids aktuell beschäftigen und zu denen sie Fragen haben – im Jahr 2013 waren das z.B.:

- Workshop zum Thema Konsumverhalten (Rauchen, Alkohol, ...);
- Fußballworkshop: Woher kommt der Fußball? Kids erfahren über schlechte Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit in Produktionsländern;
- Sexualität: Alles, was man wissen muss/will;
- richtiger Umgang mit Medien (Facebook, Whats App, Handy, ...);
- Kinder- und Jugendanwaltschaft: Fragen zum Thema Jugendschutz.

Der Fußballworkshop kam am besten an: Die Workshopleiterinnen und Workshopleiter hatten auch eine „Scheiberlkiste“ – ein ca. vier Meter mal zwei Meter großer Holzrahmen mit zwei Toren – dabei. In diesem Fußballfeld konnten die Kids „Eins gegen Eins“ antreten und ihr Können unter Beweis stellen. Nebenbei wurden in kleinen Teams Bälle selbst genäht, Produktionsländer auf der Weltkarte gesucht, Fußballausrüstung aus vergangenen Tagen mit den aktuellen Sportartikeln verglichen, usw. Auf diese Weise wurden die Kids dafür sensibilisiert, dass Sport, Mode und Konsumverhalten in Europa auch etwas mit den Arbeitsbedingungen in Pakistan, Indien oder China zu tun hat.

Villach: Jugend stark machen – zu stark für Süchte

Mit dem „Netzwerk gegen Sucht“ sensibilisiert die Stadt Villach seit 13 Jahren ihre Kinder und Jugendlichen. „Abhängigkeiten und Sucht sind für die Gesundheitspolitik eine sehr große Herausforderung. Wir in Villach stellen uns seit Jahren dieser Aufgabe und haben das ‚Netzwerk gegen Sucht‘ gegründet. Ziel ist, durch Veranstaltungen in Schulen und Kindergärten sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen Persönlichkeits- und Bewusstseinsbildung in Hinblick auf Suchtvorbeugung zu erreichen“, sagt Bürgermeister Helmut Manzenreiter.

10.000 Personen in 280 Veranstaltungen: Das Villacher „Netzwerk gegen Sucht“ – eine Vernetzung von rund 25 Institutionen, die im Suchtberatungsbereich arbeiten – besteht seit dem Jahr 2001. In den vergangenen Jahren haben mehr als 10.000 Personen an den 280 Diskussionsrunden, Ausstellungen, Messen, Seminaren und Workshops zum Thema Suchtprävention in Villach teilgenommen. Besonders Kindergärten und Schulen sind entscheidende Erfahrungsräume, um den Grundstein für eine drogen- und suchtfreie Kinder- und Jugendzeit zu legen. Bgm. Manzenreiter: „Seelisch ausgeglichene, ICH-starke und selbstbewusste Kinder entwickeln sich zu selbständigen, realitätstüchtigen und kritikfähigen Jugendlichen und Erwachsenen, die keine Drogen konsumieren.“

Verhindern statt behandeln: Sucht beschränkt sich nicht nur auf den Umgang mit bestimmten Stoffen wie Tabak, Alkohol oder Drogen. Jedes menschliche Verhalten kann auch zur Sucht werden, und genau das müssen junge Menschen möglichst früh begreifen und erkennen lernen. Die beste Methode der Suchtverhinderung

ist nicht die Behandlung, sondern die Vorsorge. Dass diese eben sehr viel früher beginnen muss, als lange vermutet, ist längst eine bekannte Tatsache. Suchtentstehung passiert langsam; es wirken individuelle, gesellschaftliche und suchtmittelspezifische Faktoren zusammen. Auch die Suchtvorbeugung ist ein langer Prozess, der an diesen verschiedenen Faktoren ansetzt und somit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen ist. Suchtprävention als wesentlicher Anteil von Gesundheitsförderung kann nicht einfach an Fachleute delegiert werden. Sich präventiv zu verhalten, ist etwas, das jeder für sich selbst tun muss.

Jährlicher Schwerpunkttag: Einmal im Jahr findet in einer Villacher Schule ein Schwerpunkttag zum Thema Suchtvorbeugung statt. Nächster Termin ist der 26. Februar 2014 in der Neuen Mittelschule Landskron. Neben einem Überblick über die Beratungsangebote – speziell im Bereich der Primärprävention –, einem Büchertisch und Möglichkeiten zu informativen Gesprächen und Diskussionen steht am Abend bei freiem Eintritt immer auch eine Podiumsdiskussion mit Fachkräften auf dem Programm.

Info: www.jugendlebtstadt.at

Dr. Peter Lüftenegger



Um junge Menschen für das Thema Sucht zu sensibilisieren, wurde in Villach auf Initiative von Bürgermeister Helmut Manzenreiter vor 13 Jahren das „Netzwerk gegen Sucht“ eingerichtet.

AUS DEM STÄDTEBUND

KWF 2014: Public Leadership – aktiv, nachhaltig, jetzt!

Die Zeiten, in den sich Kommunen auf einen Geldsegen durch den Bund verlassen können, sind vorüber. Leadership ist das Thema – dem sich das vierte KWF mit hochkarätigen Referenten heuer in Baden bei Wien widmet.



Österreichs Kommunen konnten 2012 die Finanzschulden um 282,5 Mio. Euro bzw. 2,4 Prozent auf 11.359 Millionen Euro reduzieren. Die Gemeinden setzen ihren Konsolidierungskurs aus den Vorjahren erfolgreich fort. Dennoch, die Kommunen sind unter Druck, nachhaltiges Wirtschaften erfordert neue Konzepte und mehr Selbstverantwortung. Unter dem Leitthema „Public Leadership – aktiv, nachhaltig, jetzt!“ stellt das vierte Kommunalwirtschaftsforum, KWF, in Baden bei Wien mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten aus der Wissenschaft und Praxis, die brennendsten Fragen der kommenden Jahre ins Zentrum. Das jährliche Forum bietet Raum für interdisziplinären Know-how-Austausch und basiert auf der Initiative von Deloitte, PORR, Raiffeisen-Leasing, Siemens AG Österreich und VASKO+PARTNER. Das KWF 2014 steht unter der Schirmherrschaft von Gemeindebund und Städtebund.

Edgar Hauer, Sprecher des KWF 2014, erläutert die Inhalte: „Das Kommunalwirtschaftsforum will den Kontakt zwischen öffentlichen und privaten Partnern forcieren und Perspektiven wie auch neue Wege

der öffentlichen Hand für die Zukunft aufzeigen. Wir diskutieren und erarbeiten Rahmenbedingungen, um einen erfolgreicher Weiterbestand und eine positive Entwicklung der Gemeinden garantieren zu können. Der Blick von außen wie auch der Kontakt zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis, ist uns dabei sehr wichtig. Mit zahlreichen visionären Beispielen aus der Praxis und innovativen Ideen für partnerschaftliche Projekte, legen wir die Latte für die Zukunft der Gemeinden hoch. Entscheidungsträger aus den Kommunen wie auch von Unternehmen, welche im kommunalen Bereich Kompetenz vorweisen können, profitieren von unseren Keynotespeakern wie auch den Workshops, die wir straff nach den aktuellen Themen gliedern.“

Welche Herausforderung für Gemeinden wird zukünftig eine der wichtigsten sein?

„Die soziale Nachhaltigkeit ist mit Sicherheit der entscheidende Knackpunkt für eine erfolgreiche Gemeinde, mit einer prosperierenden Wirtschaft und einer zufriedenen Gesellschaft.“

Welche Veränderungen stellen Sie bei Kommunen fest?

„Gemeinden und Städte müssen beginnen, unternehmerisch zu agieren. Das bedeutet weit mehr, als nur eine Gewinn- und Verlustrechnung anzustellen – und mehr, als nur die öffentliche Versorgung sicherzustellen. Der Stellenwert von Kooperationen steigt auf diesem Weg sicherlich.“

Womit dürfen Teilnehmer beim KWF rechnen?

„Neben visionären Gedankenanstößen – unter anderem von Keynotespeaker Kuno Schedler, Professor der Hochschule St. Gallen – präsentieren wir unkonventionelle Lösungen und eine Vielzahl an Praxisbeispielen. Wichtig ist uns jedoch auch der interdisziplinäre Know-how-Austausch zwischen Entscheidungsträgern, den wir als KWF exklusiv bieten.“

Infos:
Kommunalwirtschaftsforum 2014
20.–21. März 2014
Congress Casino Baden
www.kommunalwirtschaftsforum.at

MBA Public Management – Im Fernstudium

Der „MBA Public Management“ des AIM Austrian Institute of Management der FH Burgenland richtet sich an öffentlich Bedienstete und politische MandatarInnen, die eine Führungsposition anstreben. Der MBA bietet vertiefte und anwendbare Kenntnisse in allen Bereichen der Hoheits- und Privatwirtschafts-verwaltung, vor allem der Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Der MBA kann berufsbegleitend absolviert werden. Ein Studienstart ist jederzeit möglich.

Mag.(FH) Daniela Schuster, Geschäftsführerin AIM Austrian Institute of Management

Das Fernstudium MBA Public Management festigt und erweitert die Managementkompetenz öffentlich Bediensteter und politischer MandatarInnen für die öffentliche Verwaltung und für die öffentliche Wirtschaft. Im Basisstudium bietet der MBA grundlegende betriebswirtschaftliche Kenntnisse sowie rechtliche Grundlagen und eine Einführung in Informations- und Kommunikationstechnologien. Inhaltliche Schwerpunkte der Vertiefung sind neben Public Management und öffentlicher Sektor die Themenbereiche Finanzierung öffentlicher Haushalte, Kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere bedarfsgerechtes Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen sowie Verwaltungs- und Strukturreformen durch Gemeindekooperationen und Fusionen. Den Abschluss des Studiums bildet die Masterarbeit.

Zielgruppe

Der MBA Public Management richtet sich an politische MandatarInnen und öffentlich Bedienstete mit Berufserfahrung. Zielgruppe sind Personen, die:

- ihre Fachkompetenz im Bereich der öffentlichen Verwaltung erweitern möchten,
- sich betriebswirtschaftlich weiterbilden möchten,
- berufsbegleitend einen akademischen Abschluss anstreben,
- Interesse an einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung haben, mit dem Ziel, für höherwertige Führungspositionen die notwendigen fachlichen Qualifikationen zu erwerben.

Studieren ohne Matura

Der MBA eignet sich für alle Personen, die durch eigenverantwortliches Lernen eine erstklassige, betriebswirtschaftliche

Zusatzausbildung erwerben möchten. Zugelassen zum Studium sind daher auch Personen, die zwar noch keine akademische Vorbildung haben, dafür aber Hochschulreife und mehrjährige Berufserfahrung vorweisen können. Aber auch ohne Matura ist der Einstieg in den MBA über einen vorhergehenden ExpertInnenlehrgang möglich.

Studieren in Fernlehre

Der MBA wird berufsbegleitend in reiner Fernlehre oder in Blended Learning (Präsenzveranstaltungen + Fernlehre) angeboten. Der Studienstart ist jederzeit möglich; das Studientempo ist individuell gestaltbar und den beruflichen Erfordernissen anpassbar. Die Studieninhalte werden über eine multimediale Lern- und Kommunikationsplattform bereitgestellt und sind von überall auf jedem mobilen Gerät abrufbar. Trotz Fernlehre ist man im Studium nicht alleine: über eine Plattform ist technischer und administrativer Support gewährleistet. Fragen an die LehrveranstaltungsleiterInnen und Austausch mit anderen Studierenden ermöglicht ein Livechat.

Anbieter

Anbieter des MBA Public Management ist die AIM Austrian Institute of Management GmbH – eine Tochtergesellschaft der Fachhochschule Burgenland – in Kooperation mit dem Institut für Kommunalwissenschaften (IKW). Der Österreichische Städtebund, der Österreichische Gemeindebund und der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWG) begrüßen die Ausbildung. Die langjährige Erfahrung der Fachhochschule Burgenland in der Ausbildung auf Masterniveau garantiert die wissenschaftliche Qualität des MBA-Programms. Das technische Know-how kommt vom Bildungsinstitut „WWEDU World Wide Education“.

Abschluss

Die FH Burgenland verleiht den AbsolventInnen den akademischen Grad „Master of Business Administration Public Management“, abgekürzt MBA Public Management.

www.aim.ac.at



Stadtteilsanierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz:

Das Forschungsprojekt D-A-CH

Die transnationale Vernetzung von Smart-Cities-Demo-Projekten in den Städten Salzburg, Karlsruhe und Winterthur.

Helmut Strasser (SIR – Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen)

Dieses Forschungsprojekt in den drei Städten Salzburg, Karlsruhe und Winterthur baut auf zwei wesentlichen Kernthesen auf:

(1) Auf der Organisationsebene einer Stadt können energieeffiziente und CO₂-mindernde Strukturen der Energie-Nutzung und -versorgung viel kosteneffizienter und schneller erreicht werden, wenn sich möglichst viele Akteure (Entscheidungsträger, Haushalte, Investoren etc.) zeitlich simultan den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung der Energiestrukturen in einer Stadt (und ihrer Umgebung) stellen (Multilevel Governance).

(2) Durch die Vernetzung von drei Städten (Karlsruhe, Salzburg und Winterthur) mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf der nationalen Politikebene und mit einem Erfahrungsaustausch werden Lern- und Synergieeffekte für die drei D-A-CH-Städte erzielt (Beschleunigung des Lernens, schnellere, kosteneffizientere Realisierung innovativer Investitionen und organisatorischer Neuerungen) sowie eine beschleunigte Energieeffizienzsteigerung erreicht.

Demnach setzt sich die erste Projektphase (rund einjährige Konzeptphase) zum Ziel, durch einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch, durch eine begleitende Evaluation sowie durch parallele Projektgruppen zu Themen der Energieeffizienz im Bereich der Gebäude, der privaten Haushalte, der Wirtschaft und der Energieerzeugung, des Verkehrs und der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit konkrete Umsetzungsprojekte auszuarbeiten. Im Grundsatz bestehen ja zwischen den drei Ländern und ihren Städten große wechselseitige Lern-Potentiale für erfolgreiche Politik-Instrumente bzw. Instrumente-Bündel, die man durch eine zeitlich parallele Anstrengung

und begleitende Evaluation in die jeweils anderen Länder transferieren könnte. Dies trifft neben der Landesebene vor allem auch auf Stadtebene zu. Das Projekt wurde im September 2013 gestartet. Sieben Themenbereiche wurden bereits identifiziert, welche für eine Kooperation der drei Städte geeignet scheinen: Stadtteilsanierung, Versorgung, kommunale Gebäude, Verkehr, Industrie und Gewerbe, Kommunikation sowie Forschung und Entwicklung.

Siedlungssanierungsbeispiele

Beispielsweise ist Stadtteilsanierung eine Herausforderung für jede dieser drei Städte. Einerseits ist eine erfolgreiche Energie- und Klimaschutzpolitik ohne Erfolge im Gebäudebestand nahezu unmöglich. Andererseits fehlen oft die wirkungsvollen Ideen und Instrumente. Die Stadt Salzburg versucht hier auf Basis vorangegangener Erfahrungen sowie einer Gebäudestrukturanalyse gemeinsam mit den Wohnbaugesellschaften in der Stadt Salzburg räumliche Sanierungsschwerpunkte zu setzen. Bei diesen sollen neben der thermischen Sanierung vor allem auch durch Aufwertungen im Bereich der Infrastruktur und durch Berücksichtigung von BewohnerInneninteressen Win-win-win-Situationen geschaffen werden. Diese komplexen Planungsvorgänge verlangen ein klares Rollenverständnis der Beteiligten, welches im Lauf des Projekts näher ausgearbeitet werden wird. Hingegen wird in der Stadt Karlsruhe das Konzept der Konvoi-Sanierung verfolgt: bei diesem sollen „Mitnahmeeffekte“ in Nachbarschaften bewusst und aktiv gesteuert werden. In Winterthur wird gerade ein Quartierssanierungsprojekt vorbereitet. Die Konzeptentwicklungen werden durch eigene Sanierungs-Projektgruppen in den drei Städten intensiv ausgetauscht und evaluiert.



Auf den Aktivitäten – so wie oben beispielhaft für den Themenschwerpunkt Siedlungssanierung skizziert – und deren ersten Erfahrungen soll das vorgeschlagene Forschungs- und Pilot-Projekt aufbauen und zu der Erkenntnis beitragen, welche Instrumente besonders erfolgreich sind, wie sie im Kontext der nationalen Rahmenbedingungen zu bewerten sind und in welcher Form sie für die beiden Städte in den zwei anderen DACH-Ländern (und damit auch für viele Städte in allen drei D-A-CH-Ländern) ein nachahmenswertes Beispiel sein könnten.

FAZIT

Der Mehrwert des gemeinsam durchgeführten D-A-CH-Projektes besteht in den Vorteilen des Lernens an zeitlich vorangelaufenen Projekten in den Partnerstädten und den Erfolgsfaktoren ähnlicher Projekte und Instrumente der Partnerstädte, die aber unter unterschiedlichen nationalen und kommunalen Rahmenbedingungen realisiert werden. Dieses schnellere Lernen durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch der beteiligten Partnerstädte führt langfristig zu schnellerem Wissenstransfer in viele Städte der drei beteiligten Länder.

www.dach-energieeffiziente-stadt.eu



Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten: Vermögensbewertung im Mittelpunkt

Am 9. und 10. Oktober 2013 war die Haushaltsreform des Bundes das Hauptthema beim Fachausschuss in Krems an der Donau.

Mag. Oliver Puchner, Österreichischer Städtebund

Der auf der Bundeshaushaltsrechtsreform basierende Vorschlag des Bundesministeriums für Finanzen zu einer neuen Vorausschlag- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) entspricht in großen Zügen den IPSAS (International Public Sector Accounting Standards).

Folgende Punkte sind gegenüber der bestehenden Systematik besonders hervorzuheben:

- Drei Rechnungen (Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt) statt der bisherigen Konzentration auf die Finanzierungsrechnung, wobei es beim Vermögenshaushalt keinen Voranschlag, sondern nur einen Rechnungsabschluss geben soll.
- Gliederung in Bereichs-, Global- und Detailbudgets, wobei die aktuelle Posten- und Ansatzgliederung bestehen bleiben soll und die Konten nur aggregiert werden sollen. Für die Bereichsbudgets kommen etwa die bekannten Gruppen 0-9 in Betracht.

- Für die Bereichs- und Globalbudgets sind Wirkungsziele und Maßnahmen zu definieren und deren Erreichung auch zu evaluieren.
- Gut die Hälfte der Bestimmungen regelt die Vermögensbewertung, was schon daraufhin weist, dass hier ein sehr großer Aufwand entstehen wird. Auch sind noch viele Detailfragen zu klären und an die Realität der Städte und Gemeinden anzupassen.

Zu manchen komplizierten Detailfragen, wie etwa die Bewertung von Fremdwährungsgeschäften und abgeleiteten Finanzgeschäften sowie die Darstellung der Beteiligungen, wird es noch Ausführungen in einem Handbuch geben. In puncto Komplexität der Vermögensbewertung wird klargestellt, dass es keinen Zwang zu neuen Gutachten gibt, aber bereits vorliegende herangezogen werden sollen. Die Erfahrungen – wie etwa auch der gastgebenden Stadt – zeigen, dass schon die lückenlose Erfassung sämtlicher Liegenschaf-

ten samt den Immobilien und den verbundenen Rechten äußerst aufwändig ist. Vielfach müssen Vereinfachungen angedacht werden bzw. Grundsatzentscheidungen zu Bewertungsgrundsätzen getroffen werden (z.B. Bewertung von öffentlichem Gut, Straßen, etc.).

Eine besondere Herausforderung sind die Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Vielzahl an verschiedenen Modellen von Public-Private-Partnerships.

Der Zeitplan, den etwa die LandesfinanzreferentInnenkonferenz (LFRK) im April 2013 mit dem Starttermin 2018 festgelegt hat, wird von den Städten und Gemeinden als überaus ambitioniert gesehen.

Generell wird das Verhältnis von Umstellungsaufwand und Erkenntnisgewinn in Frage gestellt. So sind Gestaltungsspielräume gerade in der doppischen Vermögensbewertung möglich und die Rechnungsabschlüsse bereits jetzt sehr umfangreich.

Fachausschuss für Schulverwaltung: Schule und Migration

Am 2. und 3. Oktober 2013 waren Schulen mit hohem Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund und sozialer Benachteiligung, die Schulbelastung und der Ausgleich durch einen Belastungsindex Schwerpunktthemen des Fachausschusses für Schulverwaltung in Steyr.

Mag.^a Sevim Aksakalli, Österreichischer Städtebund

Nach der Begrüßung durch die Steyrer Schulstadträtin Ingrid Wexelberger sowie den Vorsitzenden des Ausschusses, Herbert Just (Graz), stand folgendes Schwerpunktthema auf dem Programm: Schulen mit hohem Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund und sozialer Benachteiligung sowie österreichische Befunde und internationale Erfahrungen damit.

Der Vortrag zu diesem Thema wurde von Barbara Herzog-Punzenberger (BIFIE - Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens) abgehalten.

Schulbelastung und Ausgleich durch einen Belastungsindex

Neben individuellen Maßnahmen sollten auch Handlungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen dieser Schulen mit besonders schwierigen Ausgangslagen gesetzt werden. Wichtig ist beispielsweise die Zusammenlegung von Schulen oder eine entsprechende Wohnbaupolitik: es lohnt, sich mit diesen Themen intensiver auseinanderzusetzen.

Es wäre aber falsch, nur auf diese Strategien zu setzen, da Segregation schwer zu vermeiden ist. Daher wird empfohlen, dringend neue Wege zu gehen.

Eine wichtige Voraussetzung, dass diese Schulen die an sie gestellten Herausforderungen bewältigen können, ist, dass sie mehr Spielraum erhalten.

Folgende Schritte wären notwendig:

- diese Schulen sollten mehr finanzielle Mittel erhalten;
- realisierbar wäre dies durch eine an einen Sozialindex gebundene Förderung;
- abhängig vom Index würde eine Schule 100+x Ressourcen bekommen;
- 100 wäre die Standardfinanzierung und x der Zusatzbedarf für den Ausgleich sozialer Benachteiligungen.

Indexbasierte Finanzierungsmodelle werden in der Schweiz, den Niederlanden, oder auch in Deutschland (Hamburg) bereits praktiziert und von der OECD ausdrücklich empfohlen.

Würdigung des Vorsitzenden

Der langjährige Vorsitzende Herbert Just tritt nach zehnjährigem Engagement im Fachausschuss für Schulverwaltung mit Frühjahr 2014 seinen Ruhestand an. Herbert Just übernahm im Mai 1996 die Funktion des Abteilungsvorstandes des Stadtschulamtes (seit Juni 2013 Abteilung für Bildung und Integration) und ab Oktober 1997 war er auch Amtsdirektor des Bezirksschulrates, Mitglied des Lenkungsteams zur Steuerung der Magistratsreform, Leiter des Projektes für die 2002 beschlossene neue Magistratsstruktur sowie Vorsitzender der Disziplinaroberkommission des Magistrates Graz (von 2001 bis 2008).

Der Österreichische Städtebund dankt Herbert Just für seinen jahrelangen persönlichen Einsatz zu kommunalen Bildungsfragen und die hervorragende Zusammenarbeit.

Der nächste Ausschuss für Schulverwaltung findet am 23. und 24. April 2014 in Bregenz statt.



Fachausschuss für Umwelt:

Feinstaub und Hochwasser im Fokus

Bei der Sitzung des Umweltausschusses in Innsbruck am 20. Juni 2013 stellte neben der Feinstaubproblematik auch das Hochwasser einen Schwerpunkt dar. Dabei wurden der Ausweis von potenziell gefährdeten Gebieten und die damit verbundenen Erfordernisse von Rückwidmungen nach dem Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 vorgestellt.

Dr. Guido Dermbauer, Österreichischer Städtebund

Laut Dr. Peter Hollmann vom Amt der Tiroler Landesregierung begann man im Jahr 2011 mit der Erhebung von Hochwasser-rückhalteräumen. Die Bestandsaufnahme ist mittlerweile zwingender Inhalt des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011. Dabei kommt es zur Erhebung von durch Naturgefahren gefährdeten Gebieten, wobei bestehende Gefahrenzonenpläne – soweit diese vorhanden sind – herangezogen werden. Eine örtliche Raumordnung fängt immer mit einer Bestandsaufnahme an, wobei das örtliche Raumordnungskonzept zehn Jahre Gültigkeit hat und die räumliche Entwicklung regelt. Im Flächenwidmungsplan, der die zulässige Nutzung für jedes Grundstück der Gemeinde unter Beachtung der Vorgaben des örtlichen Raumordnungskonzeptes festlegt, sind unter anderem Gefahrenzonen, Nutzungsbeschränkungen und von Raumordnungsprogrammen betroffene Bereiche kenntlich zu machen. Diese Bereiche umfassen Gebiete für Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren und zur Freihaltung von Hochwasserabflussbereichen oder Rückhalteräumen.

Keine Forderung nach Bauverbot in roten Zonen

Die Forderung nach einem generellen Bauverbot in roten Zonen gibt es in Tirol nicht. Dies wird nur in zwei Bundesländern (Steiermark, Niederösterreich) umgesetzt. In Tirol dürfen durch gravitative Naturgefahren gefährdete Grundflächen nur unter bestimmten Voraussetzungen als Bauland oder Vorbehaltsfläche gewidmet werden. So hat die Gefährdung durch eine bestimmte Anordnung oder bauliche Beschaffenheit von Gebäuden, sonstige bauliche Vorkehrungen (Verbauungsmaßnahmen) oder organisatorische Vorkehrungen für Sicherheitskonzepte ausgeschaltet zu werden.

In Tirol gibt es keine Erweiterung in Bereiche mit erheblich höherem Gefährdungspotenzial (z.B. von gelb auf rot) und keine Beeinträchtigung wesentlicher Hochwasserabflussbereiche und -rückhalteräume. Die Einholung facheinschlägiger Gutachten ist zwingend im Raumordnungsgesetz und Baurecht vorgeschrieben. Damit gibt es in Tirol ein weitgehendes Verbot, in roten Zonen zu bauen. Weiters gilt es, aktuelle Gefahrenzonenpläne zu berücksichtigen, da sich mit der Zeit immer Änderungen ergeben.

Ausschaltung der Gefährdungen

Eine Widmung als Sonderfläche ist nur unter bestimmten Bedingungen zulässig. Eine Ausschaltung der Gefährdung hat auch hier zu erfolgen. Kommt es zu einer obligatorischen Änderung von Planungsinstrumenten, besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Rückwidmung, soweit keine andere Beseitigung des Widerspruchs möglich ist. In den örtlichen Raumordnungskonzepten wäre dies bei Änderung der zugrunde liegenden Gegebenheiten oder bei Widersprüchen zu Raumordnungsprogrammen oder anderen vorrangigen raumbedeutsamen Planungen

und Maßnahmen des Landes gegeben. Bei den Flächenwidmungsplänen würde dies z.B. bei Widersprüchen zum örtlichen Raumordnungskonzept schlagend werden. Ist also laut Gefahrenzonenplan eine sichere Nutzung nicht machbar, gibt es rechtlich keine Möglichkeit der weiteren Nutzung mehr. Allerdings gibt es eine Verpflichtung zum Ausgleich des Wertverlustes bei Umwidmungen, insbesondere bei Rückwidmungen bei Vorliegen eines Sonderopfers (Wenige haben den Schaden, damit die Mehrheit einen Nutzen hat). Kein Entschädigungsanspruch wird gewährt, wenn die EigentümerInnen eine Umwidmung schriftlich angeregt oder ihr zugestimmt haben bzw. eine Baulandeignung nicht oder nicht mehr besteht. Die Frist für die Geltendmachung gegenüber der Gemeinde beträgt ein Jahr ab Inkrafttreten der Umwidmung; die Frist für den Festsetzungsantrag an die Bezirksverwaltungsbehörde beträgt ein Jahr ab Geltendmachung bei der Gemeinde. Die Rückzahlungsverpflichtung durch den/die EigentümerIn bei Wiederherstellung der ursprünglichen Widmung gilt innerhalb von 15 Jahren. Entschädigungsverfahren laufen dabei über die Bezirksverwaltungsbehörden.



Vizebürgermeisterin Mag.^a Sonja Pitscheider (1. Reihe, 3. von links) mit den TeilnehmerInnen des Umweltausschusses in Innsbruck.

EIN GUTES GEFÜHL

Wien bietet den Menschen Unterstützungsangebote in allen Lebenslagen an, die Vertrauen schaffen: Gratis-Kindergartenplatz, Beratungs- und Infostellen für Jugendliche sowie zur beruflichen Weiterbildung.



UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE JUGEND

Junge Menschen werden mit ihren Anliegen, Anregungen, Wünschen und Problemen in Wien ernst genommen. Derzeit ist mehr als ein Viertel aller WienerInnen jünger als 26 Jahre. Sie erhalten von der Stadt Wien die bestmögliche Unterstützung. Die Prämisse aller Angebote lautet dabei Offenheit, Partizipation und Hilfestellung. Um das zu gewährleisten, investiert die Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Bezirken jährlich rund 41 Millionen Euro. In der Jugendarbeit sind ca. 1.000 MitarbeiterInnen in rund 25 Vereinen tätig. Erfolgreiche Angebote sind beispielsweise FAIR-PLAY oder die Parkbetreuung: Geschulte Teams sprechen im öffentlichen Raum die Jugendlichen an, um zu helfen und zu vermitteln. Und die Eröffnung neuer Jugendzentren in den Stadtentwicklungsgebieten soll sicherstellen, dass Jugendliche im Falle des Falles hochprofessionelle Unterstützung bekommen.

Weitere Infos:

www.bildungjugend.wien.at

GUTER START IN DEN JOB

Eine fundierte Ausbildung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt. Mit dem Qualifikationsplan Wien 2020 startete die Stadt Wien eine große Offensive, um die WienerInnen bestmöglich auf die steigenden Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt vorzubereiten. Jobsuchende, die höchstens einen Pflichtschulabschluss vorweisen können, haben Schwierigkeiten einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden. Bis 2015 sollen daher über 1.000 WienerInnen mehr als bisher den Lehrabschluss nachholen, um so ihre Job- und Verdienstchancen zu verbessern. Das Beratungszentrum für Beruf und



Weiterbildung des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) ist die zentrale Anlaufstelle für alle, die sich beruflich weiterbilden oder verändern wollen. Das kostenlose Infoangebot des waff umfasst das Wiener Infotelefon für Beruf und Weiterbildung 0800 86 86 86, die Kümmer-Nummer 0800 20 20 22 für Beruf und Lehre und die Weiterbildungsinfo. Schwerpunkt des Beratungszentrums, ist jedoch die kostenlose Beratung durch kompetente ExpertInnen und die finanzielle Unterstützung bei berufsbezogener Aus- und Weiterbildung.

Weitere Infos:

www.waff.at, www.kuemmer-nummer.at,

www.arbeitszimmer.cc

TOP-SERVICE FÜR ELTERN



Bildung ist Wien ein wichtiges Anliegen. Im Jahr 2014 stehen daher rund 677 Millionen Euro für die elementare Bildung und Betreuung von Kindern zur Verfügung. Ein zentraler Punkt ist weiterhin der Gratiskindergarten, der in Wien seit vier Jahren erfolgreich läuft. Zur Verbesserung der Servicequalität wurden die Hauptanmeldezeiten vom Jahresbeginn auf den November und Dezember des Vorjahres verlegt. Dieses Angebot erlaubt Eltern eine bessere Planbarkeit. Viele Servicestellen haben jetzt noch mehr Zeit für Informations- und Beratungsgespräche. Es gibt zeitgerecht einen Überblick über den Platzbedarf, die Platzvergabe kann daher effizienter gestaltet werden. Weitere Infos: www.kindergarten.wien.at, www.kinderdrehscheibe.at

AUS DEM STÄDTEBUND

Praxisorientierte E-Mobilität für KMU und kommunale AnwenderInnen: EL-MOTION 2013

Bereits zum vierten Mal in Folge trafen sich mehr als 200 TeilnehmerInnen bei dieser zentralen Plattform der österreichischen Wirtschaft für praxisorientierte E-Mobilität für KMU und kommunale AnwenderInnen.

Robert Feierl und Claudia Hübsch, Wirtschaftskammer Österreich

Die EL-MOTION – als jährlicher Fachkongress – war diesmal wieder in der Wirtschaftskammer Österreich in Wien zu Gast und zog Bilanz darüber, welche Möglichkeiten, Potentiale, Ideen, wirtschaftliche Umsetzungen sowie Umweltaktivitäten und Initiativen rund um die Elektromobilität für Klein- und Mittelunternehmen sowie Kommunen in Österreich heute existieren.

Eine Vielzahl hervorragender Vorträge gab so auch heuer wieder einen sehr guten Überblick, aber auch tiefe Einblicke in diese „spannungsgeladene“ Materie. Gerade die Fokussierung auf Flotten und Güternahverkehr reflektierte auch die derzeitigen Schwerpunkte in der Gesellschaft bei der Umsetzung der Idee des elektrisch betriebenen Fahrzeugs. So kamen auch diesmal wieder über 200 BesucherInnen zum Kongress. Sie repräsentierten rund 120 Unternehmen/Organisationen aus den verschiedensten Wirtschaftsbereichen und kommunalen Betrieben sowohl aus Österreich als auch aus Deutschland. Die VertreterInnen der Trägerorganisationen BMLFUW, BMWFJ, Klima- und Energiefonds, Österreichischer Städtebund und WKÖ, die in bewährter Weise zum Gelingen der EL-MOTION beigetragen haben, eröffneten die Veranstaltung im Rahmen einer Diskussionsrunde zum Thema „Elektromobilität in und aus Österreich“.

Förderungen für Betriebe nutzen, solange sie noch bestehen

Als Teil des künftigen Verkehrssystems stellt die Elektromobilität schon jetzt eine Chance für die heimischen Unternehmen dar, insbesondere für KMU, die sich durch höhere Dynamik auszeichnen. In das Thema ist nun wieder Schwung gekommen. „Doch auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, ist nicht leicht. Die Wirtschaft muss antizipieren, um die

Möglichkeiten eines neuen Marktes zu erschließen“, betonte Stephan Schwarzer, Leiter der Abteilung Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ. Deshalb war bereits vor vier Jahren der Startschuss der EL-MOTION, die damit heuer in die vierte Runde gegangen ist. Nach einem anfänglichen Hype sind wir nun in der Realität angekommen. Damit die Elektromobilität weiter rollt, braucht es verfügbare Technik, aber auch die Politik mit unterstützenden Rahmenbedingungen, wie z.B. Förderungen und Steuerbefreiungen, die sich zu den nicht-monetären Vorteilen gesellen können. Schwarzer appellierte daher an die TeilnehmerInnen, die Förderungen zu nutzen, die für die „Pioniere“ angeboten werden.

Chance für innovative Unternehmen

Elektromobilität wird für KMU und kommunale AnwenderInnen in Österreich immer greifbarer, was durch die Beispiele erfolgreicher Unternehmen im Rahmen der EL-MOTION 2013 auch

sichtbar geworden ist: ein Grund, weshalb aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums dieser Kongress so wichtig ist. Innovativen Unternehmen bieten sich zudem Chancen, sich weltweit in technologie-fokussierten Nischenmärkten zu positionieren. Hier setzt der Umsetzungsplan „Elektromobilität in und aus Österreich“ an, der durch innovations- und investitionsfördernde Rahmenbedingungen österreichisches Know-how weiter stärken will. Darüber hinaus konnte die EL-MOTION zeigen, dass Elektromobilität mittlerweile eine kosteneffiziente und saubere Alternative insbesondere für Flotten ist. Durch die Entwicklung eines Anforderungskatalogs für Lade-Infrastruktur wird der Implementierung der Elektromobilität in Österreich ein weiterer Impuls gegeben.

Zweite Phase von klima:aktiv mobil – Attraktive Förderungspauschalen und neue Fahrzeugkategorien

Klimaschutz im Verkehr hat für das Lebensministerium eine hohe Priorität, dazu



Indimo (E-Kleintransporter), E-Porsche (Umbau) und Golia (E-Kommunalfahrzeug).

AUS DEM STÄDTEBUND

kann die Elektromobilität mit Strom aus erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag leisten. Ein zentrales Instrument des Lebensministeriums dabei – auch im Rahmen des nationalen Umsetzungsplans Elektromobilität in und aus Österreich – ist das Beratungs- und Förderprogramm klima:aktiv mobil, das Betriebe, Gemeinden und Verbände bei Fuhrparkumstellungen auf alternative Antriebe und Elektromobilität unterstützt. Für die zweite Förderperiode (2013 bis 2020) wurden attraktive Förderungspauschalen auch für neue E-Fahrzeugkategorien – wie Elektrofahrzeuge mit Reichweitenverlängerung (Range Extender) und Plug-in-Hybridfahrzeuge sowie E-Nutzfahrzeuge und E-Busse – aufgenommen.

Erfolgreich in den Städten

„Der Erfolg des Einsatzes von Elektrofahrzeugen wird davon abhängen, wie die Elektromobilität in ein Gesamtverkehrskonzept integriert werden kann. Der öffentliche Verkehr ist dabei der eigentliche Schlüssel und macht entsprechende Maßnahmen nötig. Maßnahmen und Erfahrungen, die bei Kongressen wie der EL-MOTION präsentiert und diskutiert werden, unterstützen die weitere Marktdurchdringung“, so Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

KLI:EN - Unterstützung beginnend bei der Forschung bis hin zum Markt

Mobilität ist ein wichtiges Bedürfnis für die Menschen und die Wirtschaft. Gleich-

zeitig ist Verkehr ein großer Emittent von Treibhausgasen. Um die langfristig angestrebten Klimaziele bis 2050 (eine Treibhausgas-Reduktion von mind. 80 Prozent) zu erreichen, bedarf es im Verkehrssystem vieler strukturverändernder Ansätze. Ein zentraler Ansatz ist die E-Mobilität, die der Klima- und Energiefonds in vielfältiger Weise – angefangen bei Forschungsprojekten bis hin zu konkreten Modellregionen – fördert. Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth: „Die EL-MOTION zeigt für klein- und mittelständische Unternehmen in anschaulicher und überzeugender Weise auf, welche Chancen und Vorteile in der E-Mobilität für sie liegen. Unsere Partner, die hier ihre Projekte präsentiert haben, demonstrieren den Weg in die e-mobile Zukunft und haben in zahlreichen Gesprächen mit dem Kongresspublikum Überzeugungsarbeit geleistet. Die EL-MOTION ist eine wichtige Plattform für den Erfahrungsaustausch, die wir sehr gern und überzeugt unterstützen.“ In rund 30 Fachvorträgen und umfangreichen Diskussionsrunden konnten sich die TeilnehmerInnen über die bereits verfügbaren Techniken und Produkte informieren und diskutieren und sich anhand von Erfahrungsberichten aus der Praxis ein Bild über die Alltagstauglichkeit der Elektromobilität machen.

Weitere Themen waren Geschäftsmodelle für KMU, Erfahrungen aus Modellregionen und von Unternehmen, die E-Mobilität im Alltag umsetzen, verfügbare Produkte für Flotten und Zulieferverkehr, Lade und Speichertechnologien, Ver-



Flash 5, ein E-Dreirad-Transporter.

gleichsrechnungen und Mehrwertanalysen sowie nachhaltiger Einsatz erneuerbarer Energien für die E-Mobilität. Fachdialoge rundeten das Angebot ab, mit dem Schwerpunkt auf Flotten und Zulieferverkehr sowie E-Mobilität in und aus Österreich. Beleuchtet wurden auch der aktuelle Stand der Maßnahmen aus dem Umsetzungsplan der Bundesregierung sowie der EU-Richtlinienvorschlag zu alternativen Kraftstoffen und zur Infrastruktur und seine Bedeutung für Kommunen und KMU. Auch im nächsten Jahr wird die EL-MOTION wieder stattfinden.

Infos: www.elmotion.net



V.l.: DI I. Höbarth (KLIEN), DI G. Liebel (BMLFUW), Dr. M. Losch (BMWFJ), Dr. S. Schwarzer (WKÖ), Dr. T. Weninger (ÖSTB), Moderator O. Zeisberger.

Ein ganzer Bezirk wird smart:

Mödling auf dem Weg in eine smarte Zukunft

Im Bezirk Mödling wird seit zwei Jahren intensiv über die Möglichkeiten und Chancen von Gemeindekooperationen nachgedacht. Dabei arbeiten alle BürgermeisterInnen der Gemeinden im Bezirk parteiübergreifend zusammen. Diese beispielgebende Initiative wird jetzt vom Land finanziell unterstützt.

Hellfried Mayer, Verband Sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ

Die freiwillige Zusammenarbeit der 20 Mödliner Gemeinden hatte im Jahr 2008 ihren ersten konkreten Ausgangspunkt anlässlich mehrerer Bürgerinitiativen zur Verkehrsentwicklung auf der A21 und einer erfolgreichen Aktion der Bürgermeister der Gemeinden Gießhübl, Brunn und Perchtoldsdorf, die als positives Resultat die seit Jahrzehnten geforderte Radarüberwachung mit sechs Radarstandorten und Österreichs modernster „Frontalkamera“ erreichte.

Auf Basis dieser Erfahrung hat sich Eugen Krammer, der ehemalige Bürgermeister von Gießhübl, in den Gemeinden umgehört und als Ergebnis 2010 die VAMÖG (Vereinigung aller Mödliner Gemeinden) gegründet. „Die Gemeinden stehen alle vor einer ähnlichen Situation: Die Einnahmen sinken und die Ausgaben steigen immer mehr. Für die Gemeinden im Bezirk Mödling war klar, Gemeinde-Zusammenlegungen können nicht die Lösung des Problems sein. Und so haben wir uns über sinnvolle Gemeinde-Zusammenarbeit Gedanken gemacht“, erklärt Eugen Krammer den Beweggrund für Kooperationen.

Smart District Mödling

2012 entstand daraus das Projekt „Smart District Mödling“: ein Pilotprojekt für die Zusammenarbeit aller Gemeinden eines Bezirks. Gemeinsam haben die Gemeindevertreterverbände von SPÖ und ÖVP im Bezirk die Initiative der VAMÖG aufgegriffen und daraus ein Gemeindekooperationsprojekt entwickelt, das als eines von 15 Projekten in ganz Niederösterreich vom Land NÖ mit einer finanziellen Unterstützung auf Schiene gesetzt wurde. Die

Idee des Kooperationsprojekts in Mödling: Unter Einbeziehung der Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken sowie Interessen und Schwerpunkte aller 20 Mödliner Gemeinden soll ein verbindliches, realisierbares und kosteneffizientes Bezirks-Kooperationsleitbild erstellt werden. Berücksichtigt und genutzt werden sollen dabei auch bereits abgeschlossene

und laufende Projekte. Das neue Bezirksleitbild sieht vor, in den Bereichen Verwaltung, Leben, Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Energie, Infrastruktur und Kommunikation sowie Wirtschaft eine Gemeindezusammenarbeit ins Leben zu rufen. Zudem geht es auch um eine gemeinsame Bezirksidentität. „Unser Bezirk ist geprägt von Industrie und Gewerbe, intensivem Ver-

kehr, Wohnen und Naherholung. Diese Bereiche wollen wir mit unserem Gemeindekooperationsprojekt „Smart District Mödling“ nun vernünftig und effizient zusammenbringen“, sagen die Chefs der Gemeindevertreterverbände im Bezirk Christian Wöhrleitner (SPÖ) und Peter Wimmer (ÖVP).

Für die Mödliner Bürgermeister ist das Bezirksleitbild nicht das erste gemeinsame Gemeindekooperationsprojekt im Rahmen der VAMÖG: Mit der Initiative „Photovoltaik auf Gemeindedächern“ mit 80 identifizierten Objekten haben sich alle 20 Gemeinden des Bezirks in der Gemeindezusammenarbeit geübt – und das mit Erfolg. Die Erzeugung und Nutzung von elektrischer Energie durch Photovoltaik zählt zu den 40 Schwerpunkten des seit Juni 2012 laufenden Projekts Smart District Mödling, an dem alle 20 Gemeinden des Bezirks freiwillig und aktiv teilnehmen.

Das im Jahr 2012 gestartete SDM-Teilprojekt „Photovoltaik für Gemeinden“ war und ist ein durchschlagender Erfolg, an dem sich die Mehrzahl der Mödliner Gemeinden (14) beteiligt haben, wobei einige Gemeinden ihre Projekte bereits abgeschlossen haben, andere noch in der Umsetzung bzw. in der Anwerbung einer Förderung sind.

Der Gießhübler Gemeinderat hat 2012 beschlossen, seine vier verfügbaren Gemeindedächer mit Photovoltaik auszustatten, hat dazu erfolgreich um die OeMAG-Förderung eingereicht und seit Jahresende 2012 stehen alle vier Anlagen in Produktion.

Mit vier bezirksweiten SDM-Roadshows, davon eine im März 2013 in Gießhübl, wurden die BürgerInnen der Mödliner Gemeinden eingeladen, sich ebenfalls für die Nutzung der Sonnenenergie auf ihren Dächern zu engagieren und die Förderung des KLIEN-Fonds 2013 in Anspruch zu nehmen. Dazu kommen eine Reihe Ein-

zelinitiativen von Mödliner Gemeinden, welche bereits vor Start des Projekts Smart District Mödling erfolgreich „photovoltaisch“ aktiv waren. Einen weiteren Schwerpunkt des Projekts Smart District Mödling bildet das Engagement für die e-Mobilität als ökologische Alternative zur Nutzung von Treibstoffen aus Erdöl und Erdgas. Nach dem Photovoltaik-Projekt will man mit dem Bezirksleitbild für Mödling erfolgreich zusammenarbeiten. Die Landesregierung hat dem Projekt eine Förderzusage von 700.000 Euro gegeben. Ein Jahr lang hat man sich für die Erarbeitung des Leitbildes Zeit gelassen, das Ende 2013 abgeschlossen wurde.

Infos:

www.gvvnöe.at/index.php?pid=2872

ZIEL

Vernetzung und Nutzung aller Informationen, Kompetenzen, Ressourcen und Kapazitäten. Austausch von Erfahrungen und Referenzen mit Produkten, Dienstleistungen, Auftragnehmern, etc. Ökonomischer Einsatz von informellen, personellen und materiellen Ressourcen im „Austauschverfahren“ auf Basis von „standardisierten“ oder belegten Eigenkosten im lokalen Verbund. Verfolgung gemeinsamer Interessen gegenüber Dritten.

VORAUSSETZUNGEN

Engagement und Identifizierung aller teilnehmenden BürgermeisterInnen mit den Zielen. Gleichberechtigte Träger des Systems sind die amtierenden BürgermeisterInnen, operativ ausführend die AmtsleiterInnen und Gemeindefachstellen. Die Teilnahme ist durch den Gemeinderat zu beschließen und kann jederzeit widerrufen werden.

ORGANISATION

in Ergänzung und als Erweiterung bereits bestehenden Organisationsformen; dezentral mit Schwerpunktgemeinden; Mini-Organisation mit „Promotor“ als informeller Leiter des lokalen Verbundes; Einbindung und Nutzung bereits bestehender Institutionen.

AUSGLEICH

jede Gemeinde als Geberin und Nehmerin von Leistungen im lokalen Verbund; Erbrachte Leistungen im Verbund werden „vorrangig“ ausgetauscht, die Differenz wird ausgeglichen. Leistungen für Gemeinden außerhalb des Verbundes werden mit Aufschlägen verrechnet.



Berufsordnung der Tiroler Gemeindeamtsleiter

Berufsethik, adäquates Berufsbild, moderne Managementansätze – diese Begriffe stehen im Hintergrund der neuen Berufsordnung. Diese verfolgt primär das Ziel, den Berufsstand der Gemeindeamtsleiter mangels gesetzlich ausreichender Bestimmungen näher zu definieren und zu stärken, was in weiterer Folge auch Bürgermeistern, Gemeinden und Gemeindebürgern zu Gute kommt.



Der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Tirols (FLGT) hat in Abstimmung mit dem Tiroler Gemeindeverband und der Universität Innsbruck nach mehr als 2 Jahren intensiver Arbeit eine Berufsordnung für Gemeindeamtsleiter entwickelt und bei der FLGT-Landesfachtagung in Innsbruck am 17.10.2013 neben dem brisanten Thema „Antikorruption“ vorgestellt.

Die Berufsordnung soll die Professionalität, Objektivität und Berufsethik der Gemeindeamtsleiter gewährleisten und damit ihr korrektes und effizientes Verhalten sicherstellen. Neben den umfassenden Kompetenzbereichen und Dienstpflichten wird auf die heutigen Anforderungen, die Ausbildung und die angemessene Entlohnung der „Gemeindeamts-Manager“ näher eingegangen. Wichtige Themen sind u.a. die Bürgerorientierung, effektive Arbeitsabläufe und das korrekte Verhältnis zu allen

politischen Gruppierungen des Gemeinderates.

Aufgrund der Vielzahl der Gemeindeaufgaben sind kleinere Gemeinden in Detailfragen manchmal verständlicherweise besonders gefordert. Sie müssen alle Agenten bewältigen, für die in Großgemeinden eigene Fachreferate eingerichtet sind. Auch ihnen soll die Berufsordnung ein hilfreicher Ratgeber sein

Grundsätze der Berufsordnung und Anforderungsprofil an moderne Gemeindeamtsleiter

• Leiter Innerer Dienst

Dem Gemeindeamtsleiter obliegen die Organisation, Koordination und Leitung des gesamten inneren Dienstes sowie die Erfüllung der operativen Gemeindeaufgaben unter der unmittelbaren Aufsicht des Bürgermeisters. Als Leiter des inneren Dienstes sorgt er für eine gesetzmäßige, wirtschaftliche, sparsame und zweckmäßige

Führung der Amtsgeschäfte und führt diese effizient, objektiv, korrekt und professionell aus. Der Gemeindeamtsleiter verfügt über ein hohes Maß an Eigeninitiative und Engagement; er zeichnet sich durch Reformwillen und Dienstleistungsorientierung aus.

• Würde und Anstand

Der Gemeindeamtsleiter übt seinen Beruf mit Rechtschaffenheit, Würde und Anstand aus.

Er vermeidet Verhalten und Verhaltensweisen, welche das Ansehen und die Würde des Berufsstandes schädigen.

Verhaltensregeln und Verhältnis Politik/Verwaltung

• Verhältnis Bürgermeister/Gemeindeamtsleiter

Der Bürgermeister soll Bürgermeister und



der Gemeindeamtsleiter soll Gemeindeamtsleiter sein, in der Praxis jedoch spielt der Bürgermeister oft Gemeindeamtsleiter und umgekehrt.

Dass dabei Probleme entstehen können, versteht sich von selbst. Daher ist ein klares Rollenverständnis – um Kompetenzkonflikten aus dem Wege gehen zu können – unerlässlich.

Das Verhältnis zwischen Bürgermeister und Gemeindeamtsleiter zeichnet sich idealerweise durch Loyalität, Vertrauen und gegenseitige Information aus. Sie bilden gemeinsam das Kernteam der Gemeindeamtsführung und stimmen sich in allen Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung laufend miteinander ab. Nur so kann eine Gemeindeverwaltung auf Dauer effizient und effektiv geführt werden.

• Pauschale Verhaltensregeln

Der Gemeindeamtsleiter verhält sich allen Bürgern, Mitarbeitern und politischen Mandataren gegenüber sachlich-objektiv, freundlich, professionell, höflich und korrekt.

• Verhältnis Politik/Verwaltung

Die politischen Organe sind in der Regel für das Was und die Verwaltung für das

Wie zuständig. Aufgrund der engen Verknüpfungen zwischen politischen Mandataren und dem Gemeindeamtsleiter ist eine konstruktive Zusammenarbeit beider Seiten für eine erfolgreiche Verwaltung der Gemeinde von großer Bedeutung.

Leistungsorientiertes Gemeindemanagement

Wenn mit den üblichen Methoden gearbeitet wird, werden auch nur die üblichen Erfolge erzielt. Die durchschnittliche Gemeinde hat rund 800 bis 1000 verschiedenste Aufgaben zu erfüllen, daher werden effiziente und strategische Arbeitsmethoden für eine moderne Gemeindeamtsführung immer wichtiger.

• Aufbau- und Ablauforganisation

Eine effiziente und klar strukturierte Aufbau- und Ablauforganisation in den Gemeindeverwaltungen ist unerlässlich um erfolgreich agieren zu können. Wer macht was, wie, mit welchen Methoden?

• Zeitmanagement

Zeit ist das, was auf der Uhr steht, aber Zeit ist auch Geld. Unter professionellem Zeitmanagement versteht man die effiziente Nutzung der Ressource Zeit. Zentral ist hierbei die Differenzierung zwischen wichtig und dringend.

• Mitarbeiter und Führung

Menschen sind die wichtigste Ressource einer Gemeindeorganisation. Daher gehört es zu den erstrangigen Führungsaufgaben, die Mitarbeiter zu fördern und zu entwickeln. Das bedeutet auch Stärken zu stärken und Schwächen auszugleichen. Die Leistungsfähigkeit und Qualität der Gemeindeverwaltung hängen stark von der Motivation und den Fähigkeiten der Mitarbeiter ab.

• Kommunikation

Wie schon Sokrates festgestellt hat, sollen wir so miteinander reden, dass wir einander verstehen. Kommunikation ist die Art wie wir uns verständigen und miteinander umgehen. Konstruktive Zusammenarbeit setzt eine positive Kommunikation und gute zwischenmenschliche Beziehungen voraus.

• Persönliche Arbeitsmethodik

Eine effiziente und persönliche Arbeitsmethodik zeichnet sich durch strategisches Arbeiten und durch die Konzentration auf das Wesentliche aus.

• E-Government

Durch die Einführung des digitalen Aktes können behördliche Arbeitsabläufe standardisiert, vereinheitlicht, transparent dargestellt und in Folge effizienter durchgeführt werden. E-Government bedeutet somit auch einen 24h-Bürgerservice.

FAZIT

Mit dieser Berufsordnung kann allen Gemeindeamtsleitern und Bürgermeistern ein praxistauglicher Leitfaden für den Berufsstand zur Verfügung gestellt werden, welcher im Gemeindealltag zu einem gemeinsamen konstruktiven Miteinander von Verwaltung, Politik und Bürgern beitragen soll:

„Die Gemeindeamtsleiter werden in Zukunft eine immer noch wichtigere Rolle in den Gemeindeverwaltungen als moderne Dienstleistungszentren einnehmen. Der Wunsch nach Reformen in der öffentlichen Verwaltung ist deutlich spürbar!“

Mag. Bernhard Scharmer

FINANZEN

Ertragsanteilsvorschüsse für Dezember 2013 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)			
	Ertrag für 12/2013 ¹⁾	Veränderung ggü. 12/2012	Ertrag für 01-12/2013
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO
GBA mit einheitlichem Schlüssel	6.481.212	7,0%	72.049.376
davon:			
Veranlagte Einkommensteuer	154.013	-27,3%	2.101.736
Lohnsteuer	2.106.276	15,4%	25.167.264
Körperschaftsteuer	965.435	3,2%	5.771.759
Umsatzsteuer	1.992.143	3,4%	24.820.856
Mineralölsteuer	495.316	31,6%	4.366.443
Abgeltungssteuern Schweiz	17.069		688.554
GBA mit speziellen Schlüsseln	148.282	2,4%	1.804.212
davon:			
Bodenwertabgabe	236	242,9%	5.956
Werbeabgabe	3.640	-38,1%	109.894
Grunderwerbsteuer	70.742	4,7%	779.051
GBA gesamt	6.629.494	6,9%	73.853.587

1) i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 12/2013	Veränderung ggü. 12/2012	Vorschuss für 01-12/2013	Veränderung ggü. 01-12/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	20.206	8,3%	224.114	4,8%
Kärnten	48.879	5,2%	544.180	3,8%
Niederösterreich	133.071	11,5%	1.429.920	5,5%
Oberösterreich	123.740	8,4%	1.369.432	4,3%
Salzburg	53.741	7,4%	596.002	3,5%
Steiermark	98.854	6,1%	1.098.270	3,8%
Tirol	66.670	6,7%	755.077	4,3%
Vorarlberg	35.653	7,3%	402.254	4,0%
Wien	203.365	6,6%	2.267.198	4,4%
Summe	784.180	7,7%	8.686.447	4,4%

FINANZEN

Ertragsanteilsvorschüsse für Jänner 2014 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)	
	Ertrag für 01/2014 ¹⁾
	in 1.000 EURO
GBA mit einheitlichem Schlüssel	8.025.777
davon:	
Veranlagte Einkommensteuer	991.774
Lohnsteuer	2.264.998
Körperschaftsteuer	1.551.004
Umsatzsteuer	2.080.268
Mineralölsteuer	400.152
Abgeltungssteuern Schweiz	7.269
GBA mit speziellen Schlüsseln	158.531
davon:	
Bodenwertabgabe	1.108
Werbeabgabe	11.099
Grunderwerbsteuer	69.739
GBA	8.184.308

1) i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 01/2014	Veränderung ggü. 01/2013
	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	25.209	5%
Kärnten	59.559	1%
Niederösterreich	159.226	4%
Oberösterreich	153.258	4%
Salzburg	67.952	6%
Steiermark	122.920	3%
Tirol	82.058	3%
Vorarlberg	44.338	4%
Wien	252.541	3%
Summe	967.060	4%



Wir verbinden Städte in einem Magazin.

Jetzt Abo bestellen!

Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden. Er gibt 10 Mal jährlich die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) heraus. Schwerpunkte sind aktuelle kommunalpolitische Themen. Das Einzelheft kostet 4,50 Euro, das Jahresabo 42 Euro. Abo-Anfragen an Frau Angelika Stola, Bohmann-Verlag, 1110 Wien, Leberstraße 122, Tel.: (01) 740 32/462, E-Mail: a.stola@bohmann.at

„Public Management Platform“ Österreich-Slowakei

Bei der Abschlussveranstaltung des Lehrgangs „Public Management Platform“ erhielten am 10. Dezember 26 TeilnehmerInnen ihr Zertifikat für ihre Mitwirkung an der gesamten Ausbildung. Die Ergebnisse der Konferenz „Building the Urban Future of the Danube Region“, die im Wiener Rathaus stattfand, sind ein weiterer Schritt für die gemeinsame Umsetzung der EU-Donauraumstrategie.

Zum Abschluss der Konferenz „Building the Urban Future of the Danube Region“, die u.a. der Österreichische Städtebund organisierte, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des grenzüberschreitenden Lehrgangs ausgezeichnet. Das Projektteam des EU-finanzierten Lehrgangs „Public Management Platform“ überreichte die Auszeichnungen und Teilnahmebestätigungen im Wappensaal des Wiener Rathauses am 10. 12. 2013. Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus österreichischen und slowakischen Städten wurden die vier Herausforderungen für die lokale und regionale Verwaltung und Politik erarbeitet:

1. Neue Formen Weiterbildung der MitarbeiterInnen und Verhinderung von Fluktuation,
2. Standortentwicklung in der Smart Region,
3. Kontrolle und Korruptionsprävention sowie
4. Netzwerken und interkulturelles Lernen.

„Die Public Management Platform ist kein gewöhnlicher Lehrgang. Wir sind sehr stolz, dass wir hier über die Grenzen hinweg einen breiten Diskurs über den öffentlichen Sektor führen konnten. Wir orten gute gemeinsame Handlungsoptionen, die die einzelnen Verwaltungen effizienter, qualitativer und synergetischer gestalten“, so Thomas Prorok, stv. Geschäftsführer des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung. Für insgesamt 170 TeilnehmerInnen hat die Konferenz „Building the Urban Future of the Danube Region“ zu diesen vier Themen Workshops organisiert. Herausgekommen sind Vorschläge für eine „Urban Plattform

der Donauregion“. Diese wird in den nächsten Monaten von Ulm und Wien aufgebaut werden. Alle Städte und Gemeinden der Donauregion sind eingeladen, sich aktiv an der Urban Plattform zu beteiligen. Die Unterlagen der Konferenz gibt es auf „www.kdz.eu/de/urbangovernance“ zum Download. Diskussionsbeiträge sind auf Facebook und Twitter willkommen: www.bit.ly/urbangov oder #urbangov. Die Tweetwall der Konferenz ist unter urbangov.tweetwally.com verfügbar.

Der Lehrgang

Der grenzüberschreitende Lehrgang für die Verwaltungsebene wurde von der FH Campus Wien gemeinsam mit dem KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung, der VŠEMvs Bratislava und Hill-AMC Management GmbH durchgeführt. Seit Herbst 2012 lernten und diskutierten 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus sechs Städten über Notwendigkeit und Chancen des „Guten Regierens“ im Großraum Wien-Bratislava.

Über das KDZ

Das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung ist Kompetenzzentrum und Wissensplattform für Public Management/Governance, Finanzwirtschaft und Stadtwirtschaft. Als gemeinnütziger Verein steht das KDZ für die Modernisierung des öffentlichen Sektors und bietet der öffentlichen Verwaltung Forschung, Beratung und Weiterbildung an. Das KDZ handelt ganzheitlich und interdisziplinär, die Sichtweise umfasst Städte und Gemeinden, Länder, Bund und die europäische Ebene. Der Verein umfasst mehr als 190 fördernde Mitglieder aus allen Gebietskörperschaftsebenen und wurde 1969 gegründet.

FH Campus Wien

Mit mehr als 4.500 Studierenden ist die FH Campus Wien die größte akkreditierte Fachhochschule Österreichs. In den Departments Applied Life Sciences, Bauen und Gestalten, Gesundheit, Public Sector, Soziales und Technik steht den Studierenden im Studienjahr 2013/14 ein Angebot von über 50 Bachelor- und Masterstudiengängen sowie Masterlehrgängen zur Auswahl: www.fh-campuswien.ac.at/facts. Die FH Campus Wien kooperiert mit mehreren Universitäten. Die Gesundheitsstudiengänge werden in Zusammenarbeit mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) geführt. Public Management wurde in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt, Tax Management mit dem Bundesministerium für Finanzen entwickelt. Zahlreiche F&E-Projekte der Studiengänge und externe Auftragsforschung werden über eigene Forschungsgesellschaften abgewickelt. Die FH Campus Wien ist mit Unternehmen, Verbänden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen vernetzt. Darüber hinaus belegen Zertifizierungen die hohen Standards im Qualitätsmanagement der Hochschule: www.fh-campuswien.ac.at/zert

Rückfragen

Sarah Joschtel
FH Campus Wien, Unternehmenskommunikation
Favoritenstraße 226, 1100 Wien
T: +43 1 606 68 77-6403
sarah.joschtel@fh-campuswien.ac.at
www.fh-campuswien.ac.at

Michaela Bareis
KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung
Guglgasse 13, 1110 Wien
T: +43 1 8923492-17
bareis@kdz.or.at, www.kdz.or.at

Wir verbinden Städte



Der Österreichische Städtebund verbindet 246 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städtische Verkehrsmittel, Kindergärten, Betreuungsdienste für Senioren, Horte, Pflichtschulen, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote machen unsere Städte lebenswert. Österreichs Städte sind regionale Zentren und Impulsgeber für ein starkes Umland.

Wir schaffen Lebensqualität

Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

www.staedtebund.gv.at

VIATEC 2014

10. INTERNATIONALE FACHMESSE
FÜR VERKEHRSINFRASTRUKTUR:
Bau, Betrieb, Erhaltung und
Transportlogistik in alpinen Bereichen

BRENNERCONGRESS 2014

Brenner Basistunnel und Zulaufstrecken
Straßen- und Infrastrukturbau



**19.-21.
Februar'14**

**Messe
Innsbruck**

Partner:



FIERABOLZANO MESSEBOZEN



Mit freundlicher
Unterstützung von



innocom

DER KOMMUNALE TREFFPUNKT TIROLS
going GREEN

- + für alle GemeindemitarbeiterInnen
und MandatarInnen Tirols!
- + abwechslungsreiches Programm
- + 2 Abendveranstaltungen
- + über 80 Aussteller